

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Oktober 1981

Einzelpreis 4,- DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX

10/81

Diese kritischen Wochen und Monate, in denen die kostspielige Bonner Beteiligung an der NATO-Hochrüstung nachhaltig in das soziale Gefüge der Bundesrepublik durchschlägt, bringen für die Friedensbewegung und für die Gewerkschaften der Bundesrepublik gleichermaßen große Bewährungsproben mit sich. Sind alle friedliebenden Menschen gefordert, sich um des Lebens willen gegen den Rüstungswahn zu wehren, so steht vor den Gewerkschaften zusätzlich die Aufgabe, den sozialen Besitzstand der Lohnabhängigen zu verteidigen. Hier allerdings zeigt sich bislang ein erhebliches Defizit an Taten.

Gewiß, es gibt kraftvolle Stimmen führender Gewerkschafter gegen den Kurs des sozialen Rückschritts. Im ARD-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“ kündigte der DGB-Vorsitzende Vetter Widerstand, möglicherweise auch Streik an, wenn die Pläne über Einkommenskürzungen und Besoldungspausen im öffentlichen Dienst verwirklicht werden sollten. Auch der ÖTV-Vorsitzende Kluncker äußerte sich so. Kritische Worte fand der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr gegen die Rotstiftpolitik, ebenso IG-Metall-Vorsitzender Loderer und andere Gewerkschaftsführer. Loderer-Stellvertreter Mayr meinte sogar, wenn es an die Grundsubstanz der sozialen Sicherung gehe, sei die „Grenzlinie des Zumutbaren für die Arbeitnehmer überschritten“. Christian Götz vom HBV-Hauptvorstand sieht den „eigentlichen Skandal“ darin, „daß ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit völlig fehlt“. Wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften angesichts dieser Lage sei es, den Widerstand gegen die Bonner Sanierungspolitik zu mobilisieren. Jedoch sieht es

nicht so aus, als wolle der DGB über die Feststellung, daß die neuen Belastungen „sozial unausgewogen“ seien, wesentlich hinausgehen. Über 11 Milliarden DM werden den Arbeitslosen, Kranken, Kindern, Rentnern, Einkommensschwachen und natürlich auch in Arbeit Stehenden an neuen Lasten aufgebürdet oder an sozialen Leistungen gestrichen. Gleichzeitig erhalten Unternehmer 15,7 Milliarden DM an neuen Subventionen und Abschreibungsmöglichkeiten zugeschoben! Fürwahr ein mildes Urteil: „Sozial unausgewogen“.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß zwischen der DGB-Zurückhaltung hinsichtlich des notwendigen aktiven Widerstands und der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung in Bonn ein enger Zusammenhang besteht. Gewerkschaften aber müssen sich als Interessenvertretung der Arbeitenden gerade in kritischen Zeiten bewähren. Und bewähren muß sich dann aber auch der programmatische Grundsatz: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind und bleiben unabhängig von Regierungen, Parteien, Kirchen und Unternehmen“ (Grundsatzprogramm, P 19). Wenn Eugen Loderer am 26. September in einem Zeitungsinterview sogar feststellte, daß durch das Bonner Kürzungsprogramm keine Gemeinsamkeiten mehr im sozialen Bereich zwischen SPD und DGB bestünden, so zeigt das die tiefe Enttäuschung vieler sozialdemokratischer Gewerkschafter über die Bereitwilligkeit, mit der verantwortliche SPD-Politiker die Schmutzarbeit für das Großkapital erledigen. Keine andere Kraft in unserem Lande als die Gewerkschaften wäre jedoch in der Lage, das zu verhindern. gs

Aus dem Inhalt:

Neue Dimension der Friedensbewegung	2
Neue Lohnrunde 1981/82: Nichts geht mehr ohne Kampf	4
IG Metall diskutiert „Tarifrente 60“ Kein Ersatz für 35-Stunden-Woche	5
Zum sozialpolitischen Kahlschlag praktikable Alternativen vorgelegt	7
DGB-Jugend in Hessen plant große Friedensdemonstration Interview mit Gottfried Heil, DGB-Landesjugendsekretär	10
Internationale Aktivitäten des DGB sehr zwiespältig	11
Manifest der IBFG-Jugend für Frieden und Abrüstung	
Leonhard Mahlein: Es geht um mehr als ein paar Groschen „Brüning-Renaissance“?	13-20
Schriftsteller für Krefelder Appell Mediengewerkschaft verwirklichen!	21
Unruhe im öffentlichen Dienst Erste Warnstreiks in Hessen	23
Forderung an die Bundesregierung: Einstellung aller Berufsverbote	24
Welter verschlechtert: Soziale Rechte bei Krankheit und Arbeitslosigkeit	26
II. Welttreffen der IBFG-Jugend gegen NATO-Beschluß	28
Knackpunkte des TUC-Kongresses: Arbeitslosigkeit und Inflation	29

Antikriegstag und 10. Oktober: Neue Dimensionen erreicht

35 000 Kundgebungsteilnehmer in Hamburg, 25 000 in Bremen, 16 000 in Westberlin, 10 000 in Essen, Tausende von Veranstaltungen in DGB-Kreisen und -Ortskartellen, das ist die Bilanz des diesjährigen Antikriegstages. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, von der die Gewerkschaftsbewegung nicht zu trennen ist, hat eine neue Dimension erreicht und wächst weiter an. Und was noch festzustellen ist: In wachsendem Maße wird der Zusammenhang zwischen forcierter Aufrüstung und staatlich verordnetem Sozialabbau erkannt.

Bekanntlich hat der DGB-Bundesvorstand am 1. September damit begonnen, Unterschriften für den Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ zu sammeln. Auch die berufsständische Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat ihren Mitgliedern empfohlen, den DGB-Aufruf zu unterschreiben. Sie verweist auf entsprechende Kongreßbeschlüsse und erklärt, „daß Krieg und Androhung von Gewalt keine Mittel der Politik sein dürfen“. In diesem Zusammenhang fordert sie die „Ächtung der ABC-Waffen und die allgemeine kontrollierte Abrüstung“.

Inzwischen gibt es die ersten Ergebnisse der Unterschriftensammlung. So meldet die IG Metall in ihrem Presseamt vom 16. September, daß in ihrem Bereich 100 000 Unterschriften gesammelt worden sind. Auf einer Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Siegen forderte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Dieckerhoff, alle 155 000 Vertrauensleute seiner Organisation auf, die Unterschriftenaktion „zu einem eindrucksvollen Beweis dafür zu machen, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik für die Fortsetzung der Entspannungspolitik und für Rüstungsbegrenzung eintreten“.

In vielen DGB-Kreisen sowie auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen der Einzelgewerkschaften wurden die letzten Wochen dazu genutzt, um überganglos vom Antikriegstag die Kundgebung und Demonstration am 10. Oktober in Bonn – kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe – vorzubereiten. Nach dem neuesten Stand haben 725 Organisationen dazu aufgerufen. Und man braucht kein Prophet zu sein, um aufgrund des starken Echos, der Bus- und Sonderzugbestellungen festzuhalten, daß die Friedenskundgebung zu der größten seit Bestehen der Bundesrepublik geworden ist.

Als erfolglos hat sich der Versuch des DGB-Bundesvorstandes erwiesen, „die Gewerkschaftsjugend in ihrer Arbeit einzuschränken“, so die Mitglieder des Jugendausschusses der IG Metall am 16. September in Nürnberg, die geschlossen ihre Teilnahme zugesagt und auch die

jungen IG-Metall-Mitglieder dazu aufgerufen hatten. „Die Erhaltung des Friedens ist für uns als Gewerkschafter notwendige Voraussetzung für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts im Interesse aller arbeitenden Menschen und ihrer Familien.“ Das er-

GLOSSE

Die „freie, unabhängige Gewerkschaft Solidarität“ . . . Mit dieser gestanzten Formel, die niemals jemand vergißt, sind in unseren Medien alle Polen-Meldungen gespickt. Und Lech Walesa ist immer „der polnische Arbeiterführer“. Nie ist er bloß „Gewerkschaftsvorsitzender“ oder gar nur „Walesa“. Und nie ist „Solidarität“ bloß eine „polnische Gewerkschaft“.

Da muß man als DGB-Mitglied ganz schön sauer werden. Warum ist für einen Meinungsmacher bei uns der DGB nie der „freie, unabhängige Deutsche Gewerkschaftsbund“? Warum ist DGB-Vorsitzender Vetter nie „der deutsche Arbeiterführer“?

Offensichtlich wird es höchste Zeit, daß der DGB mehr Einfluß in den Medien bekommt. Wäre es nicht gerecht und nötig, wenn der DGB täglich in der „Bild“-Zeitung in eigener redaktioneller Verantwortung eine Seite gestaltet? Und auch in der FAZ, im Handelsblatt usw. Und täglich eine DGB-Stunde oder zwei im Rundfunk! Auch im Fernsehen!

Wer dagegen ist, wird bestreikt. Und der kriegt auch keine Zulassung zum Gewerkschaftskongreß. Schließlich kann man „Solidarnosc“ nicht immer bloß loben und „bravol!“ rufen. Irgendwann müßten wir bei uns im Lande mal was nachmachen, wenn die so gut sind . . . okulus

fordere eine „breit getragene Friedensbewegung, in der Mitglieder mit unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen gemeinsam für Frieden und Abrüstung kämpfen können“. Bundeskanzler Schmidt, der laut „Spiegel“ darüber nachgedacht haben soll, gegen die Teilnehmer in Bonn Parteiordnungsverfahren einzuleiten, hatte schnell ein Dementi losgelassen.

Aufgerufen zu der Demonstration am 10. Oktober hatten aus dem Gewerkschaftsbereich nicht nur die Mitglieder des IG-Metall-Jugendausschusses, sondern auch mit überwältigender Mehrheit die DGB-Jugenddelegation, die am Weltjugendtreffen des IBFG in Sevilla (siehe Einhefter) teilgenommen hatte. Zu den Befürwortern und Aufrufern zählten zahlreiche Gewerkschaftskonferenzen und auch die bayerische DGB-Jugend. Diese hatte auf ihrer Mitte September stattgefundenen Landesbezirksdelegiertenkonferenz leider erfolglos versucht, den DGB-Bundesvorstand zur Revision seiner Haltung zu veranlassen. In der Begründung eines entsprechenden Beschlusses war formuliert worden, daß der DGB „innerhalb der Friedensbewegung und der Öffentlichkeit den Platz einnehmen müsse“, den er aufgrund „seines Grundsatzprogramms und der Beschlüsse der Einzelgewerkschaften einnehmen“ müsse.

Auf ähnlicher Linie wie weitere gewerkschaftliche Stellungnahmen lag auch ein Beschluß der am 19. September stattgefundenen außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier Hessen. Einstimmig hatte die Konferenz gegen das Verbot des DGB-Bundesvorstandes protestiert und seinerseits die hessischen dju-Mitglieder zur Teilnahme am 10. Oktober in Bonn aufgerufen. Mit diesem Beschluß unterstützte die Konferenz den Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier, der auf seiner Sitzung am 15. September eine ähnliche Position bezogen hatte.

Um den 10. Oktober gab es im Gewerkschaftsbereich neben dem Verbot der DGB-Spitze für die Gewerkschaftsjugend, als Aufrufer in Erscheinung zu treten, weiteres Bedenkliches. So war vom IG-Metall-Vorstand versucht worden, Georg Benz, einen der Redner der Bonner Kundgebung, zu disziplinieren. Ihm war „dringend angeraten“ worden, nicht zu sprechen, was in weiten Kreisen der Gewerkschafter auf Verärgerung gestoßen ist. Der Sache des Friedens – und es gibt nichts Wichtigeres – würde kein guter Dienst erwiesen, wenn jetzt Gewerkschafter aus Verärgerung über diese Haltung des IGM-Vorstandes der Gewerkschaftsarbeit ade sagten. Vielmehr kommt es darauf an, die Bewegung für den Frieden zu stärken und mit dazu beizutragen, daß die bis Jahresende angesetzte DGB-Unterschriftenaktion ein voller Erfolg wird. G. M.

Nach dem Motto: Lieber tot als rot

Leider können auch in der Existenzfrage unseres Volkes, wo es um Tod oder Leben geht, manche Gewerkschafter den von Kindesbeinen an eingeübten Antikommunismus nicht abstreifen. So warnen denn Funktionäre bei ihrem Engagement für Frieden und Abrüstung immer wieder davor, sich vor den falschen (natürlich Moskau) Karren spannen zu lassen; man warnt vor „Demagogen“ und „falschen Freunden“. Im Grundsatz handelt es sich bei solchen und ähnlichen Parolen um Spielarten der außerhalb der Gewerkschaftsbewegung kolportierten Losung: Lieber tot als rot, die die wirkliche Alternative: tot oder lebendig? auf NATO-Bedürfnisse ummünzt.

DAS ARGUMENT

In den Septemberausgaben mehrerer Gewerkschaftszeitungen konnte man dazu einige Stilübungen lesen. Günter Pehl, Chefredakteur der DGB-„Quelle“, warnte in der „Einigkeit“ (Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten) und der Zeitung „textil – bekleidung“ (Gewerkschaft Textil – Bekleidung) vor „Demagogen“, für die die Friedenspolitik keine Spielwiese werden dürfe. „Einseitige Proteste“ gegen die NATO-Raketenstationierung seien fehl am Platze. Mit der SS 20 habe die UdSSR das militärische Gleichgewicht in Europa gestört, das wiederhergestellt werden müsse, sei es durch Nachrüstung oder besser: durch Abrüstung der sowjetischen Raketenrüstung und Verzicht auf eigene Nachrüstung.

So einfach ist das: Die UdSSR muß ihre einzigen auf Westeuropa gerichteten Raketen (denn die SS 20 ersetzt lediglich veraltete Typen) abbauen, dann kann die NATO davon Abstand nehmen, zu dem bestehenden, auf Osteuropa gerichteten Raketenpotential noch weiteres hinzuzufügen (denn die Pershing II und Marschflugkörper sollen zusätzlich, nicht anstatt der vorhandenen Raketen aufgestellt werden). Vor Demagogen muß in der Tat gewarnt werden!

In der „Gewerkschaftspost“ der IG Chemie-Papier-Keramik rät Wolfgang Schultze, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, dem Gewerkschaftsmitglied, aufzupassen, „daß er nicht gegen seinen Willen in ein Bündnis mit sehr eigenartigen Friedensfreunden gerät, die auf einem Auge blind sind, sich ausschließlich oder hauptsächlich gegen die USA und NATO wenden, die Rüstungspolitik der Sowjets aber überhaupt nicht oder nur beiläufig erwähnen und eine Friedens-

aktion dazu benutzen, ihre eigenen politischen Ziele zu propagieren“.

Das also sagt Wolfgang Schultze, der nicht auf dem „einen“, aber offenbar auf dem „anderen“ Auge – zumindest – schlecht sieht und der Friedensfreunde wohl erst dann nicht mehr als eigenartig empfindet, wenn sie den Verhandlungswilligen ebenso oder noch schärfer attackieren als den -unwilligen. Und natürlich ist er so unabhängig und objektiv, daß er nicht seine eigenen politischen Ziele bei der Friedenspolitik vertritt, sondern die von Helmut Schmidt. Das ist dann völlig normal und wird als gewerkschaftliche Position ausgegeben.

Wie „eigenartig“ muß Pehl, Schultze und anderen, die so argumentieren, ihr Parteifreund, der Sozialdemokrat Erhard Eppler, vorkommen, der am 21. September Zweifel an der Ernsthaftigkeit des US-amerikanischen Verhandlungswillens wie folgt begründete: Das Weltmachtinteresse der USA und die Möglichkeit, mit der Pershing II von Westeuropa aus in fünf Minuten Moskau, Leningrad und weites sowjetisches Hinterland atomar verwüsten zu können, sei größer als das amerikanische Interesse am Abbau der SS 20, die sowieso nicht weit genug fliegen könne, um die USA zu erreichen. Klarer kann man den Kern der Dinge kaum ausdrücken.

Weil die USA rigoros diesen strategischen Vorteil ausnutzen wollen, sind sie es und nicht die UdSSR, die die Kriegsgefahr verschärfen. Darum auch ist es keineswegs „eigenartig“, wenn die Friedensbewegung die NATO und die USA attackiert, sondern logisch. Und es hat auch noch kein Gewerkschafter wie Pehl, Schultze usw. jemals erklärt, was denn Schlimmes passieren würde, wenn auch Kommunisten und solche, die man in diese Ecke stellt, mithelfen, eine drohende Katastrophe abzuwenden. Einheit und nicht Spaltung ist es, was jetzt gebraucht wird.

G. Siebert

Verhandeln

Zahlreiche gewerkschaftliche Friedensinitiativen, insbesondere der Appell „Frieden durch Abrüstung“, unter dem gegenwärtig Unterschriften gesammelt werden, fordern die Regierungen der USA und der Sowjetunion zu baldigen Verhandlungen auf. Diese Verhandlungen werden um so schneller stattfinden und zu Abrüstungsmaßnahmen führen, je mehr gewerkschaftliche Aktionen stattfinden und Millionen von Unterschriften zusammenkommen. Ande-

rerseits sollte der DGB bei Verhandlungen mit gutem Beispiel vorangehen.

Der DGB und fast alle der 17 Einzelgewerkschaften haben im Zuge der Entspannungspolitik Beziehungen zu den Gewerkschaften der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder aufgenommen. Warum wird jetzt nicht die Chance ergriffen, angesichts der Gefahren der atomaren Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe diese Beziehungen zu intensivieren? Müssen erst Jahre vergehen, bis sich die Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der Bundesrepublik und der Sowjetunion, Vetter und Schibajew, treffen oder Gespräche mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch geführt werden? Eine Gelegenheit dafür ergibt sich bei der für November geplanten gesamteuropäischen Gewerkschaftskonferenz in Genf. Dort sollte der Frieden im Mittelpunkt stehen. ick.

Beispiel USA

Bundestag und Bundesrat waren sich bei den Etatberatungen für 1982 im Prinzip einig: Harterkämpfte soziale Leistungen sollen zugunsten weitersteigerender Rüstungsausgaben und Unternehmenssubventionen rigoros abgebaut werden. Zugleich wollen Unternehmerverbände und Bundesregierung bei Preissteigerungen von 7 Prozent den Gewerkschaften eine Lohnpause aufzwingen.

Von Spitzenvertretern des DGB und seiner Gewerkschaften war gegen die Rotstiftpolitik bislang nur in Worten protestiert worden. Prominente Gewerkschafter wie Heinz Oskar Vetter, Eugen Loderer und Heinz Kluncker haben im günstigsten Falle nur den Mund gespitzt, aber nicht gepiffen. Offenbar hielten sie es für dringlicher, die Gewerkschaftsjugend zu disziplinieren, damit sie mit ihrem Protest gegen NATO-Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe nicht die immer stärker werdende Friedensbewegung stärkt.

Nach dem Vorbild von Washington will man in Bonn für eine sinnlose Atomrüstung einen sozialen Kahlschlag ohnegleichen herbeiführen. Aber es gibt einen Unterschied. Der Dachverband der amerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO hatte seine Mitglieder zum Protest gegen die Rotstiftpolitik Reagans aufgerufen. Mehr als 500 000 Gewerkschafter kamen Anfang September zu der bisher größten Demonstration in der Geschichte der USA in die amerikanische Bundeshauptstadt.

Was hindert den DGB, diesem positiven Beispiel für gewerkschaftlichen Widerstandskampf gegen eine sozialreaktionäre Rotstiftpolitik nachzueifern? P.

Neue Lohnrunde 1981/82: Nichts geht mehr ohne Kampf

Die neue Tarifbewegung, die alljährlich durch inflationäre Kaufkraftverluste auf der einen und Leistungssteigerung der abhängig Beschäftigten auf der anderen Seite notwendig wird, hat bereits begonnen. Regierung, Unternehmerverbände und Gewerkschaften stecken fleißig ihre Positionen ab. Lohnpause, Reallohnsenkung, Gürtel enger schnallen sind die Stichworte. In den Gewerkschaften wird intensiv diskutiert, wie am wirksamsten das Einkommensniveau und der soziale Standard verteidigt werden können. Dabei gibt es auch bedenkliche Stimmen.

In den Kampf um Wiederherstellung und möglichst Verbesserung der Kaufkraft von Löhnen und Gehältern werden bis zum Frühjahr 1982 rund 15 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte einbezogen. Herausragende Bereiche sind wieder die Metallindustrie, Eisen- und Stahlindustrie, öffentlicher Dienst, Druck- und chemische Industrie (siehe unseren „Tarifkalender“). Insbesondere der Tarifbewegung in der Metallindustrie und den Forderungen der IG Metall dürfte wieder die Rolle der faktischen Pilotwirkung zufallen.

Forderungen und Kampftaktik der Gewerkschaften sind zweifellos nicht von den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu trennen. Diese sind gegen Ende des Jahres 1981 von dem übereinstimmenden Willen der politischen Führung und der Unternehmerschaft geprägt, eine sozialpolitische Rückentwicklung „auf der ganzen Linie“ durchzusetzen. Dabei ist auch die Gesellschaftspolitik nicht ausgeklammert. Absoluter Reformstopp mit Umkehrtendenz zum Abbau demokratischer Einrichtungen und Rechte (Montanmitbestimmung), Hochrüstung von größtem Ausmaß in der deutschen Geschichte, Sozialabbau für die Aufbringung der dafür benötigten Mittel und allgemeine Senkung des Lebensstandards über Lohnsteigerungen, die unter der Inflationsrate liegen – das sind die zusammenhängenden Ströme einer Politik, die von den Mächtigen in der Wirtschaft verlangt wird und nur diesen dient.

Die realistischen Wirkungen der seit Jahren andauernden Krise mit Wachstumsschwächen (bei steigender Produktionsleistung des einzelnen!), Arbeitslosigkeit, Inflation und allgemeiner politischer Ohnmacht gegen diese typischen Zwänge unseres kapitalistischen Systems werden propagandistisch massiv gegen die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ausgeschlachtet. Den Herrschenden und ihren politischen Vollzugsfiguren fällt immer nur eines ein: Die sozial Schwächsten – Arbeiter, Angestellte, Rentner, Arbeitslose, Kranke, Kinderreiche usw.

– sollen verzichten, damit den Mächtigen – den Großkonzernen – noch mehr öffentliche Mittel zugeschoben werden können.

In der Tarifbewegung 1981/82 wollen Staat und Unternehmer den 1980 eingeleiteten Kurs der Reallohnsenkung (– 0,4 Prozent), der sich im ersten Halbjahr 1981 verstärkte (– 1,1 Prozent), verschärfen. Am Ende dieses Jahres muß mit einem Kaufkraftverlust der am Jahresanfang vereinbarten Löhne und Gehälter von 2 Prozent gerechnet werden. 1982 jedoch, so die Absicht der „anderen Seite“, soll der Reallohnverlust noch größer sein, wobei die Wirkungen der Bonner Rotstiftpolitik noch verstärkend hinzukommen.

Wie wird darauf in den Gewerkschaften reagiert? Kein Arbeiter, kein Angestellter, Beamter oder Lehrling denkt daran, sich weiterhin mit Einkommenssteigerungen abspesen zu lassen, die bewirken, daß die Kaufkraft des Lohns bzw. Gehalts am Jahresende geringer ist als am Jahresanfang. Zwei Jahre ist das nun schon der Fall. In einer Klausurtagung vom 19. bis 22. September in Ludwigsburg hat der Vorstand der IG Metall als erste Gewerkschaft die tarifpolitische Marschrichtung für die anstehende Tarifrunde diskutiert. In einer Pressekonferenz am 23. September wurden einige der angestellten Überlegungen der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Danach will der IG-Metall-Vorstand, nach einer kurzen Mitgliederdiskussion, am 12. Oktober eine Empfehlung an die Tarifkommissionen über Höhe und Art der Forderungen geben, sie jedoch nicht veröffentlichen. Loderer und andere Vorstandsmitglieder ließen erkennen, daß man sich angesichts der Wirtschaftslage „auf kleinere Portionen einstellen“ wolle. In anderen Ländern sei der Reallohnverlust noch größer als in der Bundesrepublik. Für die Forderungshöhe sei auch die noch nicht feststehende Inflationsrate wichtig. Auf keinen Fall werde die IG Metall eine Lohnpause akzeptieren. Bestandteil der Forderungen werde sehr wahrschein-

lich die tarifvertraglich zu vereinbarenden Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre sein, die bei den Beschäftigten einen hohen Stellenwert habe.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die IG Metall für ihre Tarifbewegung den Erwartungshorizont der Mitglieder deutlich absenken möchte.

Trotz Ignorierung gewerkschaftlicher Vorschläge zur Krisenbewältigung durch Staat und Unternehmer scheint sich die IG Metall auf die gegebenen „Zwänge“ einstellen und zum dritten Mal eine Reallohnsenkung hinnehmen zu wollen. Diese soll offenbar optisch durch die tarifvertragliche Senkung des Rentenalters versüßt werden. Aus Äußerungen in der Pressekonferenz läßt sich zudem schließen, daß für die „Tarifrente“ neben Abstrichen von der Lohnforderung auch eine weitere Festschreibung der 40-Stunden-Woche über das Jahr 1984 hinaus denkbar ist.

Eine derart defensive Tarifpolitik würde weder dem Erfordernis der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten noch den wirtschaftlichen Möglichkeiten gerecht. Es dürfte keine Frage sein, daß das unterste Limit gewerkschaftlicher Lohnpolitik die Sicherung und knochenharte Verteidigung der Reallohne sein muß, wozu auch gehört, daß jeder Spielraum für deren Verbesserung genutzt wird. Der Reallohn ist aber erst gesichert, wenn sowohl die Inflationsrate von rund 6 Prozent als auch die Steuerprogression und höheren Sozialabgaben, die mit etwa 1,5 Prozent zu Buche schlagen, in den durchgesetzten Lohnabschluß einfließen. Die Leistungssteigerung pro Arbeiterstunde um 1 bis 2 Prozent müßte ebenfalls im Lohnabschluß ihren Niederschlag finden, andernfalls würde der Anteil der Lohnabhängigen am Nationaleinkommen weiter absinken.

Man braucht also kaum mehr als die fünf Finger in der Hand, um festzustellen, daß Lohnabschlüsse wie in der vergangenen Tarifrunde die Kaufkraft und damit die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten rapide verschlechtern würden. Das hätte zwangsläufig auch negative Rückwirkungen auf die notwendige Wirtschaftsbelebung, die Arbeitslosenzahlen usw. Man kann sich aber auch ebenso leicht ausrechnen, daß es größtmöglicher Aktivität und Konzentration der Kraft der Gewerkschaften bedarf, um den Reallohn zu verteidigen.

Ohne Kampf geht jetzt nichts mehr. Und die Gewerkschaften werden um so erfolgreicher kämpfen können, wie sie solidarisch einander helfen. Es sollte nun Schluß sein, daß – wenn eine Gewerkschaft sich mit der Gesamtheit der Unternehmerschaft herumschlägt – die anderen Gewerkschaften mit Händen in der Tasche dastehen und zuschauen.

Gerd Siebert

IG Metall diskutiert „Tarifrente 60“ Kein Ersatz für 35-Stunden-Woche

Während seiner Klausurtagung vom 19. bis 22. September in Ludwigsburg beschäftigte sich der Vorstand der IG Metall mit „Vorüberlegungen für die Tarifrunde '82“. Neben den jährlichen Lohn- und Gehaltsforderungen (siehe nebenstehenden Beitrag) empfiehlt der Vorstand, die Tarifrunde mit der Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre per Tarifvertrag zu koppeln. Der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer und sein Tarifexperte Hans Janßen stellten gegenüber der Presse die Sache so dar, als sei bei der Tarifrunde die Lohn- und Gehaltsforderung eine Nebensache.

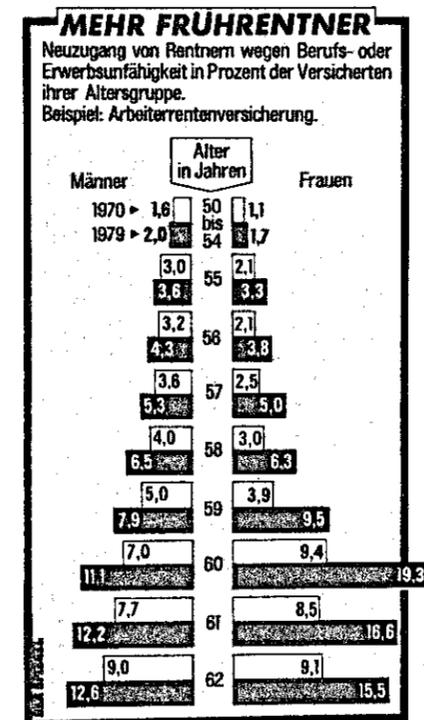
Angesichts der hohen Frühinvalidität fordern die Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten eine gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre. Sie konnten auf gesetzlichem Wege auch einige Teilerfolge erreichen: flexible Altersgrenze auf 63 Jahre, für Frauen ab 60 Jahre bei besonderen Voraussetzungen, und ab 60 Jahre für Schwerbehinderte. Nun ist es durchaus legitim, wenn die Gewerkschaften soziale Forderungen mittels Tarifvertrag durchzusetzen versuchen, weil dazu der Gesetzgeber nicht bereit ist. Auch bei der Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfall wurde erst nach einem 16wöchigen Streik vor 25 Jahren ein Tarifvertrag durchgesetzt, bevor sich der Bundestag zu einem Gesetz bequeme.

Jetzt will die IG Metall den Unternehmern der metallverarbeitenden Industrie die Forderung nach Tarifrente 60 präsentieren. Eine tarifvertragliche Herabsetzung der Lebensarbeitszeit wäre nur zu begrüßen – das Arbeitszeitabkommen ist erst zum 31. Dezember 1982 kündbar –, wenn nicht der Vorstand der IG Metall, noch ehe die Forderung gestellt ist, den Interessen der Arbeiter und Angestellten widersprechende Zugeständnisse signalisiert hätte. Das erste Zugeständnis bezieht sich auf Lohn und Gehalt. Loderer ließ durchblicken, daß man sich bei einem Tarifvertrag in Sachen Rente 60 mit einer Lohnerhöhung unterhalb der Preissteigerungsrate einigen könne. Das würde eine weitaus größere Reallohnsenkung bedeuten, als sie schon in den beiden letzten Jahren zu beklagen war.

Ein noch weitergehendes Zugeständnis deutete Janßen an. Für die Tarifrente 60 würde Gesamtmetall einen politischen Preis verlangen, der auf eine Festschreibung der 40-Stunden-Woche über den 31. Dezember 1983 hinausläufe. Die Unternehmerzeitungen FAZ und Handelsblatt, die sonst kein gutes Haar an der IG Metall lassen, waren auf einmal voll des Lobes. Jetzt müsse die IG Metall, so fordert das Handelsblatt, auf ihrem nächsten Gewerkschaftstag den „unsinnigen Beschluß“ über die Ein-

führung der 35-Stunden-Woche wieder aufheben.

Bei den Mitgliedern und vielen Funktionären haben die Äußerungen von Janßen Entrüstung und Protest ausgelöst. Beispielsweise äußerte der Bezirksleiter der IG Metall von Baden-Württemberg, Franz Steinkühler, die Mitglieder hätten „kein Interesse, daß die Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit der Lohn- und Gehaltsforderung gekoppelt würde“. Vielmehr würden sie alles daran setzen, jetzt eine Reallohnsicherung zu erreichen.



Aus: Der „Spiegel“, Nr. 38/81.

Viele Mitglieder vertreten die Auffassung: Tarifrente 60 ja, aber nicht als Ersatz für die beschlossene Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Die Unternehmer wären auch in der Krise in der Lage, beide Forderungen zu erfüllen. Nach Berechnungen würde die Ta-

rifrente 60 für jeweils ein Jahr frühere Rente lediglich 0,6 Prozent der Lohnsumme erfordern. Das wären für drei Jahre 1,8 Prozent der Lohnsumme.

Die Wirkung für den Arbeitsmarkt in Richtung Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist bei der Tarifrente 60 unvergleichlich geringer als bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Durch die sprunghaft angestiegene Frühinvalidität (siehe Grafik) und durch vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess infolge längerer Arbeitslosigkeit sind nur noch wenige der über 60jährigen beschäftigt. Man rechnet damit, daß mehr als zwei Drittel der Berufstätigen vor Erreichen des 60. Lebensjahres schon Rentner werden.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarktforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg würde rechnerisch ein Jahr frühere Rente etwa 300 000 Arbeitsplätze für Arbeitslose freimachen, jedoch eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung 650 000 zusätzliche Arbeitsplätze erfordern. Selbst wenn man einen Produktivitätsabschlag von 50 Prozent in Anwendung bringt, würden rechnerisch schon drei Stunden weniger Arbeitszeit in der Woche ausreichen, um ein Großteil der heutigen Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Auf diesen Umstand wies auch kürzlich der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten, Günter Döding, hin, als er vor seinem Hauptvorstand referierte.

Aus all dem Dargelegten kann die Schlußfolgerung nur lauten: Die angestrebte Tarifrente 60 darf die erforderliche Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche nicht ersetzen.
Werner Petschick

IG Druck: Verkürzung der Wochenarbeitszeit

Die Schwerpunktforderungen zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter und Angestellten der papier-, pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie, der zum Ende des Jahres gekündigt werden soll, wurden auf einer gemeinsamen Sitzung der zentralen Tarifkommission der IG Druck und Papier und des Tarifausschusses Angestellte in diesem Bereich am 10. September in Stuttgart beraten und beschlossen. An erster Stelle des Forderungskataloges stehen arbeitszeitverkürzende Maßnahmen mit dem Vorrang der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Weiterhin sind vorgesehen: sechs Wochen Jahresurlaub für alle, Erhöhung des Urlaubsgeldes um 50 Prozent, Verbot der Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Wochenstunden und Neuregelung der Zuschläge für Mehr-, Sonntags- und Freiertagsarbeit unter der vorrangigen Abgeltung in bezahlter Freizeit.

Forderungen bei der GHK

Für die am 30. September ausgelaufenen Lohn- und Gehaltstarifverträge im Tischlerhandwerk und der Holzverarbeitenden Industrie Hamburgs hat die dortige Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) eine Tarifforderung von 9,5 Prozent beschlossen. Für das Tischlerhandwerk in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wurden von den Tarifkommissionen Forderungen in Höhe von 8 Prozent erhoben. Die Karosseriebauer Nordrhein-Westfalens verlangen um 7,5 Prozent höhere Löhne und Gehälter. In Bremen fordern die Raumausstatter, Tischler, Fahrzeug- und Karosseriebauer 9,5 Prozent.

Volontärausbildung: BDZV bleibt stur

18 Monate nach Vorlage eines Entwurfs über einen Tarifvertrag für die Ausbildung von Volontären an Tageszeitungen kam es am 18. September zu einer ersten Verhandlungsrunde in Frankfurt zwischen der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier, dem berufsständischen Deutschen Journalistenverband (DJV) einerseits und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) andererseits. Die Verleger zeigten sich wenig geneigt, einen Vertrag abzuschließen, der über die unverbindlichen Richtlinien zur Journalistenausbildung von 1969 hinausgeht. Sie waren lediglich bereit, die weithin anerkannten Regelungen bezüglich Dauer, Probezeit, Anrechnung eines Studiums, Zeugnis und dergleichen vertraglich und damit rechtlich einklagbar zu regeln. Darüber hinausgehende Forderungen, z. B. nach einer umfassenden betrieblichen und überbetrieblichen praktischen und theoretischen Ausbildung, nach dem Verhältnis von vier Redakteuren zu einem Volontär, der ferner einen Redakteur nicht allein vertreten darf, wollen die Verleger höchstens als Sollbestimmung formuliert wissen. Die zweite Verhandlungsrunde ist am 20. November in Bonn.

HBV fordert Rationalisierungsschutz

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat die Arbeitgeber des Bank- und Bausparkassengewerbes zum Abschluss eines vorbeugend wirkenden Rationalisierungsschutzabkommens aufgefordert. Die Rationalisierung, die mit der zunehmenden Nutzung der EDV in allen be-

trieblichen Bereichen überkommene berufliche Qualifikationen der Beschäftigten entwertet, in der Praxis vielfach den Leistungsdruck erhöhe und in Teilbereichen auch Arbeitsplätze gefährde, dürfe nicht auf Kosten der Arbeitnehmer vollzogen werden, erklärte HBV-Vorstandsmitglied Lorenz Schwegler Anfang September vor Journalisten in Düsseldorf.

Ziel des von der Großen Tarifkommission Banken der Gewerkschaft HBV jetzt verabschiedeten Tarifvertragsentwurfs ist ein Rationalisierungsschutzabkommen, das angesichts der Einführung von Terminals, Textautomaten, Bankomaten und Bildschirmtextverarbeitung vorbeugend wirkt. Als zentrale Forderungen der Gewerkschaft HBV nannte Schwegler mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte, die Sicherung und den Ausbau der beruflichen Qualifikation sowie einen wirksamen Kündigungsschutz.

4,9 Prozent in der Glasindustrie

Mit Wirkung vom 1. August traten in einigen Bereichen der Glasindustrie neue Lohn- und Gehaltstarifverträge in Kraft, die in der Regel Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4,9 Prozent beinhalten. Zusätzlich wurden von der IG Chemie-Papier-Keramik für einige untere Lohngruppen Erhöhungen von einem bis zu elf Pfennig pro Stunde vereinbart. Insgesamt jedoch bleiben die Erhöhungen mit einer Laufzeit der Tarifverträge von zwölf Monaten weit hinter der Inflationsrate zurück. Die Abschlüsse betreffen folgende Bereiche: Flachglas AG, Hohlglaserzeugung (Landesgruppe Nordwest), Bayrische Hohl- und Kristallglasindustrie, DESAG (Farbenglas, 4,75 Prozent), Hohlglasveredelung und -verarbeitung und Gabelnzer Industrie (hier Laufzeit ab 1. Juli).

Chemie-Spitzengespräch

Zu einem Spitzengespräch trafen sich am 16. September in Essen der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik und der Vorstand des Arbeitsrings der Arbeitgeberverbände in der chemischen Industrie. Wie die Gewerkschaft mitteilte, wurde dabei über Probleme der Schichtarbeit, ein neues Arbeitsschutzgesetz, eine Studie zum berufsbedingten Krebs und über die Stellung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute gesprochen. Zur Frage, ob die Vertrauensleutearbeit tariflich geregelt werden solle, hätten beide Seiten unterschiedliche Standpunkte vorgetragen. Der Meinungsaustausch zu diesem Thema solle fortgesetzt werden.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Dezember – 0,9 Mill.

Landwirtschaft ohne Rheinland-Pfalz und Saarland (189 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Saarland und Bayern (99 900); Holzverarbeitende Industrie in einigen Bereichen (136 600); Schlosser- und Schmiedehandwerk in Baden-Württemberg (43 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Westberlin (74 400); Seeschiffahrt- und Seehafenbetriebe (50 700).

31. Januar 1982 – 4,4 Mill.

Metallindustrie (einschl. VW), Schrott- und Heizungsindustrie mehrerer Bezirke (2,9 Mill.); Eisen- und Stahlindustrie (246 100); papier- und pappeverarbeitende Industrie ohne Südbaden (104 200); verschiedene Metallhandwerkszweige Bayerns (78 300); Groß-, Brennstoff- und Kfz-Handel Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (127 200); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen (35 100); Karosserie-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Baden-Württemberg (35 500).

28. Februar – 4,0 Mill.

Öffentlicher Dienst (2,1 Mill.); Bundespost (200 800); Bundesbahn (161 400); privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen (31 000); Großhandel Nordrhein-Westfalen und Bayern (460 000); Metallhandwerksbereiche in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (162 000); Nahrungs- und Genussmittelindustrie in verschiedenen Bezirken (97 000); Staatsforsten und Baumschulen (39 300).

31. März – 1,9 Mill.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (534 700); privates Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet und Westberlin (208 900); Großhandel in Baden-Württemberg und Westberlin (112 900); privates Verkehrsgewerbe in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (161 500); Gebäudereinigungshandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Alzey-Worms und Mainz-Bingen (170 200); Druckindustrie im Bundesgebiet einschließlich Westberlin (127 400); Steine- und Erdenerzeugnisse in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (62 000).

Zum sozialpolitischen Kahlschlag praktikable Alternativen vorgelegt

„Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau – Alternativen zur Sparpolitik“ – unter diesem Titel hat die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ Mitte September ein „Sondermemorandum“ vorgelegt. Die Gruppe gewerkschaftsorientierter Wirtschaftswissenschaftler, die ihre Arbeit als Reaktion auf den ersten massiven Sozialabbau durch die sozialliberale Koalition – das Haushaltsstrukturgesetz von 1975 – aufgenommen hat und seit 1977 jedes Jahr um den 1. Mai ein Memorandum mit Vorschlägen zu einer sozialorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik vorlegt, wendet sich mit scharfer Kritik gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung für den Haushalt 1982.

Derartige Beschlüsse können weder mit der Notwendigkeit, staatliche Schulden zu verringern, noch mit dem Hinweis auf den „Mißbrauch“ sozialer Leistungen durch die Arbeiter und Angestellten begründet werden. In Wirklichkeit geht es auch gar nicht darum, sondern um eine „grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff): um die nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Kapital, tiefgehende Eingriffe in das Sozialleistungssystem und die Gewährleistung günstiger Expansionsbedingungen ins Ausland für das große Kapital.

Versandanschrift des Sondermemorandums: Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“, Postfach 2249, 3550 Marburg.

Im Gefolge der US-Globalpolitik wird eine derartige Expansion neuerdings auch wieder offen mit militärischen Mitteln betrieben. Daher bleiben die Rüstungsausgaben auch von den Kürzungen verschont: Es ist irreführend, wenn darauf verwiesen wird, daß auch der Verteidigungsetat mit 4,2 Prozent Zuwachs nicht stärker wächst als der Gesamthaushalt (im übrigen: der Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Soziales wächst überhaupt nicht): Dieses Ergebnis kommt nur durch Kürzungen bei den Sozialleistungen für die Angehörigen der Bundeswehr zustande. Die Ausgaben für militärische Beschaffungen sollen dagegen um 8 Prozent und die für militärische Anlagen sogar um 19 Prozent steigen.

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Priorität auf Rüstung zu Lasten der Sozial- und Beschäftigungspolitik bringt aber bedrohliche Perspektiven für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung:

● Sie wird die wirtschaftliche Krise nicht überwinden, sondern verschärfen und zum weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit beitragen. Damit rechnet die Bundesregierung im übrigen auch

tergrund für die Haushaltsoperation '82, deren Folgen freilich weit über 1982 hinausreichen würden. Gegen diesen Druck kann Gegendruck entwickelt werden. Änderungen sind möglich, wenn der Widerstand der Betroffenen groß genug wird.

Es ist nicht schwierig, die wirtschaftspolitischen Alternativen zu entwerfen. Die Wirtschaftswissenschaftler schlagen vier Maßnahmebündel vor:

1. ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm, durch das der Staat 20 Mrd. DM in gesellschaftlich wichtige Investitionsbereiche, Energieeinsparung, Fernwärmeversorgung, Wohnungssanierung usw. und in die Aufstockung des Personals im öffentlichen Dienst lenken soll. Hiervon würden unmittelbar positive Beschäftigungseffekte ausgehen.

2. Umstrukturierung im öffentlichen Haushalt: Durch energischeres Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, durch Abbau von Subventionen, die auf überholten Vorstellungen und ungerechtfertigten Privilegien beruhen, durch höhere Besteuerung der „windfall profits“ (der Supergewinne der Ölgesellschaften, die das in der Bundesrepublik geförderte Öl zu Weltmarktpreisen verkaufen) sowie durch eine Ergänzungsabgabe zur Einkommenssteuer für die Bezieher hoher Einkommen und zur Gewinnsteuer könnten 20 Mrd. DM mehr eingenommen werden. Das Einfrieren der Rüstungsausgaben, die Streichung verschiedener Konzernsubventionen sowie die Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrages und verschiedener Arbeitgeberumlagen zur Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit brächten weitere 7,8 Milliarden DM, die als finanzieller Spielraum für eine vernünftige Wirtschaftspolitik zur Verfügung stünden.

3. Staatliche Schuldenaufnahme. Zur Finanzierung des Gesamthaushaltes in Höhe von 265 Mrd. DM („normales“ Wachstum parallel zum erwarteten Wachstum des Sozialprodukts plus Beschäftigungsprogramm) ist eine Kreditaufnahme von 31 Mrd. DM erforderlich. Dies ist kein ökonomisches Problem: In der gegenwärtigen Situation verdrängen staatliche Schulden keine privaten Kredite. In vielen Fällen ermöglicht und fördert die staatliche Aktivität überhaupt erst private Investitionen. Staatsschulden treiben auch nicht die Preise hoch, die Preistreiber sind vielmehr die großen Konzerne. Schließlich sind die öffentlichen Schulden auch nicht verantwortlich für die hohen Zinsen; diese hat die Bundesbank vielmehr mit Blick auf das Zinsniveau in den USA verfügt.

4. Beendigung der Hochzinspolitik. Sie belastet die öffentliche wie private Kreditaufnahme und hemmt damit auch die wirtschaftliche Aktivität.

Jörg Huffschild

selbst, wenn sie in ihren wirtschaftspolitischen Überlegungen von einer Arbeitslosenzahl in Höhe von 1,4 Millionen für 1982 ausgeht. Das veranlaßt sie aber nicht, beschäftigungspolitische Maßnahmen durchzuführen. Offensichtlich braucht sie hohe Arbeitslosigkeit. Der damit verbundene Druck auf die Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen soll deren „Anspruchsmoralität“ auf sichere Arbeitsplätze, ausreichende Einkommen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und sichere soziale Versorgung brechen.

● Die Substanz des Sozialleistungssystems wird mit den Eingriffen besonders in den Bereich der Arbeitsförderung und der Krankenversicherung durchlöchert. Gerade die Leistungen zur Verhinderung bzw. schnellstmöglichen Beendigung von Arbeitslosigkeit – Qualifikationsmaßnahmen, Rehabilitation, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw. – galten einst als Prunkstücke sozialdemokratischer Reformkonzeptionen. Nichts kennzeichnet die „Wende“ besser als die jetzt beschlossenen drastischen Eingriffe in diesen Bereichen. Von dem notwendigen Ausbau des Sozialsystems – vor allem im Bereich der Renten, Stichwort Gleichbehandlung von Mann und Frau – redet ohnehin niemand mehr. Das paßt nicht mehr in die Landschaft der ökonomischen „Sachzwänge“.

● Die Sparpolitik begünstigt auf der anderen Seite die Unternehmen, die sich in der – durch diese Politik verstärkten – Krise besser als andere behaupten können. Zunehmende Unternehmenskonzentration auf der einen, mehr Konkurse kleiner und mittlerer Unternehmen auf der anderen Seite werden die Machtverteilung in der Gesellschaft weiter zugunsten des Großkapitals ändern; die Entscheidungen der Parlamente und Regierungen werden noch mehr unter dem übermächtigen Druck kleiner Finanzeliten gefällt werden.

Dieser Druck und nicht die vielbeschworenen Sachzwänge sind der Hin-

Haushalt '82

Nach der zweiten Etappe der Sparbeschlüsse für den Bundeshaushalt 1982 von Anfang September ist der „soziale“ Charakter der „Operation '82“ noch klarer: Waren nach der ersten Runde am 30. Juli noch sozialdemokratische „Verzierungen“ der Rotstiftpolitik in der Diskussion – die Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen, Einkommensgrenzen für Kindergeldkürzungen, Beschäftigungsprogramm – so war davon im September keine Rede mehr. Die Ergänzungsabgabe wurde ersatzlos gestrichen, die Kindergeldkürzungen sollen auch die unteren Einkommensgruppen treffen. Das Beschäftigungsprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden DM fiel ebenfalls unter den Tisch – eine Entscheidung, die allerdings kaum eine praktische Bedeutung hat, da die Dimensionierung des Programms diesem ohnehin nur Alibi charakter verliehen hätte. Dafür wurden zusätzlich die Abschreibungsmöglichkeiten für Hausbesitzer erheblich erweitert.

Betrachtet man die nebenstehende Tabelle, die Angaben über die geschätzten finanziellen Auswirkungen der Sparmaßnahmen enthält, so wird insbesondere die haushaltspolitische Problematik der verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmer und Wohnungsvermieter deutlich: die daraus resultierenden Mindereinnahmen steigen in den kommenden Jahren rasch an und stellen eine zunehmende Haushaltsbelastung dar. Schon im Jahre 1983 kosten diese als Gewinnsubvention wirkenden Beschlüsse ebensoviel, wie z. B. die Verbrauchssteuererhöhungen einbringen. Ein Verzicht auf diese erneute Begünstigung der Unternehmer würde jede Steuererhöhung – die sich unweigerlich preistreibend auswirken wird – überflüssig machen.

Würden die Beschlüsse in der Öffentlichkeit als Maßnahmen mit dem Ziel der langfristigen „Konsolidierung“ der Staatsverschuldung dargestellt, so ist ihre Wirkung gerade auf lange Sicht eher destabilisierend.

Selbst wenn man die nebenstehende Vorausschätzung der Auswirkungen bis 1985 für realistisch hält, wird man tatsächlich auf einen insgesamt sinkenden Spareffekt kommen: Im Jahre 1982 wird der Bundeshaushalt per Saldo um 13,2 Milliarden entlastet, im Jahre 1985 nur noch um 10 Milliarden. Es muß daher damit gerechnet werden, daß der als Folge der Abschreibungsvergünstigungen wachsende Steuerausfall bei den Gewinnsteuern die Bundesregierung schon bald zu neuen Einsparmaßnahmen in den Sozialhaushalten und im öffentlichen Dienst veranlassen wird.

Diese Umstrukturierung des Bundeshaushalts hat nicht nur unter sozialen, sondern auch unter konjunkturpoliti-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1976 = 100	Veränderung in v. H. gegenüber		
	Juli 1981	Juni 1981	Juli 1980
Produktion	96,7	- 15,9	- 1,9
Auftragseingänge ¹⁾	124,8	+ 1,5	+ 7,5

¹⁾ In jeweiligen Preisen
(Quelle: Statistisches Bundesamt lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	Veränderung in v. H. gegenüber		
	August 1981	Juli 1981	August 1980
Lebenshaltung	124,8	+ 0,3	+ 6,0
Industriepreise	127,9	+ 0,6	+ 8,8
Landw. Erzeugerpreise ²⁾	101,6	- 0,6	+ 5,2
Importpreise ¹⁾	143,8	+ 1,6	+ 18,2
Exportpreise ¹⁾	117,9	+ 0,7	+ 6,2

¹⁾ Juli; ²⁾ Juni
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (In 1000)

	Veränderung in 1000 gegenüber		
	August 1981	Juli 1981	August 1980
Arbeitslose	1289	+ 43	+ 424
Kurzarbeiter	167	- 54	+ 124
Offene Stellen	206	- 12	- 117

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

4. Haushaltsumstrukturierung

(Millionen DM)	1982	1983	1984	1985
Ausgabenkürzungen	9750	9963	7182	7259
darunter:				
Arbeitsförderung	3033	3138	3158	3158
Finanzverschiebung ¹⁾	3000	3200	-	-
Kindergeld	1700	1700	1690	1690
Kriegsopfer	355	30	30	30
Öffentlicher Dienst	510	581	619	647
Landwirtschaft	270	340	410	480
Steuererhöhungen ²⁾	1990	3000	3400	3600
Abbau von Steuervergünstigungen ³⁾	2044	2943	3433	3845
Abschreibungserleichterungen	- 550	- 1280	- 3300	- 4600

¹⁾ Belastung der Rentenversicherung, Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit

²⁾ Vor allem Tabaksteuer

³⁾ Vor allem bei der Vermögensbildung

(Quelle: Haushaltsbeschlüsse, lt. Presseberichten)

schen Gesichtspunkten einen Pferdefuß: die Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich und die Verbrauchssteuererhöhungen wirken sich direkt auf die private Nachfrage aus, vertiefen also die Krise. Dagegen stehen bei Abschreibungsvergünstigungen „Mitnahmeeffekte“ im Mittelpunkt: Begünstigt werden nicht nur zusätzlich durchgeführte Bau- und Investitionsvorhaben, sondern auch die ohnehin geplanten Projekte. Angesichts einer immer noch sinkenden Auslastung der indu-

striellen Kapazitäten dürften kaum zusätzliche Investitionen angeregt werden. Ähnlich im Baubereich. Hier ist das durch die Bundesbank auf Rekordhöhe gehaltene Zinsniveau eine wirksame Bremse für die Bautätigkeit: die Wirtschaftspolitik beschleunigt und bremst hier gleichzeitig. Die Sparbeschlüsse sind trotzdem nicht ohne Logik: man muß sich nur klarmachen, daß ihr Ziel nicht in einer Haushaltsentlastung, sondern in der Umverteilung zugunsten der Gewinne besteht. J. G.

Ein Sieg der Solidarität kommt Millionen Frauen zugute

Unter dem Eindruck einer breiten sozialen Bewegung für Lohngleichheit von Mann und Frau hat am 9. September der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel den 29 klagenden Arbeiterinnen der Firma Foto-Heinze aus Gelsenkirchen recht gegeben und ein anderslautendes Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm aufgehoben. Dieses Urteil bringt nicht nur den Frauen von Foto-Heinze eine Nachzahlung von vorenthaltenen übertariflichen Zulagen in Höhe von 20 000 DM, sondern auch Millionen betroffener Arbeiterinnen und Angestellter, die ebenfalls einer skandalösen Lohndiskriminierung unterliegen, eine Verbesserung ihrer Lebenslage.

Wenn auch das BAG keine „Grundsatzentscheidung“ gefällt hat, so hat es doch seine eigene Rechtsprechung präzisiert und weiterentwickelt und die Versuche, die bestehende Rechtsprechung zu durchlöchern – wie vom Landesarbeitsgericht Hamm praktiziert –, zurückgewiesen. Bestätigt hat das BAG seine Regeln, daß ein Arbeitnehmer bei verdeckter Lohndiskriminierung darlegen muß, bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit geringer entlohnt zu werden. Neu ist jetzt, daß der Unternehmer beweisen muß, daß er nicht aus Gründen des Geschlechts ungleich entlohnt. Bestätigt hat das BAG auch, daß der Unternehmer, wenn er eine betriebliche Regelung bezüglich der Entlohnung einführt, diese auch durchzuhalten hat. Zeigt sich, daß diese Regel auf einzelne Männer und einzelne Frauen nicht anwendbar ist, so differenziert er unzulässigerweise aus geschlechtsspezifischen Gründen.

Auf den konkreten Fall angewandt, war es bei Foto-Heinze in der entsprechenden Abteilung so, daß die Männer für die gleiche Arbeit im Durchschnitt 1,52 DM an übertariflichen Zulagen bekamen, die Frauen aber nur 19 Pfennig. Nunmehr müssen die Frauen die gleichen übertariflichen Zulagen wie die Männer erhalten.

Das bei Redaktionsschluß noch nicht vorliegende schriftliche Urteil bedarf noch einer gründlicher Bewertung, die NACHRICHTEN in einer der nächsten Ausgaben vornehmen wird.

Vor dem Bundesarbeitsgericht feierten nach der Urteilsverkündung die klagenden Frauen von Foto-Heinze zusammen mit den Vertretern ihrer Gewerkschaft den errungenen Erfolg. Detlef Henschke vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier dankte den Gewerkschafterinnen der Firma Heinze, die mit persönlichem Risiko und Mut für ihr Recht gekämpft hätten. Das Urteil sei ein wichtiger Erfolg für Millionen berufstätiger Frauen, die ebenso wie die Heinze-Frauen der Lohndiskriminierung der Unternehmer ausgesetzt wären.

Henschke hob hervor, jetzt käme es darauf an, das erreichte Urteil in die betriebliche Wirklichkeit umzusetzen, notfalls mit weiteren gerichtlichen Schritten gegen die Unternehmer. Der Gewerkschaftsvertreter unterstrich die große Solidarität, die sich unter dem Aktenberg entwickelt habe und die die hinter diesem Konflikt stehende soziale Auseinandersetzung deutlich mache.

Die Bundesfrauensekretärin Gisela Kessler ergänzte: „Durch diese Bewegung ist die Lohndiskriminierung auf die politische Tagesordnung gekommen und wird so lange bleiben, bis sie endgültig fällt.“ Zu dem Erfolg haben zweifelsfrei neben den zahlreichen Aktionen auch die Unterschriften von 90 000 Gewerkschaftern beigetragen, die mit ihrem Votum die klagenden Frauen aus Gelsenkirchen unterstützt haben. W. P.

Der Kampf hat sich gelohnt

Es war ein weiter Weg von der vor drei Jahren liegengelassenen Lohntüte in dem Gelsenkirchener Foto-Labor Heinze bis zum 9. September 1981 in Kassel, als das Bundesarbeitsgericht verkündete, daß den 29 klagenden Heinze-Frauen für die gleiche Arbeit auch die gleichen Zulagen wie den Kollegen gezahlt werden müssen. Ohne die Unterstützung der IG Druck und Papier, die den 29 immer wieder den Rücken stärkte, und die breite Solidarität anderer DGB-Gewerkschaften sowie der Öffentlichkeit, wäre der Erfolg der Heinze-Frauen nicht möglich gewesen.

Im Kampf gegen die Lohndiskriminierung der Heinze-Frauen gab es viele Aktionen und viel Erwähnenswertes: Demonstrationen in Gelsenkirchen, Kü- rung der Heinze-Frauen durch das Magazin „Brigitte“ zu Frauen des Jahres,

Solidaritätsbekundungen aus gewerkschaftlichen Veranstaltungen und Begeisterungstürme bei dem immer wieder aufgeführten Stück des Mobilien Rhein-Main-Theaters „Frauen sind keine Heinzelmänner“. Lieder entstanden, und der Kampf der Heinze-Frauen wurde in einem rororo-Bändchen dokumentiert. Nicht zu vergessen die zahlreichen Unterschriften, die für das Anliegen der 29 Heinze-Frauen gesammelt wurden. Und nicht zu vergessen die Solidarität der Kollegen.

Höhepunkt aber war zweifellos die große Solidaritätsveranstaltung am 6. September im Kasseler Eissportstadion mit anschließender Demonstration. 7 000 Teilnehmer waren aus dem gesamten Bundesgebiet an diesem Sonntag nach Kassel gekommen, mit Pkws und Bussen oder auch mit den verbilligten Sonderzügen zur Kasseler Bundesgartenschau. Begeistert gefeiert die 29 aus Gelsenkirchen, die sich auch durch den negativen Spruch des LAG Hamm im Herbst 1979 nicht beeindrucken ließen. Sie haben dort „erfahren müssen“, so die Frauensekretärin der IG Druck und Papier, Gisela Kessler, in ihrer Kasseler Eröffnungsrede, „daß Recht haben und Recht bekommen zweierlei sind“. Es sei ein Hohn, daß noch immer die Arbeiterinnen 30 Prozent weniger Lohn und die weiblichen Angestellten mit 33 Prozent weniger Geld nach Hause gingen als ihre Kollegen.

Gisela Kessler brachte zum Ausdruck, wofür die 7 000 nach Kassel gekommen waren, was die Gewerkschaften fordern und wofür die 29 aus dem Gelsenkirchener Foto-Labor alle arbeitsgerichtlichen Instanzen durchlaufen haben: „Wir Frauen haben es satt, als Lohndrücker und damit als Werkzeug der Unternehmer mißbraucht zu werden.“ Und Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, rief den Teilnehmern zu, den Unternehmern, die die „haushohen Gewinner“ der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen seien, „viele schlaflose Nächte“ zu bereiten (siehe Einhefter).

Und „schlaflose Nächte“ fürchten die Unternehmer. Entsprechend ist auch ihre Reaktion einen Tag nach der Kasseler Veranstaltung im Pressedienst der BDA, „PDA“, zu werten. Von „Gewerkschaftsrepressionen“, vom „Angriff auf die Unabhängigkeit der Gerichte“, von „böswilligen Unterstellungen der IG Druck und Papier zur Frauenentlohnung“ ist die Rede. Sie haben dazu auch allen Grund, denn mit dem Kasseler Urteil wurden Pflöcke gesetzt für den weiteren Abbau der Lohndiskriminierung. Und Symbol dieses Kampfes sind die 29 Heinze-Frauen, die, unterstützt von ihrer Gewerkschaft, sich nicht entmutigen ließen. Soviel ist sicher: Ihr Beispiel wird Schule machen. Bereits kurz nach Prozeßende haben weitere Kolleginnen beschlossen, den Gang zu den Arbeitsgerichten zu gehen. G. M.

DGB-Jugend Hessen plant große Friedensdemonstration

Interview mit Gottfried Heil, DGB-Landesjugendsekretär

In diesen Wochen rund um den Antikriegstag fanden auch in Hessen zahlreiche Aktionen der Gewerkschaftsjugend statt. Höhepunkt soll jedoch am 31. Oktober eine große Friedensmanifestation in Frankfurt werden, zu der neben der Gewerkschaftsjugend auch der Hessische Landesjugendring mit seinen 19 Jugendverbänden aufgerufen hat. Über Verlauf und Inhalt dieser Aktion beantwortet DGB-Landesjugendsekretär Gottfried Heil unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen.

NACHRICHTEN: Die DGB-Jugend Hessen führt am 31. Oktober eine landesweite Friedensdemonstration durch. Was ist im einzelnen geplant?

Gottfried Heil: Die Demonstration und Kundgebung am 31. Oktober soll Höhepunkt der zum Antikriegstag und im Jugendmonat durchgeführten Aktivitäten im Gewerkschaftsbereich sein. Gleichzeitig wollen wir damit auch das Anliegen der Unterschriftenaktion des DGB-Bundesvorstandes „Frieden durch Abrüstung“ aktiv unterstützen. Für den 31. Oktober haben wir das Motto gewählt: „Entrüstet Euch – DGB-Jugend Hessen gegen Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben – Für Frieden und Abrüstung jetzt!“

Nach einer Demonstration findet um 13 Uhr auf dem Römerberg die Kundgebung statt. Dort werden u. a. sprechen das geschäftsführende DGB-Landesbezirksvorstandsmitglied Gert Lüttert sowie Christian Götz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, ferner je ein Vertreter aus dem Bereich der Jugendverbände und der Kirchen. Vor der historischen Kulisse des Römers läuft anschließend ein Kulturprogramm. Es wird gestaltet von DGB-Kulturgruppen aus Hessen.

Unter der Schirmherrschaft der hessischen Jugendverbände findet parallel dazu von 10 bis 16 Uhr ein Friedensmarkt statt. Und der Hessische Jugendring, der mit zum 31. Oktober aufgerufen hat, wird am Nachmittag ein Friedensforum durchführen unter dem Motto: „Offizielle Politik und Friedensbewegung“. Zur Zeit laufen noch Bemühungen um kompetente Diskussionspartner.

NACHRICHTEN: Welche Fragen werden im Mittelpunkt dieser Friedensmanifestation stehen?

Gottfried Heil: Das Motto des Friedentages zeigt schon die Stoßrichtung auf, unter der Gewerkschafter, junge und alte, in vielen Bereichen bereits ihren Beitrag für die Sicherung des Friedens leisten. In Diskussionen mit jungen Ge-

werkschaftern wird nicht selten die Glaubwürdigkeit der eigenen Regierung angezweifelt. Fragen tauchen in diesem Zusammenhang auf, beispielsweise danach, was getan werden kann, um umgehend zu konkreten Abrüstungsverhandlungen zu kommen. Warum wird die Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten so verteuert? Was können wir konkret tun, um gemeinsam mit anderen den Baustopp und die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu erreichen? Allgemein akzeptiertes Ziel ist es, durch tatsächliche Abrüstung in West und Ost eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu erreichen. Das hat auch der DGB-Bundesjugendaus-



schaftern wird nicht selten die Glaubwürdigkeit der eigenen Regierung angezweifelt. Fragen tauchen in diesem Zusammenhang auf, beispielsweise danach, was getan werden kann, um umgehend zu konkreten Abrüstungsverhandlungen zu kommen. Warum wird die Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten so verteuert? Was können wir konkret tun, um gemeinsam mit anderen den Baustopp und die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu erreichen? Allgemein akzeptiertes Ziel ist es, durch tatsächliche Abrüstung in West und Ost eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu erreichen. Das hat auch der DGB-Bundesjugendaus-

NACHRICHTEN: Ist die Friedensaktion am 31. Oktober auch für andere politische Jugendgruppen offen?

Gottfried Heil: Wie ich vorher schon sagte, hat der Hessische Jugendring beschlossen, seine Mitgliedsorganisationen sowie die Jugendlichen in Hessen zur Teilnahme an der Demonstration und der Kundgebung aufzurufen und darüber hinaus durch eigene Aktivitäten der Jugendverbände, wie Friedensmarkt und Friedensforum, der Öffentlichkeit ein weitgefächertes Bild der Friedensbewegung darzustellen. Er will aber auch zeigen, daß die 19 im Hessischen Jugendring zusammengeschlos-

senen Verbände zwar unterschiedliche politische Positionen vertreten, aber in der Frage einer aktiven Friedensarbeit und der Forderung nach konkreten Abrüstungsschritten weitgehend übereinstimmen. Dieses gemeinsame Ziel wird auch in dem Aufruf des Jugendrings „Werdet aktiv für den Frieden“ deutlich.

Wir hoffen, daß recht viele junge, aber auch ältere Menschen an der Demonstration und Kundgebung teilnehmen. Und sicherlich werden auch andere Jugendorganisationen, die nicht dem Hessischen Jugendring angeschlossen sind, von sich aus an ihre Mitglieder herantreten, um sie zur Teilnahme an dieser Friedensdemonstration der Gewerkschaftsjugend aufzufordern.

NACHRICHTEN: Sind neben dieser Friedensdemonstration noch weitere Aktionen der hessischen Gewerkschaftsjugend geplant?

Gottfried Heil: Die DGB-Kreisjugendausschüsse werden im Jugendmonat – das ist der Oktober – weitere Friedenstage durchführen. Ausgestaltung und Umfang sind Sache der einzelnen Kreise. Der Erfolg hängt ab auch von der Unterstützung der Jugendausschüsse der Einzelgewerkschaften. Auf jeden Fall werden diese Aktivitäten koordiniert mit der IG Metall, zu deren Tradition der Oktober als Jugendmonat gehört. In dieser Zeit findet auch die zentrale Tournee der IG Metall in Hessen statt. Ihr Motto ist ebenfalls „Entrüstet Euch“. Weitere Aktivitäten werden noch diskutiert.

NACHRICHTEN: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt weiter an. Wie ist die Situation in Hessen, und welche Vorschläge hat die Gewerkschaftsjugend zu ihrer Milderung?

Gottfried Heil: Von der Jugendarbeitslosigkeit ist unser ganzes Land betroffen. Hessen bildet da keine Ausnahme. Wir können feststellen, daß wir es mit einem enormen Anstieg zu tun haben. Das trifft auch auf die Dunkelziffer zu. Wir planen, Licht in dieses Dunkel zu bringen. In einer Dokumentation – die Herausgabe ist für Ende dieses Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres geplant – wollen wir öffentlich machen, wie viele in der Arbeitslosenstatistik nicht erfaßte Jugendliche sich in Wartehöfen wie dem Berufsvorbereitungsjahr, aber auch teilweise dem Berufsgrundbildungsjahr und anderen Arbeitsmaßnahmen befinden. Dabei sollen Einzelschicksale geschildert werden, um Betroffenheit zu erzeugen. Wir hoffen, daß bei den verantwortlichen Politikern größere Bereitschaft besteht, endlich die bekannten Forderungen der Gewerkschaftsjugend anzuerkennen. Zur Zeit jedoch sehen wir es als unsere Hauptaufgabe an, die geplante soziale Demontage zu verhindern.

Internationale Aktivitäten des DGB sehr zwiespältig

Die gegenwärtigen internationalen Spannungen, besonders auch in Europa, erfordern vielfältige Aktivitäten zu ihrer Überwindung. Gewerkschaften pflegen es nicht einfach den Regierungen zu überlassen, ob diese eine Politik der Verständigung und der Friedenssicherung betreiben oder nicht. Ihr Selbstverständnis erfordert auch in diesen Fragen das eigene aktive Handeln. Darum heißt es im neuen Grundsatzprogramm des DGB: „Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt.“ (P 26)

Dieser Erkenntnis entspricht die Beteiligung des DGB an der Friedensbewegung in unserem Land mit dem Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ und der damit verbundenen Sammlung von Unterschriften. Als Mitte der 60er Jahre sich die Politik des kalten Krieges, die damals von allen Bonner Parteien gemacht wurde, für jedermann sichtbar tief in der Sackgasse befand, haben die Gewerkschaften durch ihre beginnenden Ostkontakte mit dazu beigetragen, daß die beharrliche Forderung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder nach Verhandlungen, Normalisierung der Beziehungen und Entspannung auch bei uns Gehör und Eingang in den politischen Alltag fand.

Heute haben wir wieder eine Situation, die das verstärkte internationale Engagement des DGB, die Nutzung aller seiner guten Beziehungen zu den Gewerkschaften in West und Ost erfordert. Insbesondere die Beziehungen des DGB und seiner Gewerkschaften zu den Parallelorganisationen in den sozialistischen Ländern sollten gerade jetzt verstärkt genutzt werden, um in Europa die Bewegung für Abrüstung und Entspannung weiter zu kräftigen. Statt dessen schleppen sich die gewerkschaftlichen Ostkontakte mehr schlecht als recht dahin, und so mancher vereinbarte Besuch – auch der Heinz Oskar Vetter in der UdSSR – ist längst überfällig.

Dabei hätte der DGB allen Grund, sich intensiver denn je mit den Gewerkschaftsbünden der sozialistischen Länder auszutauschen. Ebenso wie der DGB in unserem Lande, sind die Gewerkschaftsbünde der sozialistischen Länder bei sich wichtigste Kraft einer Friedensbewegung, die weit umfangreicher als in irgendeinem westlichen Land alle Schichten der Gesellschaft erfaßt. Zahllose gewerkschaftliche Veranstaltungen, Aktivitäten der Parteien – auch Kundgebungen und Demonstrationen –, Unterschriftensammlungen usw. zeugen davon. Und auch viele unserer führenden Gewerkschafter kennen das aus eigener Erfahrung. Manche von ih-

nen haben sogar – etwa bei Besuchen in oder aus der DDR – die Abgabe gemeinsamer Erklärungen am Ende des Besuchs abgelehnt, weil die östliche Seite darauf Wert legte, einen gemeinsamen Standpunkt zu Frieden, Abrüstung und Entspannung kundzutun.

Es ist leicht vorstellbar, wie der Druck auf die Rüstungsfanatiker rasch anschwellen würde, wenn es über die Gewerkschaften gelänge, eine Verzahnung der Friedensbewegungen in Ost und West herbeizuführen. Aber offenbar gilt in dieser Hinsicht für nicht wenige maßgebende Gewerkschafter im DGB,

Arndt/Deppe/Petschick/Pickshaus

DGB Programm '81 Untersucht für die Praxis

20 namhafte Autoren untersuchen in diesem Buch die zentralen Aussagen des neuen DGB-Grundsatzprogramms auf der Basis einer interessenorientierten, autonomen Gewerkschaftspolitik.

Mit umfangreichem Dokumentenanhang
344 Seiten, Preis 18,- DM
Erscheint Ende Oktober in unserem Verlag

was ihre Haltung auch zur Friedensbewegung in der Bundesrepublik bestimmt: Mit Kommunisten zusammen retten wir unser Leben nicht!

Diese Grundhaltung durchzieht die gesamte internationale Politik des DGB, und das nicht nur in Fragen der Friedenssicherung. Besonders deutlich wird das im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), wo der DGB zu den tonangebenden Mitgliedsorganisationen gehört. An seinem Veto und seiner Austrittsdrohung scheitert in der Regel jede Neuaufnahme von Gewerkschaften, die aus dem Blickwinkel des DGB als „kommunistisch beherrscht“

etikettiert werden, so z. B. Gewerkschaften in Frankreich, Spanien, Portugal, Cypern (siehe auch NACHRICHTEN 9/81).

Im DGB-Grundsatzprogramm heißt es: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich dafür ein, daß die freien (in der DGB-Sprachregelung gleichbedeutend mit nichtkommunistischen, nicht gegen den Kapitalismus gerichteten – d. V.) europäischen Gewerkschaftsorganisationen ihre Zusammenarbeit festigen, um innerhalb der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse Europas ein stärkeres Gewicht zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu erhalten“ (15.5). Ein Antrag der Deutschen Postgewerkschaft mit nachstehendem Wortlaut, der in die Präambel des Grundsatzprogramms eingefügt werden sollte, um Berührungspunkte abzubauen, verfiel auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß Ende März 1981 der Ablehnung: „Gewerkschaften in Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen müssen die Kontakte untereinander fördern und ausbauen. Zusammenarbeit, die im gegenseitigen Respekt vor den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen durchgeführt wird, entspricht den lebenswichtigen Interessen der Arbeitnehmer, weil sie der Völkerverständigung und dem Frieden dienen.“

Wenig effektiv ist auch die Tätigkeit des DGB im Europäischen Gewerkschaftsbund selbst. Dabei wirkt die DGB-Konzeption hemmend, daß die Gewerkschaftsarbeit, entsprechend der „Dreigliedrigkeit: Regierungen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften“, sich in den Institutionen und Organen der Europäischen Gemeinschaft (EG) vollziehen muß. Orientiert wird selten auf gemeinsame Aktionen der im EGB vereinten Gewerkschaften, die in den Betrieben, auf den Straßen oder im sonstigen öffentlichkeitswirksamen Rahmen stattfinden, sondern hauptsächlich auf gemeinsame Erklärungen, Bitt- und Protestbriefe, Beteiligung an Untersuchungskommissionen, Ausschüssen, Komitees, Arbeitsgruppen, Tagungen usw. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung selbst von Forderungen, die – wie Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit – seit Ewigkeit durch die EG und die Regierungen ignoriert werden, sind nicht gefragt.

So steckt die internationale Tätigkeit des DGB voller Widersprüche und Halbheiten, die das mögliche Kräftepotential der Gewerkschaftsbewegung in Europa und der Welt eher lähmen als stärken. Geht man von der Erfahrung aus, daß nationale und internationale Tätigkeiten der Gewerkschaften gegenseitige Wechselwirkung haben, so bleibt die Folgerung, daß der DGB-Beitrag zur internationalen gewerkschaftlichen Solidarität – entsprechend seiner eigenen Programmatik – noch erheblich verbesserungsbedürftig ist.

Gerd Siebert

NGG: Vertrauensleutearbeit wird zügig organisiert

An zwei Tagen, dem 18. und 19. September, berieten in Dortmund die Vertrauensleute der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG) über Aufgaben, Inhalt und Organisation ihrer gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb. Entsprechend dem Beschluß des NGG-Gewerkschaftstages 1978 ist inzwischen der Aufbau von Vertrauensleutegruppen in Betrieben, Verwaltungen und Außendiensten des Organisationsbereiches weit vorangeschritten. Die Bundesarbeitstagung in Dortmund zog Bilanz und steckte zugleich den weiteren Weg ab.

Der 1. Bundesvorsitzende der Gewerkschaft, Günter Döding, nutzte die Gelegenheit zu allgemeinen gewerkschaftspolitischen Ausführungen. Er kritisierte die sozialen Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung als „unausgewogen“. Namentlich attackierte er die FDP, die CDU/CSU und die Unternehmerverbände, die auf Sozialabbau programmiert seien. Der SPD-Anteil dabei fand keine direkte Erwähnung. In diese Richtung zielten jedoch Bemerkungen wie: Milliarden werden als Förderungsmittel an die Unternehmer ausgeschüttet; ihr Beifall „müßte doch skeptisch machen“. Oder: „Es fehlt nicht an Moneuten, es fehlt an politischer Tatkraft, den Reichtum sozial richtig zu verwenden.“

Mit allem Nachdruck forderte Döding, auf die Rüstungspolitik eingehend, den Verzicht der USA auf den Bau der Neutronenbombe. Entsprechend der Zielsetzung des DGB-Aufrufs „Frieden durch Abrüstung“ forderte er von den USA und der UdSSR Verhandlungen über den Stopp und die Annullierung der Raketenstationierung in Europa sowie die Einstellung der Atomwaffenproduktion. Alle Bemühungen um sozialen Fortschritt seien umsonst, wenn es nicht gelinge, den Frieden zu bewahren. „Die Gewerkschaften waren, sind und bleiben eine kraftvolle Massenbewegung für den Frieden.“

Nach einer Einführung in die Bedeutung und Problematik der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit durch das zuständige Mitglied des geschäftsführenden NGG-Hauptvorstandes, Werner Weber, wurde in sechs Arbeitsgruppen diskutiert. Die Themen lauteten: 1. Information als Instrument der Interessenvertretung; 2. Das Arbeitsprogramm der Vertrauensleutegruppe; 3. Mitgliederwerbung und -betreuung als Aufgabe; 4. Wie organisiert man Vertrauensleutearbeit im Betrieb?; 5. Mitwirkungsmöglichkeiten des Mitglieds bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben in der NGG-Verwaltungsstelle; 6. NGG-Tarifarbeit und Vertrauensleute.

Mit über 150 „Thesen und Fragen zur Diskussion“ hatten die Veranstalter gründliche Vorbereitungsarbeit für die

Beratungen geleistet. Übereinstimmend bemängelten die Vertrauensleute die unzureichenden Informationsmöglichkeiten über betriebliche Vorgänge, die für die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Beschäftigten in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat wichtig sind. Darum müsse viel Mühe darauf verwendet werden, den gegenseitigen Informationsfluß zwischen Belegschaft, Vertrauensleuten, Jugendvertretern, Mitgliedern des Betriebsrats und des Wirtschaftsausschusses, Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat und der NGG-Verwaltungsstelle zu organisieren und zu gewährleisten.

Starke Gewerkschaften, so besagte ein weiterer Diskussionspunkt, sind den Unternehmern zuwider, für die betriebliche Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten aber unerlässlich. Deshalb sei es Aufgabe der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, Mitgliederwerbung im Betrieb vorzunehmen. Als gute Werbeanlässe hätten sich betriebliche Aktionen, etwa um Rationalisierungsmaßnahmen, sowie Betriebsversammlungen und Tarifbewegungen erwiesen.

Probleme gibt es bei der NGG noch mit der kontinuierlichen Vertrauensleutearbeit. Immer wieder berichteten Teilnehmer in den Arbeitsgruppen, daß im jeweiligen Betrieb zwar eine Vertrauensleutegruppe gebildet worden sei, jedoch habe sich keine systematische Arbeit entwickelt. Darum empfahl die Tagung, die Tätigkeit anhand konkreter betrieblicher Aufgabenprogramme und Arbeitsfelder zu entwickeln.

Auch das Verhältnis Vertrauensleute – Betriebsrat kam oft zur Sprache, wobei alle Aspekte der Praxis eine Rolle spielten: vom ungesunden Konkurrenzverhältnis bis zu vorbildlicher Zusammenarbeit zum Nutzen der Belegschaft. Die Diskussion auf dieser Bundesarbeitstagung der Gewerkschaft NGG widerspiegelte also nicht nur NGG-spezifische Probleme in der Vertrauensleutearbeit, sondern Erfahrungen, wie sie auch andere Gewerkschaften machen. Die Gewerkschaft NGG, soviel zeigte die Tagung, ist jedoch mit Erfolg dabei, die Schwierigkeiten zu meistern. Gerd Siebert

GGLF: Leicht aufwärts

Mit leichtem Optimismus, was die Entwicklung der Mitgliederzahlen betrifft, wurde am 27. September in Ruhpolding der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft eröffnet. Die Beratungen dauerten bis nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe. Im Jahre 1975, so der Gewerkschaftsvorsitzende Willi Lojewski, sei mit etwas mehr als 39 000 Mitgliedern der organisatorische Tiefpunkt der Gewerkschaft gewesen. Ende August dieses Jahres habe man bereits wieder einen Mitgliederstand von genau 42 795 gehabt. Und der Aufwärtstrend gehe weiter.

Lojewski trat auch allen Spekulationen über eine Auflösung dieser kleinsten DGB-Gewerkschaft entgegen. Der Hinweis, daß der DGB und die anderen Einzelgewerkschaften für die nächsten drei Jahre die Finanzierungsgarantie für die GGLF gegeben hätten, läßt sich aber auch so deuten, daß dann die Existenzfrage abermals gestellt werden dürfte. Möglicherweise hängt dies auch von der weiteren Mitgliederentwicklung ab, die derzeit positiv, vor allem im Gartenbau und in der Forstwirtschaft, verläuft.

Von der Tarifpolitik und Fragen der äußerst schweren Arbeitsbedingungen bis hin zu Fragen der Friedenssicherung und dem Verbot neonazistischer Betätigung hatten die Delegierten ein umfangreiches Antragspaket zu beraten. Besonderes Gewicht erhielt der Gewerkschaftstag zudem durch das große Angebot an gewerkschaftlicher und politischer Prominenz. Schon an den ersten beiden Tagen sprachen zu den Delegierten – neben Lojewski – Ernährungsminister Ertl, Arbeitsminister Ehrenberg, Bundeskanzler Schmidt und der DGB-Vorsitzende Vetter. Außer ihnen erhielten noch mehrere andere Politiker auf Bundes- bzw. Bayernebene das Wort zur parteipolitischen Rechtfertigung ihrer Politik.

Heftig kritisierte Lojewski die Rotstiftspolitik der Bundesregierung, die andererseits Ehrenberg zu rechtfertigen suchte. Alois Pfeiffer vom geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und früherer Vorsitzender der GGLF, nahm die Gelegenheit wahr, um die Bedeutung des DGB-Aufrufs „Frieden durch Abrüstung“ zu unterstützen. „Stützt und unterstützt diese Aktion durch aktiven Einsatz!“ appellierte er an die Gewerkschafter. „Laßt uns deutlich machen, daß die fast acht Millionen in den 17 diesen DGB bildenden Gewerkschaften für einen ungeteilten Frieden und für eine Welt ohne Waffen und ohne Vernichtung eintreten.“ G. S.

II. IBFG-Jugendtreffen für Frieden und Abrüstung MANIFEST

Vom 22. bis 30. August fand im spanischen Sevilla das II. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) statt (siehe auch S. 28). Zentrales Thema war die Erhaltung des Friedens. Nach langen und intensiven Diskussionen in den Arbeitsgruppen und auf der Abschlußkonferenz wurde ein „Manifest für Frieden und Abrüstung“, das wir zur Information unserer Leser dokumentieren, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Teilnehmer des II. Weltjugendtreffens des IBFG vom 22.–30. August 1981 in Sevilla fordern die Regierungen der Welt, insbesondere die Regierungen der Großmächte USA und UdSSR, auf, alles zu tun, um den Frieden in der Welt zu sichern. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben. Wir verurteilen alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die eine Gefährdung des Weltfriedens zur Folge haben können, insbesondere die Sicherung von Rohstoffquellen und Einfluszonen mit militärischen Mitteln oder der Androhung von Gewalt. Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit ist die beste Friedenssicherung. Deshalb fordern wir eine konsequente Politik gegenüber repressiven, ausbeuterischen und rassistischen Systemen.

Die Teilnehmer des II. Weltjugendtreffens des IBFG verurteilen die Hochrüstungspolitik der USA, die die Kriegsgefahr erheblich verschärft. Allgemein verurteilen wir die immer bedrohlicher werdenden Rüstungspotentiale der beiden Bündnisssysteme und die immer stärker werdende Aufrüstung von Staaten der sogenannten 3. Welt. In diesem Zusammenhang fordern wir den internationalen Verzicht auf die Produktion von Atomwaffen jeder Art, insbesondere von Neutronenwaffen. Wir fordern die Regierungen der Welt auf, unmittelbar in Verhandlungen einzutreten, um eine internationale Vereinbarung über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel zu treffen. Teil einer solchen Vereinbarung müssen auch konkrete Schritte für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung sein. Wir treten nach wie vor für die Ächtung aller Waffen, insbesondere der atomaren, ein.

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Statt einer weltweiten Ächtung der Atombomben hat die Zahl und Wirkungskraft dieser furchtbaren Waffe nach 1945 um ein Vielfaches zugenommen. Heute existieren weltweit nukleare Waffen mit einer Sprengkraft von 3,7 Millionen „Hiroshima-Bomben“.

Rüstung bedroht nicht nur unsere Zukunft, sie tötet schon heute. Für militärische Rüstung werden jährlich in der Welt rund 1 000 000 000 000 (in Worten eine Billion) DM ausgegeben. Dieses Geld fehlt für die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Die Rüstungsausgaben umfassen das 30fache der von den Industriestaaten gewährten Entwicklungshilfe. Eine halbe Milliarde Menschen leben ständig im Hunger. Millionen sterben Jahr für Jahr an den Folgen der Unterernährung oder an Seuchen, deren Ausrottung medizinisch möglich ist, für deren Bekämpfung aber das Geld fehlt: Es steckt in Raketenstillen und Laboratorien für die Entwicklung noch schrecklicherer Waffen.

In unserer jüngeren Geschichte hat die Anhäufung von militärischem Potential nicht Krieg verhindert, sondern Kriege ermöglicht und damit unendliches Leid auch über die Jugend in aller Welt gebracht. Wir wollen in Frieden leben. Wir sehen nicht ein, daß weltweit die Rüstungsausgaben steigen, während etwa 600 Millionen Menschen auf der Welt unterernährt

sind, ca. 1 Milliarde Menschen keine angemessene Wohnung hat, etwa 1,5 Milliarden Menschen keine ausreichende medizinische Versorgung haben, ca. 250 Millionen Kinder keine Schule besuchen und 800 Millionen Menschen Analphabeten sind.

Die beschlossene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa schafft eine neue Situation. Waffen wie Pershing II, Cruise-Missiles und die Neutronenbombe stellen eine völlig neue technische Qualität atomarer Vernichtungswaffen dar. Das atomare Patt, wie es unter anderem in den SALT-Verhandlungen festgeschrieben wurde, wird damit unterlaufen. Eine Waffe wie die Pershing II steigert das Risiko von Fehleinschätzungen und Mißverständnissen auf beiden Seiten in einer nicht mehr verantwortbaren Weise. Sie steigert im Spannungsfall auf beiden Seiten die Ungewißheit, die Nervosität und die Bereitschaft zum Erstschlag. Damit wird ein begrenzbarer Atomkrieg führbar. Eine weitere Eskalation bringt der von der US-Regierung beschlossene Bau der Neutronenbombe. Demgegenüber machen bereits die bestehenden Rüstungspotentiale einseitige Abrüstungsmaßnahmen des Westens zur Umkehrung des Aufrüstungstrends schon jetzt möglich; dies wäre ein unabdingbarer Bestandteil einer glaubwürdigen Friedenspolitik.

Zu einer Politik für den Frieden und einer allgemeinen Abrüstung gehört die volle Achtung der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität der Staaten in der Welt, auch innerhalb von Bündnisssystemen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte Sicherung des Weltfriedens. Unvereinbar ist damit der Export von Waffen in andere Länder. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not eingesetzt werden müssen.

Die Teilnehmer des II. Weltjugendtreffens des IBFG fordern:

- sofortigen Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbeschränkung insbesondere in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen zuzulassen und die vorhandenen abzubauen. Dies beinhaltet für die westliche Seite die Rücknahme des Doppelbeschlusses der NATO vom 12. Dezember 1979;
- sofortige Ratifizierung von SALT II;
- Ächtung aller Atomwaffen;
- internationale Vereinbarungen über konkrete Abrüstungsschritte mit dem Ziel einer totalen Abrüstung; bestehende Verhandlungen über Truppenabbau (z. B. MBFR) sind dazu konsequent zu unterstützen;
- die Unterstützung der Bemühungen um eine kernwaffenfreie Zone im Norden mit dem Ziel, eine kernwaffenfreie Zone für ganz Europa zu schaffen;
- Verzicht auf die Produktion von Neutronenwaffen und Vernichtung der bereits existierenden Neutronenwaffen;
- ein international garantiertes und kontrolliertes Verbot der Entwicklung neuer Waffensysteme und Waffentechnologien;
- ein international garantiertes und kontrolliertes Verbot des Rüstungsexports; bereits bestehende Gesetze für Waffenausfuhrbeschränkungen müssen konsequent angewendet werden;
- Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion unter Beteiligung der Gewerkschaften;
- allgemeine Senkung der Militäraushalte zunächst um jeweils 10 Prozent entsprechend den Beschlüssen der UN. Diese Mittel sind für eine verbesserte Entwicklungshilfe und zur Förderung von sozialen und Friedensdiensten einzusetzen. Die Gefahr der Finanzierung von repressiven und ausbeuterischen Herrschaftssystemen muß ausgeschlossen werden. Bei jeder Form von Entwicklungszusammenarbeit sind die nationalen und kulturellen Eigenheiten zu respektieren;

● Ausbau der Friedensforschung im internationalen Maßstab und die Einführung einer Friedenserziehung in den öffentlichen Schulsystemen.

Die Teilnehmer des II. Weltjugendtreffens der IBFG begrüßen und unterstützen die bestehenden Friedensinitiativen in aller Welt, die sich gegen Aufrüstung, weitere Stationierung von Atomwaffen und gegen den Bau und die Stationierung der Neutronenwaffen richten und für eine allgemeine Abrüstung in Ost und West eintreten. Jede Diffamierung der Friedensbewegung lehnen wir entschieden ab.

Wir begrüßen und unterstützen die von vielen nationalen Organisationen verschiedenster Länder für den 10. Oktober 1981 nach Bonn einberufene Demonstration für Frieden und Abrüstung. Wir rufen die arbeitende Jugend der Welt auf, an dieser Demonstration teilzunehmen und sie zu einer machtvollen Kundgebung der Friedensbewegung zu machen.

Der DGB wird aufgefordert, seine Entscheidung gegen die offizielle Teilnahme der Gewerkschaftsjugend an dieser Demonstration zurückzunehmen und für die zentrale Demonstration zu werben. Wir fordern die Mitgliederverbände des IBFG auf, für diese Friedensdemonstration zu mobilisieren.

Wir rufen die arbeitende Jugend in allen Teilen der Welt auf, ab 1982 jährlich zum 1. September — dem Tag, an dem der 2. Weltkrieg begonnen wurde — Aktionen für Frieden und Abrüstung durchzuführen. In den nationalen Hauptstädten sollen an diesem Tag Friedensmärsche stattfinden, zu denen die nationalen Gewerkschaften und der IBFG aufrufen.

Christian Götz: 11 einfache Wahrheiten

Am 19. September fand in Bremen die DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen/Bremen statt. Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), hielt ein Plädoyer für Abrüstung und Frieden. Er regte die Gewerkschaften an, die Nebelwand von angeblichen Sachzwängen zu durchstoßen und Orientierungshilfen anzubieten. In diesem Zusammenhang hält er der HBV-Funktionär für notwendig, daß die „Gewerkschaften einige ‚einfache Wahrheiten‘ aussprechen, die manche anderen heute verdrängen, ersticken oder gar umdrehen möchten“. Christian Götz nannte elf solcher Beispiele, die wir nachfolgend im Wortlaut dokumentieren.

Erste „einfache Wahrheit“:

Mehr militärische Rüstung schafft nicht mehr Sicherheit. Das genaue Gegenteil ist richtig. Angesichts ungeheurer Waffenarsenale funktioniert auch die sogenannte Politik der Abschreckung nicht mehr, sondern stellt zusätzlich und zunehmend eine Gefahr in sich dar. In den letzten Jahren wurden wir bereits mehrfach mit der Schreckensbotschaft konfrontiert, daß durch eine „technische Panne“ — und damit per Zufall — fast ein Atomkrieg ausgelöst worden wäre.

Zweite „einfache Wahrheit“:

Die UdSSR und ihre Bürger wollen keinen Krieg. Die Sowjetunion bedroht zur Zeit weder Europa noch die Bundesrepublik militärisch. (Das bestätigen selbst westliche Geheimdienste.) Es ist deshalb unverantwortlich, aus vordergründigen Motiven Angstpsychosen zu schüren.

Dritte „einfache Wahrheit“:

Auch die amerikanischen Bürger wollen keinen Krieg. Aber die neue amerikanische Regierung setzt nach jeden Tag erneuerten Bekundungen auf mehr Rüstung und die Wiederbele-

bung der sogenannten Politik der Stärke. Sie hat den mit Abstand größten Militärhaushalt in der amerikanischen Geschichte vorgelegt, lehnt die Ratifizierung von SALT II ab, produziert die Neutronenbombe und plant mit dem MX-System eine weitere atomare Superrakete.

Vierte „einfache Wahrheit“:

Es könnte sich — wiederum im wahrsten Sinne des Wortes — als tödlicher Leichtsin erweisen, Politikern, die wie US-Außenminister Alexander Haig bekennen, es gebe Wichtigeres als den Frieden, nicht zu mißtrauen.

Fünfte „einfache Wahrheit“:

Reagan und Haig sind — Gott sei Dank — nicht das ganze Amerika. Wer diese beiden kalten Krieger ablehnt und kritisiert, betreibt deshalb auch noch lange keinen Anti-Amerikanismus. Im Gegenteil! Wir solidarisieren uns mit jenen US-Bürgern, die Opfer der verschärften amerikanischen Hochrüstungspolitik sind, und fühlen uns der sich jetzt deutlich auch in den Vereinigten Staaten entwickelnden Friedensbewegung verbunden. In diesem Sinne sind wir zwar Reagan-feindlich, aber durchaus amerikafreundlich.

Sechste „einfache Wahrheit“:

Nachrüstung ist eine Worthülse, die die tatsächliche Entwicklung verschleiern und zugleich die Funktion hat, Ängste und Sorgen der Bevölkerung vor einem weiteren Drehen an der Rüstungsschraube psychologisch zu konterkarieren. Oder, um es mit dem Schriftsteller und früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann auszudrücken: „Das Wort ‚Nachrüstung‘ verharmlost, was tatsächlich geschieht: Das Wettrüsten in West und Ost steigert die Kriegsgefahr. — Wenn die vorhandenen Atomwaffen ausreichen, um die Menschheit fünfzehnmals zu vernichten, geht es bei der Diskussion über die ‚Nachrüstung‘ um das sechzehnte Mal.“

Siebte „einfache Wahrheit“:

Der sogenannte NATO-Doppelbeschluß — und darauf weisen gerade seine Anhänger immer wieder hin — stellt einen Aufguß der alten Theorie dar, nur über mehr Rüstung lasse sich letztlich Abrüstung realisieren. Man kann aber nicht Feuer und Wasser in ein Konzept packen. Den Anhängern dieser unsinnigen und gefährlichen Theorie schrieb Otto Brenner bereits auf einer DGB-Antikriegskundgebung am 30. August 1964 (!) ins Stammbuch: „Nichts ist törichter und falscher als das alte Sprichwort ‚Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Krieg‘. Wer im Atomzeitalter den Frieden will, der muß den Frieden vorbereiten, nicht den Krieg. Der muß abrüsten und verhandeln, verhandeln und abrüsten. Jedes begrenzte Abkommen und die schwierigsten, längsten Verhandlungen sind besser als eine einzige explodierende Atombombe...“

Achte „einfache Wahrheit“:

Die Neutronenbombe — in der Tat eine Perversion menschlichen Denkens — ist eine von den Amerikanern für den Krieg in Deutschland maßgeschneiderte Waffe. Ihr Erfinder, der amerikanische Wissenschaftler Cohen, stellt unversöhnlich fest, diese Waffe lasse sich am besten an der innerdeutschen Grenze einsetzen. Auf diese kriminelle Zumutung kann ich mit Julius Lehlbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender in Rheinland-Pfalz, nur antworten: „Wir sind keine Gladiatorentrope unserer amerikanischen Verbündeten, die bereit ist, auf dem europäischen Schlachtfeld zu sterben, damit Amerika überleben kann.“

Neunte „einfache Wahrheit“:

Regierungsfähigkeit — auf die Notwendigkeit ihrer Bewahrung werden wir zur Zeit jeden Tag durch die SPD/FDP-Koalition hingewiesen — ist kein Wert an sich. Wertvoll und verteidigungswert ist diese Qualifikation nur dann, wenn sie als Instrument zur Durchsetzung vernünftiger und alternativer Politik genutzt wird. Im Rüstungs- und Verteidigungssektor kann heute von tatsächlichen und erkennbaren Unterschieden zwischen Regierung und Opposition nun wirklich nicht die Rede sein;

es sei denn, man versteht unter Alternative, daß die CDU/CSU noch ein Stück mehr in die falsche Richtung will.

Zehnte „einfache Wahrheit“:

Wer vor dem Hintergrund von zwei Weltkriegen mit Millionen von Toten und Verkrüppelten sowie ungeheuren materiellen Opfern die heute in unserem Volk spürbare pazifistische Grundströmung nicht mit tiefem Aufatmen begrüßt, sondern gar als gefährliche und zu bekämpfende Entwicklung einstuft, ist nicht ganz klar im Kopf oder hat böse Absichten.

Elfte „einfache Wahrheit“:

Auch die Arbeitnehmer der Bundesrepublik können sich die Hochrüstung immer weniger leisten, es sei denn, sie wären bereit, Sozialabbau zu akzeptieren. Dafür werden zur Zeit in Bonn die Weichen gestellt. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß dieser Zug, mit dessen Waggon unsere Ansprüche und Hoffnungen auf soziale Sicherheit, Bildungschancen und kulturelle Emanzipation in eine ungewisse Zukunft abtransportiert werden sollen, gar nicht erst abfahren kann.

Leonhard Mahlein: Es geht um mehr als ein paar Groschen

Am 6. September, wenige Tage vor dem erfolgreich verlaufenen Bundesarbeitsgerichtsprozeß der 29 Heinze-Frauen, fand in Kassel eine Veranstaltung mit rund 7000 Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet statt (siehe auch S. 9). Leonhard Mahlein, 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier, beschäftigte sich in seiner Rede nicht nur mit der Lohndiskriminierung der Frauen, sondern machte auch Aussagen zum Sozialabbau und zum Frieden. Nachfolgend veröffentlichen wir diese Rede im Wortlaut.

Durch eure eindrucksvolle Demonstration wird der heutige Tag in die Geschichte der Arbeiterbewegung als ein Tag eingehen, an dem die Frauenlohnfrage zur Kampfaufgabe der vielen geworden ist. Dieser Tag ist Ausdruck und Symbol dessen, was in vielen Betrieben in Gang gekommen ist, ist Ausdruck, was wir inzwischen an Bewußtseinsentwicklung und Politisierung erreicht haben und was unser aller Herzen bewegt — die Solidarität.

An einem solchen Tag wie heute dürfen wir aber nicht vergessen, daß viele Menschen in unserem Land, gerade aber die Jugend, wenig Perspektiven und Hoffnung in der Zukunft sehen. Gerade um diese Menschen geht es — um jeden einzelnen gilt es zu ringen. Auch sie müssen die Chance haben, zu erfahren, was es heißt, für ihre Interessen, für die Interessen aller arbeitenden Menschen einzutreten. Deshalb ist dieser heutige Tag so wichtig. Er wird Impulse geben — er wird vielen Mut machen, denn sie spüren: Sie sind nicht mehr allein.

Allen Zweiflern zum Trotz und allen Angepaßten zum Trotz sagen wir: Unsere Bewegung hält den Angriffen der konservativen Kräfte auf unsere Errungenschaften stand. Wir bleiben unserem geschichtlichen Auftrag treu und streiten weiter für die Emanzipation aller abhängig Beschäftigten. Es wäre ein Jammer — es wäre eine Tragödie, wenn wir nicht aus unserer jüngsten Geschichte, die leidvoll war und schreckliche Opfer forderte, lernen würden. Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen heißt: nicht nur die Gefahren erkennen, sondern sie auch rechtzeitig bekämpfen.

Das Ringen um die Erhaltung der Realeinkommen, um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohn-

abhängigen ist mehr als der Kampf um ein paar Groschen. Es ist der notwendige soziale Lernprozeß der Arbeiterschaft, sich gegen Unternehmerinteressen durchzusetzen und in diesem Kampf die eigene Macht, die eigene Stärke zu erfahren, zu erfahren, daß nur durch Arbeit Kapital entsteht, also nur durch eure Ideen in euren Köpfen und durch eurer Hände Arbeit der gesellschaftliche Reichtum geschaffen und vermehrt wird. Lohnkämpfe sind Lernprozesse der Arbeiterbewegung, in denen das Bewußtsein geschärft, die Augen geöffnet und solidarische Kraft entwickelt wird.

Zu keiner Zeit ging es um die Alternative:

- Lohnpolitik oder Gesellschaftspolitik;
- Tagesinteressen oder gesellschaftliche Veränderungen;
- Lohnerhöhung oder qualitative Verbesserungen der Arbeitssituation.

Es ging immer um die Einheit, um die wechselseitige Beziehung von wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, die zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen. Der Kampf um mehr Lohn, um Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und um die Veränderung der Gesellschaft sind gleichrangige Ziele, nach deren Verwirklichung die Existenzberechtigung unserer gewerkschaftlichen Organisationen bemessen wird. Wir dürfen nicht müde werden, an beiden Fronten zu kämpfen.

Verschafft den Unternehmern viele schlaflose Nächte, damit sie endlich spüren, was der Kampf gegen Lohndiskriminierung bedeutet. Bisher jedenfalls sind sie noch immer die haushohen Gewinner der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Betrieb, in der Gesellschaft.

Wir dürfen nicht vergessen:

- Durch Lohndiskriminierung, durch Senkung der Reallöhne,
- durch Spaltung der Arbeitnehmerschaft

schieben die Unternehmer Jahr für Jahr Millionen Extragewinne in ihre Taschen und sorgen so dafür, daß die Umverteilung zu ihren Gunsten erfolgt. Sie benutzen die Frauen als Lohndrücker, setzen sie als billige Arbeitskräfte gegen die Männer ein und diffamieren sie als sogenannte Doppelverdiener, wenn ihre Arbeit von Maschinen übernommen und sie gefeuert werden. Wir sollten nicht mehr länger warten, legen wir ihnen gemeinsam das Handwerk, es ist höchste Zeit. Folgt dem beispielhaften Weg der Kolleginnen, die bereits heute in betrieblichen Aktionen den Unternehmern in einem Betrieb aus unserem Organisationsbereich 15,5 Millionen Mark nach langem und zähem Einsatz abgerungen haben. Folgen wir denjenigen — an der Spitze unsere 29 Heinze-Kolleginnen —, die sich nicht entmutigen ließen und den Weg bis zum Bundesarbeitsgericht gingen.

Keiner von uns weiß,

- wie viele Steine weggeräumt wurden,
- wie viele Felsen von den Betroffenen zu beseitigen waren.

Wir können es nur ahnen, was es heißt — trotz Vorurteile, trotz Diffamierungen — weiterzumachen. Aber wir wissen und spüren es, daß all die Frauen, die an kollektiven Aktionen mutig teilgenommen haben, nicht mehr die gleichen wie vorher sind. Und das gilt nicht nur für sie. Auch die Ehemänner, die Freunde und Bekannten müssen und mußten umdenken, obwohl es sicher einigen schwerfällt.

Liebe Kolleginnen, wir, eure Kollegen, haben begriffen — und sicher stehen noch manche abseits —,

- daß ohne euer Engagement,
- ohne eure Solidarität

unser Kampf um mehr Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht zu gewinnen ist. Wir brauchen auch die andere Hälfte der

Menschheit; ohne euch geht nichts. Das war in der Vergangenheit so. Das wird heute und morgen nicht anders sein.

Ein Blick zurück bestätigt unsere mühevollen gewerkschaftlichen Kleinarbeit. In den zurückliegenden Jahren konnten wir die Realeinkommen erhöhen und die Lohndiskrepanz zwischen den unteren Lohngruppen zum Facharbeiter, zwischen Männer- und Frauenlöhnen verringern. Tausende Kolleginnen konnten in betrieblichen Auseinandersetzungen höher gruppiert werden. Jedoch: Mit diesen Erfolgen kann und darf man sich nicht zufriedengeben. Unsere Gegner lassen uns auch nicht in Ruhe. Sie setzen nach altem Strickmuster ihre unternehmerische Macht ein.

- um den sozialen Besitzstand abzubauen,
- um das Arbeitstempo weiter zu verschärfen
- und um immer mehr Arbeitslose zu produzieren.

Sie drohen mit Kapitalexpert in sogenannte Billiglohnländer und haben dabei mittelalterliche Arbeitsverhältnisse im Auge wie in Südkorea und anderswo: für 3 Mark 10 Stunden am Tag schufteten.

Diejenigen Politiker und Unternehmer, die angesichts steigenden Leistungsdrucks, der Zunahme von Berufskrankheiten und Streik Überlegungen anstellen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuschränken, die das Arbeitslosengeld kürzen wollen, lassen jetzt ihre „sozialpartnerschaftlichen Masken“ fallen und zeigen in der Krise ihr wahres Gesicht.

Gerade diejenigen, die allzugerne vom Mißbrauch staatlicher Gelder reden, sind es doch, die Milliarden Steuergroschen in Form von Unternehmersubventionen, Abschreibungen und Steuervergünstigungen kassieren. Sie hinterziehen durch Wirtschaftskriminalität Jahr für Jahr rund 40 Milliarden Mark – fast genausoviel wie der sogenannte Verteidigungsetat von 42,2 Milliarden – und besitzen dann noch die Frechheit, bei Arbeitslosen von „Schmarotzern des sozialen Netzes“ zu reden. Sie sind doch die Parasiten dieses Systems – nicht wir!

Man möge mir nachsehen, wenn ich an die 20er Jahre erinnere und an den Untergang der Weimarer Republik. Es war das „Kabinett der Barone“ des Reichskanzlers Brüning, das mit der Demontage sozialer Leistungen begann und seine Politik fortsetzte

- mit der Senkung der Arbeitslosenunterstützung um 23 Prozent,
- der Wohlfahrtsunterstützung um 15 Prozent,
- der Renten zwischen 15 und 24 Prozent
- sowie mit einer Belastung der Löhne durch Massensteuern.

Parallel zu diesen Maßnahmen wurde der Terror gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen vorangetrieben. Begleitet von der Propaganda gegen die sogenannten Doppelverdiener wurde die Erwerbstätigkeit der Frauen diffamiert und der Boden vorbereitet für eine reaktionäre Mutter-Ideologie, die bis zur hemmungslosen Anpassung und Selbstaufgabe führte.

Gewiß, die Bundesrepublik befindet sich heute noch keineswegs in der gleichen Lage wie damals die Weimarer Republik. Wir sind aber alle gewarnt, und deshalb haben wir dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften nicht wieder in Untätigkeit verfallen, sondern alles tun, um eine ähnliche Entwicklung zu verhindern. Auch damals begann es mit der Untergrabung der Glaubwürdigkeit der Demokratie und mit der Diffamierung der Arbeiterbewegung.

- Das Gerede vom Gewerkschaftsstaat,
- die Angriffe auf unsere Einheitsgewerkschaft,
- die Bespitzelung von Betriebsräten

sind nur einige wenige vergleichbare Beispiele von heute für die Verletzung unserer Freiheitsrechte und Beispiele fort-

schreitender politischer Disziplinierung. Ganz offensichtlich geht es um eine Wende in der Politik zugunsten der Unternehmer, um die Schwächung der Gewerkschaften. Wer kennt nicht die Parole,

- daß alle den Gürtel enger schnallen müssen,
- daß alle sparen und alle gleichermaßen auf die Staatsfinanzen Rücksicht zu nehmen haben.

Am Ende bleiben dann nur die kleinen Leute zum Sparen übrig, und die Reichen werden immer weiter reicher. Ich nenne diejenigen Heuchler, die uns solche Krisenrezepte verordnen. Denn: Sie predigen öffentlich Wasser und saufen selbst den besten Wein. Die Gewerkschaften werden in den 80er Jahren nicht die Wahl haben zwischen einem bequemen und einem schwierigen Weg. Kämpfen wir nicht auf der Basis von einheitlichen Interessen aller abhängig Beschäftigten, sondern passen wir uns der Spalter-Strategie der Unternehmer an, dann werden wir handlungsunfähig und gefährden damit unsere Existenzgrundlage. Jedenfalls liegt für uns die sicherste Garantie gegen alle Versuche, das Rad zurückzudrehen, in der eigenen Abwehrbereitschaft, bisweilen auch in unserer eigenen Angriffslust. Wir gestalten geschichtliche Prozesse mit. Aber von nichts kommt nichts.

Unsere Erfahrungen

- im Kampf um die Erhaltung der Realeinkommen,
- im Kampf gegen die Aussperrung,
- im Kampf für die 35-Stunden-Woche;
- unsere Aktionen für richtige Eingruppierungen und gegen negative Rationalisierungsfolgen

sind für uns Verpflichtung und Ansporn zugleich, solche Kampfformen weiterzuentwickeln und die massiven Spaltungsversuche abzuwehren.

Ähnlich wie bei den Aussperrungsklagen gilt für unsere Aktionen „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und richtige Eingruppierung“, daß unsere letzte Hoffnung nicht ein Richterspruch des höchsten Arbeitsgerichts sein darf. Unsere Hoffnung gilt der Solidaritätsbewegung, der damit verbundenen Entwicklung des Bewußtseins, der Stärkung der Gewerkschaften. Richtersprüche sind für uns Siegerehrungen für Kämpfe, die zuvor auf dem politischen und sozialen Feld ausgetragen wurden. Und es wird sich zeigen, ob das Bundesarbeitsgericht an dieser großen Solidaritätsbewegung unbeeindruckt vorbeigehen kann. Auch Richter sind Menschen unserer Zeit. Unabhängig davon, wie die Richter entscheiden werden, soviel steht heute schon fest: Gerichtliche Entscheidungen sind kein Ersatz für Politik und solidarisches Handeln.

Und noch eines: Unsere 29 Heinze-Kolleginnen stehen nicht mehr allein, auch nicht vor den Gerichten. Viele Frauen klagen – unterstützt von ihren Gewerkschaften – auf richtige Eingruppierung, und viele hatten schon Erfolg. In den Betrieben unterstützen immer mehr Kollegen die Interessen der Frauen, nicht selten sind sie Initiatoren von Eingruppierungsklagen, stehen daher mit an der Spitze dieser Aktionen. Seit fast drei Jahren stehen unsere Heinze-Kolleginnen im Blickfeld der sozialen Auseinandersetzungen. Das ist für sie und uns eine lange Zeit. Aber was sind drei Jahre in einer Epoche? Geradezu ein Augenblick auf den Stationen unserer Geschichte. Notwendiger denn je ist langer Atem, Zähigkeit, Ausdauer, Einfallsreichtum und Treue zur Sache.

Die vor uns liegenden Tarifrunden, aber auch die politischen Auseinandersetzungen, werden von uns Einheit und Geschlossenheit abverlangen. Die 35-Stunden-Woche steht in den nächsten Jahren auf der gesellschafts- und tarifpolitischen Tagesordnung. Nicht als Wunderheilmittel gegen alle Risiken dieses Wirtschaftssystems, aber sehr wohl geeignet, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Es bleibt dabei: Die Arbeitszeitverkürzung, insbesondere die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vol-

lem Lohnausgleich, ist unser Kampfziel Nr. 1 in den 80er Jahren.

Nicht zuletzt aber bleiben unsere Forderungen und Ziele fromme Wünsche, wenn es uns nicht gelingt, den Frieden zu sichern und die Abrüstung voranzutreiben. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit, uns gegen den Rüstungswahnsinn, gegen die weitere Militarisierung unserer Gesellschaft und gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr zu wehren. Der Widerstand gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen und der Neutronenbomben in Europa muß verstärkt werden. Ein zweites – noch grausameres Hiroshima – überlebt die Menschheit nicht. Deshalb müssen wir uns für die Fortsetzung der Entspannungspolitik und für Abrüstung in Ost und West einsetzen. Ohne Abrüstung in aller Welt gibt es keine friedliche Perspektive.

Jahr für Jahr verhungern 12 Millionen Kinder unter fünf Jahren, sie könnten mit 4 Milliarden Dollar für die nächsten Jahre gerettet sein. Stoppen wir gemeinsam den Rüstungswahnsinn, und sichern wir damit das Überleben von Millionen Menschen. Wir sind nicht ohnmächtig. Wenn Millionen Gewerkschafter auf der ganzen Welt ihren Friedenswillen bekunden und sich zu einer breiten Friedensbewegung zusammenschließen, dann haben wir, dann hat die Menschheit eine Chance. Hoffnung auf Frieden und Befreiung der Menschen von Unterdrückung waren immer der Weggefährte der Arbeiterbewegung. Laßt uns in die Fußstapfen derjenigen treten, die vor uns ihr Leben lang dafür gekämpft haben.

Wie sagte doch Bert Brecht schon vor über 30 Jahren:

„Die Schwachen kämpfen nicht,
die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang;
die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre;
aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang –
diese sind unentbehrlich.“

Wir werden zu den Stärksten gehören, wenn wir einig und geschlossen für unsere Ziele kämpfen.

Georg Benz zu Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Auf der am 9. September auf dem Frankfurter Römerberg stattgefundenen Kundgebung gegen Betriebsstillegungen und damit verbundener Massenarbeitslosigkeit sprach auch Georg Benz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall. Nachfolgend veröffentlichte wir Auszüge aus seiner Rede.

Seit nunmehr sieben Jahren müssen die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesrepublik mit der ständigen Furcht des drohenden Arbeitsplatzverlustes leben. Als Gewerkschafter haben wir immer auf dieses Problem hingewiesen und klargestellt: Kapitalismus und Arbeitslosigkeit sind nun einmal miteinander gekoppelt. Wir als Gewerkschafter haben uns auch von dem sogenannten Wirtschaftswunder keinen Sand in die Augen streuen lassen, denn die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung war vorprogrammiert. Aber die damalige Vollbeschäftigung hatte den Blick verstellt für die Mechanismen solchen kapitalistischen Wirtschaftssystems...

Unsere Warnungen, die Beispiele in anderen Ländern, wurden in den Wind geschlagen. Wir galten als die ewigen Schwarzmalen. Mit Hohn und Spott reagierten vor allem die Politstrate-

gen der Kapitalinteressen aus den Reihen der CDU/CSU und der FDP. Professor Erhard, der große Chefideologe der sogenannten sozialen Marktwirtschaft, früher Wirtschaftsminister und Bundeskanzler, beschimpfte die Gewerkschaften und Vertreter der Sozialdemokraten im Bundestag als unbelehrbare Klassenkämpfer, die mit verstaubten Parolen von gestern die fleißigen Deutschen beleidigen würden. Wir, die Gewerkschaften, sollten doch endlich begreifen, daß die Arbeitslosigkeit eine Kinderkrankheit des Kapitalismus sei, die in der Bundesrepublik längst und für immer überwunden wäre. So Erhard in den 60er Jahren. Die Zeit hat uns leider recht gegeben. Mit Bitterkeit verfolgen wir seit Jahren, wie recht wir mit unseren Analysen hatten.

Angesichts von nunmehr fast 1,3 Millionen arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen soll niemand mehr davon ausgehen – und das sage ich auch in aller Deutlichkeit –

- daß wir dieser weiteren Entwicklung noch länger tatenlos zusehen,
- daß wir gewillt sind, das Geschwätz von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft noch länger hinzunehmen und
- daß das Kapital sich noch länger auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten sanieren kann.

Wir wissen aus der Vergangenheit: Die organisierten Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind immer dann stark gewesen, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen haben. Diese Protestdemonstration gegen das brutale Verhalten des Managements von VDM und Adler und damit auch von der Metallgesellschaft und VW ist nicht nur eine Kundgebung. Es ist der Auftakt unseres Kampfes

- für den Erhalt der Arbeitsplätze,
- für eine vernünftige Umstrukturierung der Produktion und
- gegen das menschenverachtende Profitkalkül der Unternehmer!

Man muß sich einmal vergegenwärtigen, was sich Unternehmer in diesem Land alles leisten können: Da werden mit Bedauern grandiose Fehlentscheidungen des Managements eingestanden, da wird zugegeben, daß man die Entwicklung verschlafen habe, die zu diesen angeblich großen Millionenverlusten geführt habe. Da wird also unmißverständlich offengelegt, daß die Unternehmer selbst diese Misere zu verantworten haben. Die Folgen sollen Tausende von Arbeitnehmern tragen, die nach rigoroser frühkapitalistischer Manier in das Schicksal der Arbeitslosigkeit entlassen werden sollen, um die Profitinteressen der Konzerne abzusichern. Dagegen müssen wir uns wehren.

Wie steht es mit der sozialen Verpflichtung des Eigentums? Wer zieht die Unternehmer zur Rechenschaft? Wir wollen die Dinge beim richtigen Namen nennen. Was hier und heute ansteht, ist mehr als die Folge von Mißwirtschaft und Unfähigkeit in Vorstandsetagen. Wenn in einer Stadt wie Frankfurt von einem Tag zum anderen Tausende von Menschen auf der Straße stehen sollen und diese Gesellschaft nicht mehr anzubieten hat als hohle Phrasen, Beschwichtigungen und Versprechungen, dann ist dies für eine Wirtschaftsordnung, die das Wort „sozial“ als ihr besonderes Prädikat lautstark proklamiert, eine Schande und Bankrotterklärung zugleich. Hier gibt es nichts zu beschönigen. Dieses System ist nicht in der Lage, das Recht auf Arbeit zu garantieren und das Ziel der Vollbeschäftigung zu verwirklichen. So kann das nicht weitergehen.

Die aktuelle Situation bei VDM und Adler sollte auch denjenigen die Augen geöffnet haben, die bislang unseren gewerkschaftlichen Forderungen ablehnend gegenüberstanden. Diese Situation ist ein nachdrücklicher Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Forderung vor allem nach wirtschaftlicher Mitbestimmung und für die Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Forderung nach demokratischer Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Es mutet doch geradezu wie ein Treppenwitz an, wenn VW vor zwei Jahren immerzu lamentiert hat, in der Bundesrepublik finde man keine gewinnträchtigen Anlagemöglichkeiten, dann in sein angeblich zweites Bein, also Adler, investiert hat und nun mit der Stilllegung des Werkes Frankfurt die Sache einfach beenden will. Das können und werden wir, so wie es gedacht ist, nicht hinnehmen.

Und wir haben mit Argwohn das Tauziehen um die Stilllegung von VDM verfolgt. Sollte sich das Gerücht bestätigen, daß die Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, damit das ca. 1 Million Quadratmeter große VDM-Gelände für Grundstücksspekulanten frei wird, dann wird die IG Metall gegen diese Machenschaften in einer ganz spezifischen Form neuer Beweglichkeit Widerstand leisten. In beiden Fällen ist es diesen Konzernen, denen es ja nicht schlechtgeht, wohl zuzumuten, Verlustsituationen zu überbrücken und Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Wir fordern daher die Vorstände und die Aufsichtsräte der Muttergesellschaften auf, unverzüglich Lösungsvorschläge zu unterbreiten, damit die Beschäftigung für die Kolleginnen und Kollegen in den betroffenen Werken gesichert ist.

Unsere Empörung gegen eine Unternehmerpolitik, die Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Altar des Profits opfert, richtet sich auch gegen die Strategien eines Wirtschaftssystems, das dies erlaubt und fördert. Die aktuelle Diskussion über die Einsparungen für den Bundeshaushalt 1982 sollte auch den letzten Arbeitnehmern die Augen öffnen. Da behauptet beispielsweise der bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, das soziale Netz würde zunehmend von Faulen als Hängematte mißbraucht. Er sagt, das könne nicht länger hingenommen werden. Außerdem hält Strauß bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Karenztage für alle Arbeitnehmer für notwendig, damit die vor allem für Klein- und Mittelbetriebe angeblich kaum noch erträgliche Kostenflut als Folge der Lohnfortzahlung eingedämmt wird. Der Krankenstand sei im Durchschnitt einfach zu hoch. Die Hochzinspolitik sei keineswegs lähmend für die Wirtschaft, und die Regierung solle endlich den Mut aufbringen, noch mehr Abstriche von den Sozialleistungen vorzunehmen.

Gleiche und ähnliche Auffassungen vertritt unser gräflicher Wirtschaftsminister Lambsdorff. Wir fordern beide Herren auf, nach Frankfurt zu kommen und mit den Kolleginnen und Kollegen von VDM und Adler über die mißbräuchliche Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld zu diskutieren. Wir fordern den Bundesfinanzminister, unseren Kollegen Matthöfer, auf zu erklären, warum die SPD auf ein Beschäftigungsprogramm verzichtet hat... Ein deutliches Wort an die Adresse der Koalition: Wir fordern gezielte Arbeitsbeschaffungsprogramme, die tatsächlich Arbeitsplätze sichern. Das Märchen, daß mit weiteren Steuererleichterungen für die Unternehmer und die Privilegierten Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte, darf man uns nicht erzählen...

„Brüning-Renaissance“? Gewerkschaftliche Erfahrungen

Der Abschied von der sozialdemokratischen Reformpolitik und die neue harte Sparpolitik, die jetzt von sogenannten „Welsen“ und den Unternehmerverbänden gefordert wird, die von US-Präsident Reagan und Großbritanniens M. Thatcher schon praktiziert wird und die die Leitlinie für die künftige Haushaltspolitik der sozialliberalen Koalition bestimmen soll, hat ein klassisches Vorbild wieder in das Rampenlicht der öffentlichen Medien treten lassen: Heinrich Brüning. Galt seine Wirtschaftspolitik mit einschneidenden Lohnkürzungen durch Not-

verordnungen, seine rigide Haushaltssanierungspolitik durch Kürzung der Arbeitslosenversicherungsleistungen (bei Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung), durch Erhöhung der Massensteuern auf Verbrauchsgüter noch in den 50er/60er Jahren als Inbegriff einer falschen, d. h. krisenverschärfenden Wirtschaftspolitik, so klingt heute bei vielen Politikern durch, daß man auf seine Methoden wieder zurückgreifen sollte. Grund genug also, daß man sich als Gewerkschafter rechtzeitig einige der gewerkschaftlichen Erfahrungen aus dieser Periode der Weimarer Republik — also während der Weltwirtschaftskrise — in Erinnerung zurückrufen sollte.

Drei Erfahrungen sollen im folgenden kurz umrissen werden: das Problem der Kürzungen von Beamtenegehältern, die Tolerierung von staatlichen Eingriffen in die autonome Tarifpolitik und der Kampf um wirtschaftliche Alternativen.

Am 8. Januar 1981 warnte der Bundesinnenminister Baum auf einer beamtenpolitischen Arbeitslagung des Deutschen Beamtenbundes mit Anspielung auf die Zeit Brünings: Daß es „bis heute in dieser Republik (noch) keine Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst gegeben“ habe, solle nicht zu dem „gefährlichen Irrweg“ führen, „den öffentlichen Dienst gedanklich aus der gesamtwirtschaftlichen Risikogemeinschaft hinauszudrängen“. Unter vielen Beschäftigten scheint es populär zu sein, besondere Lohnkürzungen von Beamten zu verlangen. Dahinter steht meist der Gedanke: besser die, als wir. Nun ist es schon Irrtum zu meinen, die meisten Beamten würden soviel verdienen wie Staatssekretäre, Minister und Professoren. Den entscheidenden Denkfehler zeigt uns indes ein kurzer Blick in die Weimarer Republik. Am 27. März 1930 wurde die SPDgeführte Hermann-Müller-Regierung durch Demission ihrer Koalitionspartner gestürzt, weil sie sich geweigert hatte, die Arbeitslosenunterstützung einschneidend zu kürzen. Am 30. März bildete H. Brüning sein Kabinett — übrigens ohne Mehrheit des Reichstags. Schon am 16. Juli sah eine erste Notverordnung neben Steuererhöhungen Gehaltsabzüge für Staatsangestellte und Beamte vor.

Wem nützen „Sonderopfer“ des öffentlichen Dienstes oder der Beamten?

Als am 14. Oktober 1930 130 000 Metallarbeiter Berlins gegen einen staatlichen Schlichtungsspruch in den Streik treten, der 8 Prozent Lohnabbau vorsieht, mußte die Metallarbeiterzeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) am 25. Oktober feststellen, daß „der Lohnabbau dem Willen der Regierung“ entspreche. „In ihren Verlautbarungen hat sie einen allgemeinen Lohnabbau von 6 Prozent für die Beamten für den 1. April 1931 angekündigt.“ Mit anderen Worten: Die Kürzungen der Beamtenegehälter dienten vor allem auch dazu, ein politisches Klima zu schaffen, in dem Lohnabbau für alle Beschäftigten durchgesetzt werden kann. Dies bestätigte sich im Jahre 1931 sehr nachdrücklich. Die zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931 sah neben weiteren erhöhten Massensteuern und einer erneuten Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Kürzung der Löhne bzw. Gehälter und Renten der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Staates und der Gemeinden um 5 bis 8 Prozent vor. Die dritte Notverordnung vom 6. Oktober dehnte die Lohnkürzungen auf weitere Angestellten- und Beamtengruppen aus. Die vierte Notverordnung am 8. Dezember kannte dann schon keine Grenzen mehr. Die Gehälter und Löhne der staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten wurden nochmals um weitere 9 Prozent gekürzt.

Solchermaßen systematisch vorbereitet, wurde mit der gleichen Notverordnung tief in das Tarifsystem eingegriffen: Alle Löhne und Gehälter wurden durch die Notverordnung in einem Umfang zwischen 10 und 15 Prozent gekürzt — unabhängig davon, ob die Tarifverträge schon kündbar waren oder nicht —, wie das Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) feststellen mußte. Vor dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß im Herbst 1931 stellte die Gewerkschaftszeitung (Nr. 35/1931) des ADGB in einer „Bilanz der Lohnkämpfe“ folgendes zur Strategie der herrschenden Klasse fest: Von Anfang des Jahres 1929 bis Herbst 1930 sei

es halbwegs, trotz tiefer Wirtschaftskrise und rapide ansteigender Arbeitslosenzahlen, gelungen, die Reallöhne zu halten und das Tarifvertragssystem zu verteidigen. „Wahrscheinlich hätte sich der Abbau der tariflichen Löhne auch im Oktober 1930 noch nicht durchgesetzt, wenn nun nicht die Reichsregierung zum Zwecke der Sanierung des Reichshaushalts die Senkung der Beamtenegehälter um 6 Prozent beschlossen hätte. Das Unternehmertum führte seinen Kampf gegen die Rechte und die materiellen Lebensbedingungen sowie gegen die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften von vornherein mit ‚kombinierten Waffen‘: mit den Mitteln der Politik und mit Hilfe des Arbeitskampfes. Einer der wichtigsten taktischen Züge im Plane der den Unternehmerinteressen dienbaren politischen Parteien war der Kampf gegen die Sanierung der Reichsfinanzen durch Methoden, die ihnen nicht genehm waren. Sie lehnten Steuererhöhungen ab und verlangten Senkung der sozialpolitischen Leistungen. Und es ist durchaus kein Zufall, daß auch diese Bestrebungen auf den Anfang des Jahres 1929 zurückgehen; sie traten hervor, als unter dem Kabinett Hermann Müller der Versuch gemacht wurde, den Etat des Rechnungsjahres 1929/30 durch Steuern auf Alkohol und Besitz ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dem Mittel der Verknappung des Reichshaushalts wurde die Sanierung der Arbeitslosenversicherung verhindert, mit dem gleichen Mittel die Senkung der Beamtenegehälter erzwungen. Nun wurde Lohnabbau Gebot der Staatsraison... Die Schlichtungsbehörden wußten jetzt, was sie zu tun hatten. Die Senkung der Beamtenegehälter um 6 Prozent gab ihrer Tätigkeit Richtung und Ziel.“

Zwei Monate später, mit der erwähnten Notverordnung vom 8. Dezember, wurde die hier von den Gewerkschaften kritisierte Doppelstrategie mit kombinierten Waffen nochmals zugespitzt: Per Notverordnung Lohnabbau für alle! Vorsicht scheint von daher heute in allen innergewerkschaftlichen Diskussionen darüber geboten, ob die Beamten oder die Arbeiter, die in der Privatwirtschaft oder die im öffentlichen Dienst Beschäftigten eher Lohnkürzungen vertragen könnten. Der Effekt wird immer eine Entsolidarisierung im DGB sein und die Folge: Für alle Teile werden gleichermaßen über kurz oder lang die Löhne gekürzt.

„Tolerierung“ oder wirtschaftspolitische Alternativen?

Nun mag man einwenden: Wenn die Lohnkürzungen unabdingbar waren, um aus der Wirtschaftskrise und der Haushaltskrise herauszukommen, dann sei in Gottes Namen ja gesagt. Nur entspricht dies nicht der wirklichen Wirtschaftsentwicklung! Als ein entscheidender Grund für die Lohnkürzungen wurde damals — und auch heute wieder — die Senkung der Produktionskosten genannt und die Angst vor einer Inflation. Durch Lohnabbau sollten gleichzeitig auch die Preise für die Lebenshaltungskosten sinken! Nun, es war fast wie heute: In der Vorstandssitzung des ADGB-Vorstands am 10. Februar 1932 forderte der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart laut Protokoll: „In der Entschließung müsse auch daran erinnert werden, daß die Preissenkungsaktion im Gegensatz zur Lohnsenkungsaktion völlig mißlungen sei. Es sei jetzt endlich an der Zeit, Brüning an sein Versprechen zu erinnern, daß im Falle nicht genügender Preissenkung eine neue Situation gegeben sei...“ Der Leiter der wirtschaftsstatistischen Abteilung des ADGB, W. Woytinski, nannte in der gleichen Sitzung folgende Zahlen dazu: „Die Löhne seien um 12 bis 13 Prozent, die Preise um 4 bis 5 Prozent gesunken.“ Und dabei — das muß man sich vor Augen halten — berichtete schon die Metallarbeiterzeitung vom 29. November 1930, daß einer Untersuchung J. Kuczynskis zufolge die Löhne der Metallarbeiter im September 1930 etwa um 36 Prozent unter dem vom offiziellen statistischen Reichsamt errechneten Unterhaltskosten für eine Familie mit drei Kindern lagen. Also auch schon in den dreißiger Jahren funktionierte nur der Lohnabbau. Die Preise folgten nicht im gleichen Ausmaß.

Die Differenz zwischen Lohn- und Preissenkung konnten die Unternehmer für sich als Profite verbuchen. Die Krise ver-

schärfte sich trotz stark gesunkener Löhne weiter. Die amtlichen Arbeitslosenzahlen stiegen von 1930 über 3 Millionen auf 1932 fast 6 Millionen. Die Gewerkschaften verzeichneten fast jedes zweite Mitglied als arbeitslos. Angesichts dieser Situation wurde vom ADGB ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das auf einem gesonderten „Krisenkongreß“ des ADGB am 13. April 1932 im Plenarsaal des Reichstages der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In seiner Entschließung forderte der ADGB-Krisenkongreß von der Reichsregierung, „unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzliche Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.“ Es wurde zudem an die ausstehenden Gewerkschaftsforderungen nach Arbeitszeitverkürzung (Einhaltung der 40-Stunden-Woche) und der Stärkung der Massenkaufkraft erinnert. Zugleich wurde — angesichts des offenkundigen Versagens des privaten Kapitalismus — die gesellschaftspolitische Forderung nach einem „Umbau der Wirtschaft“ im sozialistischen Sinne gestellt.

Wirtschaftspolitische Alternativen waren also von seiten des ADGB vorhanden — auch wenn in der Finanzierungsfrage Unstimmigkeiten mit der SPD vorlagen und Kritikern im ADGB-Bundesausschuß das ADGB-Arbeitsbeschaffungsprogramm zu systemkonform war. Es bleibt also die Frage, warum es nicht durchgesetzt werden konnte. Hier spielte die vom ADGB und der SPD gemeinsam getragene sogenannte „Tolerierungspolitik“ gegenüber der Brüning-Regierung eine wichtige Rolle. Man ging angesichts der Wahlerfolge der Nazis von 1930 davon aus, daß nur eine Tolerierung der Brüning-Regierung verhindern könne, daß die Nazis an die Macht kämen: So erklärte die Gewerkschaftszeitung des ADGB am 26. Dezember 1931 in ihrem Bericht über eine Kundgebung des ADGB und der SPD gegen die Notverordnung vom 8. Dezember: „Und gerade jetzt muß auf die letzte Möglichkeit, diese Notverordnung abzuwehren, verzichtet werden, weil die noch größere Gefahr des Sturzes der Republik und der Zerschlagung der Verteidigungskräfte des arbeitenden Volkes dahinter lauert. Mit Zähneknirschen muß das Ärgste hingenommen werden, um das Allerärgste zu verhüten.“

Man hoffte, im Gegenzug für die Tolerierungspolitik würde sich Heinrich Brüning für das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB einsetzen. Der Krisenkongreß des ADGB sollte vor allem bei der Regierung Eindruck machen. Als H. Brüning dem ADGB-Vorstand mitteilte, daß er am vorgesehenen und ausgedruckten Termin „wahrscheinlich nicht in Berlin sein werde“, wurde eigens wegen ihm der Kongreß auf den 13. April verschoben, da „ein Zusammentritt des Kongresses ohne Anwesenheit der Regierungsvertreter keinen Zweck habe“, wie es im Protokoll der Vorstandssitzung am 21. März 1932 hieß. Er kam auch am 13. April nicht und schickte seinen Arbeitsminister Stegerwald, der keine Zusagen machte, dafür aber einen neuen Lohnabbau ankündigte. Kritische Beobachter des ADGB-Krisenkongresses bemängelten, daß seine Vorbereitung in keinsten Weise zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder und der ganzen Arbeiterklasse für dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm genutzt wurde. „Nicht einmal die ersten Register des Kampfes sind gezogen worden... Statt daß der Kongreß ein Höhepunkt einer großangelegten politischen Aktion war, ein ‚Harzburg‘ der Arbeiterschaft, war nicht einmal eine Spannung in den Massen erzeugt worden, geschweige denn eine verantwortungsvolle Anteilnahme“, schrieb Fritz Grob in der ISK (Monatsschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes unter der Chefredaktion von Willi Eichler).

Die zurückhaltende „Tolerierungspolitik“ brachte nicht die erwünschten politischen Resultate. Hinter dem Rücken der Ar-

beiterbewegung verhandelte Brüning sogar mit den Nazis über eine gemeinsame Koalition im Land Hessen, wie wir heute sicher aus seinen Memoiren wissen und wie es schon damals von führenden Gewerkschaftern im ADGB-Bundesausschuß vermutet wurde. Bei den preußischen Landtagswahlen am 24. April 1932 gewannen die Nazis erstmalig mehr Stimmen als die SPD und KPD zusammen, was sich am 31. Juli 1932 bei der Reichstagswahl wiederholte. Kritisch bemerkte die Textilarbeiterzeitung schon am 3. Mai: „Die Partei (SPD, WR) hat die Regierung Brüning toleriert und damit die Notverordnungs-politik, die den Arbeitermassen die größten Opfer auferlegte, ermöglicht. Diese Politik verlangte eine ungeheure Selbstverleugnung der Partei. Den Massen, die sich kaum satt an trockenen Brot essen konnten, klarzumachen, daß dies aus staatspolitischen Gründen nötig war, ist nur teilweise gelungen. Zum anderen aber hat die Notverordnungs-politik weder politisch noch wirtschaftlich Erleichterung gebracht.“

In Bundesausschußsitzungen wurde darauf hingewiesen, daß die Tolerierungspolitik auch starke Belastungen für die Organisation mit sich bringe. Simon als Vertreter der Schuharbeiter erklärte am 15. Dezember 1931 in der Diskussion über die vierte Notverordnung: „Im gegenwärtigen Kampf leiden unsere Organisationen außerordentlichen Schaden. Einer unserer größten Betriebe hat uns die Beitragssperre angedroht; man sagt, was brauchen wir die Gewerkschaften, wenn die von den Gewerkschaften tolerierte Regierung die Löhne festsetzt. Wenn man sehen würde, daß die Notverordnung wirklich der Ankurbelung der Wirtschaft dient, könnten wir auch das Opfer in Kauf nehmen. Aber das können wir ja nicht annehmen, denn weitere Schrumpfung wird eintreten.“ Die weitere Entwicklung sollte ihm nur zu recht geben ...

Wie Jahre später Hunderte von Wirtschaftswissenschaftlern, die sich auf die Theorien von J. M. Keynes zur Wirtschaftspolitik stützten, hat das Internationale Arbeitsamt in Genf schon 1932/33 auf die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Alternativforderungen zur Wirtschaftspolitik hingewiesen. Daß sie nicht durchgesetzt werden konnten, brachte millionenfaches Elend, Arbeitslosigkeit, Verzweiflung und auch den weiteren Aufstieg des Faschismus im Jahre 1932 mit sich. Aber die Erfahrungen der zweiten Hälfte des Jahres 1932 zeigten, daß vielleicht auch eine andere Entwicklung möglich gewesen wäre.

Gewerkschaftlicher Kampf gegen Lohnabbau in der Krise stoppte auch die Rechtsentwicklung

Der am 10. April 1932, gegen Hitler auch von der SPD und den Gewerkschaften unterstützt, gewählte alte und neue Reichspräsident v. Hindenburg setzte am 30. Mai 1932 die Regierung Brüning ab und setzt das Kabinett F. v. Papen ein, das die reaktionärsten Kreise der Junker und der Industrie vertrat. Seine Regierungserklärung war eine scharfe Kampfansage gegen den Sozialstaat, den er als „Wohlfahrtsanstalt“ beschimpfte, und gegen die Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Seine Politik führte zu einer Veränderung der gewerkschaftlichen Politik. Als die Papen-Regierung im September 1932 eine erneute, nochmals verschärfte Notverordnung in Kraft setzte, kündigte der ADGB-Bundesvorstand schärfsten Widerstand an.

Die Notverordnung stellte direkt das Tarifs-system in Frage und erlaubte den Unternehmern, bei Neueinstellungen von Arbeitskräften ihren bisherigen Beschäftigten die entstehenden Mehrkosten von ihrem Lohn (ab deren dreißigster Arbeitsstunde) abzuziehen. Es kam in vielen Betrieben zu Streiks, zu gewerkschaftlichen Aktionen und Streikandrohungen, die oft auch schon genügten. In dieser „Herbststreikwelle“, die ihren Höhepunkt mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik erreichte, zeigte sich, daß die Arbeiterklasse auch in der Krise in nicht geringem Umfange kampffähig geblieben war. Die erstaunlichste Erfahrung für viele Gewerkschafter war, daß die großen Massen von Erwerbslosen in den Städten sich nicht zum Streikbruch mißbrauchen ließen. Viele von ihnen hatten durch

die ständigen Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherungen verstanden, daß auch ihre soziale Lage davon abhing, wie es die beschäftigten Arbeiter verstanden, ihre Löhne und Gehälter zu verteidigen.

In einer Zwischenbilanz der Herbststreikwelle konnte Th. Leipart auf der ADGB-Bundesausschußsitzung am 7. Oktober feststellen: „Nach den Pressemitteilungen und den Mitteilungen der Verbände ist unsere Parole, den Lohnabbau abzuwehren, günstig aufgenommen worden. In zahlreichen Betrieben wehrte sich die Arbeiterschaft, und es belebte sich dadurch die Gesamtbewegung.“ Für die Buchdrucker erklärte Krautz: „Wir können nicht zurück von unserer Parole, weil wir sonst einen gefährlichen Rückschlag für die gesamte Gewerkschaftsbewegung befürchten müssen.“ „Selbst einen Generalstreik würden die Schuharbeiter mitmachen“, erklärte ihr Vertreter Simon. „Es geht ein frischer Zug durch unsere Reihen, die Unternehmer müssen unter dem Druck der Belegschaften vielfach Anschläge zurücknehmen“, stellte Großmann für die Chemiarbeiter fest. Und der Vorstandreferent C. Nörpel konnte zusammenfassend resümieren: „Bisher hat die Regierung Papen bis auf die letzte Notverordnung alles durchgeführt, was sie beabsichtigt hat. Wir waren bisher die einzige Bewegung in Deutschland, die der Regierung Widerstand geleistet hat. Es ist das ein sehr großer Erfolg, für den unsere Mitglieder das richtige Gefühl haben. Schiedssprüche mit Lohnabbau sind in letzter Zeit nicht erfolgt, wir sind also über die Lohnabbau-psychose hinweg.“

Unter diesem Druck — so konnte die „Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, am 22. Oktober, also eine Woche vor Beginn des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks, befriedigt schreiben — hätten die Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, die zumeist zum Streikbruch angehalten wurden, häufig „aus gesundem Klasseninstinkt gegen ihre Auslieferung an die Geldgeber der braunen Paläste rebelliert“ und sich an Streiks beteiligt. Die Nazibewegung kam in einen großen Zwiespalt zwischen den Interessen ihrer proletarischen Mitglieder und ihren Geldgebern. Bei den Wahlen zum Reichstag am 6. November 1932 zeigte sich diese Krise offensichtlich im Verlust von 2 Millionen Stimmen gegenüber der Wahl im Juli 1932. Die SPD und KPD hatten zusammen wieder mehr Stimmen als die Nazis. Es hatte sich einmal mehr gezeigt, daß aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht nur die Verteidigung der sozialen Belange der Arbeiterklasse begünstigt, sondern auch ihren Anteil an einem für die Arbeiterparteien günstigen politischen Klima hat und die soziale Demagogie — in diesem Falle der faschistischen Bewegung — praktisch kritisiert.

Der Faschismus konnte trotz der großen Wahlniederlage der Nazis im November 1932 an seinem Machtantritt nicht mehr gehindert werden. Die Großindustrie intrigierte hinter der parlamentarischen Bühne so nachhaltig beim Reichspräsidenten, bis dieser im Januar 1933 Hitler als Reichskanzler berief — ohne parlamentarische Mehrheit. Und die mangelnde Einheit der Arbeiterbewegung verhinderte eine geschlossene und effektive Gegenwehr. Die Faschisten kurbelten die öffentliche Nachfrage an und konnten in beschränktem Umfang die Arbeitslosigkeit zurückdrängen — wie dies die Gewerkschaften gefordert hatten. Aber sie verwirklichten diese Politik mit Hilfe von Arbeitsdienst, Lohnstopp, politischem Terror gegen die Arbeiterbewegung, Zerschlagung der Gewerkschaften und mit Hilfe eines gigantischen Rüstungsprogramms.

Die Tolerierungspolitik in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte weder die soziale noch politische Rechtsentwicklung aufhalten können. Einen ersten Lichtblick, vielleicht eine Trendwende — wie man heute sagen würde — brachte der gewerkschaftliche Widerstand im Herbst 1932 mit sich. Die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Politik in diesen Jahren sollten heute den Mut machen, sich aktiv für die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Alternativen der DGB-Gewerkschaften einzusetzen. Die Bedingungen dafür werden in den nächsten Jahren nicht besser werden. Witich Roßmann

(Aus „druck und papier“ Nr. 18/1981, leicht gekürzt)

Schriftsteller für Krefelder Appell Mediengewerkschaft verwirklichen!

Aktives Eintreten für Frieden und Abrüstung, Protest gegen Rotstift-politik, Forderung nach Mediengewerkschaft sowie die soziale Not-lage der Autoren waren Schwerpunkte der Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes der Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, die am 26. und 27. September in Hannover stattfand. Vorstandswahlen gab es keine, diese sind dem alle drei Jahre tagenden VS-Kongreß vorbehalten.

Der VS-Bundesvorsitzende, Bernt Engelmann, erinnerte in seiner Eröffnungsrede daran, daß sich der VS vor zwölf Jahren für das Zustandekommen der jetzigen Regierungskoalition eingesetzt habe, weil er damit auch „eine auf Abrüstung und Frieden gerichtete Politik ersehnte“. Wörtlich sagte Engelmann: „Heute aber müssen wir uns fragen, ob es wenigstens noch in den allerwichtigsten, für unser Land existentiellen Fragen eine Übereinstimmung mit dieser Regierung gibt, einer Regierung, die die Stationierung von nuklearen Erstschlagswaffen in unserem Land, von Waffen, deren Einsatz sie nicht im geringsten mitbestimmen könnte, schlicht als ‚Modernisierung‘ bezeichnet.“ Zu dieser Politik sagen die gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller ein „kategorisches Nein!“

Dieses Nein manifestierte sich auch in den Entscheidungen der Konferenz. Einstimmig begrüßten die Delegierten den Krefelder Appell an die Bundesregierung und wandten sich gegen alle Versuche, die Friedensbewegung zu spalten bzw. zu diffamieren. In einer anderen Resolution forderte der VS von Regierung und Parteien:

- Schluß mit dem Wettrüsten! Keine Atomraketen in Ost und West!
- Nein zum NATO-Doppelbeschluß.
- Unverzügliche Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen.
- Rückkehr zur Entspannungspolitik.
- Statt Wettrüsten soziale Sicherung des Friedens: Verwendung der Rüstungsmilliarden zur Beseitigung des Hungers und der Not in der Welt.
- Statt Drohungen, Haß und Verteufelung friedlicher Wettkampf der Ideen, Systeme und Problemlösungsversuche in Ost und West zum Wohle aller Menschen.

Das aktive Eintreten für den Frieden dokumentierte der VS in einer öffentlichen Veranstaltung unter dem Motto „Höchste Zeit für Friedenssetze, was tun gegen das Wettrüsten.“ Bei dieser Gelegenheit gab Engelmann bekannt, daß der vom VS initiierte Friedens-

appell der Schriftsteller Europas eine die Erwartungen übertreffende Resonanz gefunden habe. Das zeigte auch das Auftreten der als Gäste am VS-Kongreß anwesenden Vertreter ausländischer Schriftstellerverbände. So übergab der Präsident des Schriftstellerverbandes der Russischen Föderativen Sowjetrepublik, Michalkow, eine Unterschriftenliste der prominentesten Schriftsteller, darunter auch von Nobelpreisträger Scholochow. Erstmals beim VS war auch eine Delegation des Schriftstellerverbandes der DDR. Sein Präsident, Hermann Kant, erhielt für sein Friedensbekenntnis ebensoviel Beifall wie die Vertreter der Schriftstellerverbände aus Kanada, der Niederlande, Jugoslawiens, Österreichs, der Schweiz und Bulgariens.

Friedenstag der IG Druck „Es geht ums Überleben“

Am 17. Oktober führt der Landesbezirk Baden-Württemberg der IG Druck und Papier in der Sindelfinger Stadthalle einen Friedenstag durch. Ziel dieser Veranstaltung, die unter dem Motto „Erüstet Euch — es geht ums Überleben“ steht, ist es, Antwort auf die brennenden Probleme wie Frieden und Abrüstung zu finden. Es sprechen Erhard Eppler, General a. D. Gert Bastian, Bernt Engelmann und Jörg Huffschild. Im Kulturprogramm treten die bekannte Liedermacherin Fasia Jansen sowie eine Songgruppe der Naturfreunde auf.

IG Metall und IG Druck: Skandalöse Schieflage

IG Druck und Papier und IG Metall Stuttgart haben in einer gemeinsamen Presseerklärung Anfang September auf eine „skandalöse Schieflage“ in der Vergangenheitsbewältigung der Medien aufmerksam gemacht. Anlaß für die Erklärung sind zahlreiche Nachrufe in Nachrichtensendungen und zusätzliche Filme zum Tod von Albert Speer, ehemaliger Rüstungsminister Hitlers. Dagegen stand anläßlich des Todes von Wil-

li Bleicher wenige Wochen vorher mit Ausnahme einer Sendung im 3. Programm des SDR keine Sendezeit zur Verfügung.

An der erwähnten öffentlichen Friedensveranstaltung beteiligte sich u. a. auch der Bürgermeister von Saarbrücken und SPD-Vorstandsmitglied, Oskar Lafontaine. Er versprach, alles zu tun, damit sich in seiner Partei die Gegner des NATO-Ratsbeschlusses durchsetzen werden.

Protestiert hat der VS gegen die rigorose Kürzung von Haushaltsmitteln für kulturelle Zwecke. So sieht er die öffentlichen Büchereien in ihrer Existenz ernsthaft gefährdet. Die Quintessenz müsse zwangsläufig eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Schriftsteller sein. Schon heute lebe ein Großteil der Autoren am Rande des Existenzminimums.

Viel Aufmerksamkeit fand ein Referat von Detlef Hensche, zuständiges Hauptvorstandsmitglied der IG Druck und Papier, zu der geforderten Mediengewerkschaft. Er sprach sich erneut für den Zusammenschluß der IG Druck und Papier, der acht Verbände der Gewerkschaft Kunst und des Deutschen Journalistenverbandes zu einer großen Mediengewerkschaft aus. Wenn die Gewerkschaft Kunst im DGB bis Frühjahr 1983 nicht bereit sei, eine Mitglieder-gewerkschaft zu werden, so Hensche, dann plädiere er für eine „kleine Lösung“, d. h. den Zusammenschluß der Rundfunk-Fernseh-Film-Union mit der IG Druck und Papier. Der RFFU-Vorsitzende Alfred Horné signalisierte dazu seine Bereitschaft.

Der VS selbst habe mit seinem vor zehn Jahren erfolgten Beitritt zur IG Druck und Papier für die Mediengewerkschaft ein positives Beispiel gegeben, betonte Horné. Im Verlaufe der Konferenz war sichtbar geworden, daß beispielsweise das kürzlich in Kraft getretene Künstler-Sozialversicherungsgesetz ohne das gewerkschaftliche Engagement der Schriftsteller kaum zustande gekommen wäre.

Daß der VS voll in die IG Druck und Papier integriert ist, zeigte sich auch in seinem Eintreten für gewerkschaftspolitische Anliegen. Neben der schon erwähnten Friedensinitiative sprachen sich beispielsweise die 34 Delegierten im Namen von mehr als 2500 gewerkschaftlich organisierten Schriftstellern gegen Tendenzen des Abbaus demokratischer Rechte und gegen Zensurmaßnahmen aus. Leidenschaftlich verteidigte der VS die Einheit der Gewerkschaft und protestierte dagegen, daß Kollegen mit „kommunistischen Überzeugungen oder gar nur aufgrund des Verdachtes kommunistischer Ansichten als ‚andere Arbeitnehmer‘ oder zweit-rangige Mitglieder“ diffamiert werden. NACHRICHTEN werden in der nächsten Ausgabe eine Auswahl von Beschlüssen der VS-Konferenz dokumentieren. Werner Peischnick

„Was wir an Fortschritt haben, wurde oft auf der Straße erkämpft“

1891 wurde in Frankfurt der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) gegründet. Er war bereits damals nach dem Industriegewerkschaftsprinzip aufgebaut. Die IG Metall zählt diese Organisation der Metallarbeiter und Metallhandwerker zu ihren Vorläufern. Anlaß genug, um den 90. Jahrestag der DMV-Gründung mit einer Feierstunde in der Frankfurter Paulskirche zu begehen. Vor dem Eingang demonstrierten Beschäftigte der Adler-Werke für ihr Recht auf Arbeit, gegen die drohende Stilllegung des Werkes. Dafür sammelten sie auch Unterschriften.

Einen Rückblick auf 90 Jahre wechselvoller Geschichte mit Höhepunkten und Niederlagen gab IG-Metall-Vorsitzender Eugen Loderer, „nicht, um die Augen vor der Gegenwart zu verschließen“, sondern zur Besinnung auf „gewerkschaftliche Grundanliegen“. Das verstand seine Organisation unter dem Motto „Aus der Geschichte lernen“. Ausdrücklich erwähnte er die falsche Burgfriedenspolitik der SPD zu Beginn des 1. Weltkrieges und die Zerstrittenheit der Arbeiterorganisationen 1933.

Auch auf den geplanten Sozialabbau ging Loderer ein und erinnerte in diesem Zusammenhang an den Arbeitskampf der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter 1956/57 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wörtlich sagte er: „Das Ergebnis dieses längsten Arbeitskampfes in unserer Geschichte will man uns heute wieder abnehmen.“ Aber seine Gewerkschaft „würde auf zentrale sozialpolitische Errungenschaften nicht verzichten“.

Ausgehend vom neuen DGB-Grundsatzprogramm, nannte der IG-Metall-Vorsitzende die Lösung folgender Aufgaben als vordringlich:

- Arbeitsplatzsicherung und Abbau der Arbeitslosigkeit;
- zukunftsorientierte Berufsausbildung;
- Schaffung von Investitionsmeldestellen und Investitionskontrolle;
- Sicherung und Ausbau der paritätischen sowie gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung.

„Diese Programmpunkte“, so Loderer wörtlich, „dürfen nicht Beschwörungsformeln für Feierstunden bleiben, nicht verblichene Tinte auf ehrwürdigen Papieren. Sie müssen umgesetzt werden“, auch wenn man tagtäglich spüre, daß die Schönwetterzeiten vorbei seien. In seiner Rede setzte sich der IG-Metall-Vorsitzende auch mit den Unternehmern auseinander. Ihr Hauptziel sei es immer gewesen, die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Dafür führte er eine Anzahl Beispiele an: „Das reicht vom täglichen Kleinkrieg um die gewerkschaftliche

Präsenz in den Betrieben bis hin zur großen Aussperrung.“ Dazu gehöre auch das nie endenwollende Anrennen der Unternehmer gegen bestehende Gewerkschaftsrechte. Sie „wollen uns gerichtlich verbieten lassen, jemals noch einen Solidaritätsstreik zu organisieren“. Und zum neuesten Angriff hätten sie erst jüngst geblasen. „Die Gerichte sollen uns die Möglichkeit des Warnstreiks aus der Hand schlagen.“ Diesen Angriffen werde sich die IG Metall entgegenstellen.

Zur 90-Jahr-Feier war auch DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter, ebenso wie weitere Vorsitzende und geschäftsführende Vorstandsmitglieder der DGB-Gewerkschaften, nach Frankfurt gekommen. Ausdrücklich hob Vetter den Beitrag hervor, den die IG Metall bei der Schaffung der Grundlagen der Einheitsgewerkschaft geleistet hat. Vetter kündigte Initiativen zur Ausweitung der Mitbestimmung an. Scharf attackierte er auch das Aussperrungsdiktat der Unternehmer, das besonders gegen die IG Metall angewendet wurde. Als Ziel bezeichnete er die Ächtung der Aussperrung. Sie sei aber nur durch die Solidarität aller Gewerkschaften zu erreichen.

In einer längeren Passage seiner Ansprache würdigte Vetter die Verdienste der IG Metall und die Impulse, die von ihr ausgingen. Ausdrücklich nannte er das 1955 auf Initiative von Otto Brenner zustande gekommene Aktionsprogramm mit dem Schwerpunkt 40-Stunden-Woche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Humanisierung der Arbeitswelt. Wörtlich sagte der DGB-Vorsitzende: „Mit vereinten Kräften wird es uns auch gelingen, die 35-Stunden-Woche zu erreichen.“

Nach 1945 sei es nicht gelungen, so der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr, die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu verwirklichen. „Was wir an Fortschritt haben, wurde oft auf der Straße erkämpft.“ Mayr rief dazu auf, für eine Welt des Friedens und der sozialen Sicherheit einzutreten, denn schließlich seien die Gewerkschaften der „Zug der Millionen“. G. M.

Zehn Jahre Sprockhövel

Anfang September beging das IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel den 10. Jahrestag der Gründung. Eine ganze Woche lang gab es zu diesem Anlaß zahlreiche Veranstaltungen, wozu auch eine Manifestation zum 1. September unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ gehörte. In der größten Bildungseinrichtung der Gewerkschaften der Bundesrepublik, für die die IG Metall bisher 140 Millionen DM aufwendete, haben seit 1971 mehr als 50 000 Gewerkschafter an Seminaren und fast 70 000 an 2500 zusätzlichen Veranstaltungen teilgenommen.

Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der IG Metall, machte in seiner Ansprache deutlich, daß sich Sprockhövel zu einem Zentrum der Auseinandersetzung über aktuelle und grundsätzliche Gewerkschaftsfragen entwickelt habe. Den Unternehmern sei diese wie auch andere gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen. Ihre Weigerung, Betriebsräte an Bildungsveranstaltungen nach § 37 des Betriebsverfassungsgesetzes teilnehmen zu lassen, sei dafür Beweis. „Keine andere gesetzliche Bestimmung stieß auf so heftigen Widerstand und hat solchen Umfang von Konflikten angenommen, wie das Recht auf Freistellung für Bildungsmaßnahmen“, sagte Loderer.

Alein die IG Metall habe mehr als 3000 Arbeitsgerichtsverfahren führen müssen, um die gesetzliche Freistellung für Bildungsveranstaltungen durchzusetzen. Bei vielen Unternehmern sei offenbar die Ansicht, daß Arbeitnehmer, die anfangen zu denken, die Produktion lahmlegen würden, immer noch vorhanden. Diese konservativen Kräfte beharrten auch heute noch auf dem Bildungsprivileg einer kleinen Schicht.

Den jugendlichen und erwachsenen Mitgliedern der IG Metall werden in Sprockhövel 37 Seminargruppen angeboten. Dazu zählen Fachseminare für die Arbeit von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Jugendvertretern, zu Entlohnungs- und Rationalisierungsfragen, Seminare für Wirtschafts- und Unternehmenspolitik, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Arbeitssicherheit. Außerdem gebe es auch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen zu aktuellen gewerkschaftlichen Fragen, auf denen bekannte Theater- und Songgruppen, Liedermacher und Schriftsteller auftreten würden. Ebenso sind laufend Ausstellungen zu besichtigen, so z. B. zur Geschichte des 1. Mai und zum Widerstandskampf der Gewerkschaften während des Hitler-Faschismus. W. P.

Unruhe im öffentlichen Dienst: Erste Warnstreiks in Hessen

Nach Aussagen des stellvertretenden hessischen ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai im Pressedienst seiner Organisation sei eine „erhebliche Unruhe der Arbeitnehmer“ zu registrieren. „In einer Vielzahl von Versammlungen in den Betrieben und Verwaltungen wird die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer unterstrichen“, so Mai wörtlich. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden im ÖTV-Mitteilungsblatt „Hessen Aktuell“ aufgerufen, den geplanten Eingriff in die Tarifautonomie nicht hinzunehmen. „Wir müssen nun anfangen, uns zum Widerstand zu formieren.“

Inzwischen ist es zu ersten Warnstreiks gegen die Absicht der Bundesregierung gekommen, Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst als Dispositionsmasse für Haushaltssanierungen zu mißbrauchen. Am 1. September legten in Offenbach 1500 Beschäftigte für eine Stunde die Arbeit nieder. Zwischen 9.30 und 10.30 Uhr fuhren weder Fahrzeuge des Bauamtes noch Busse des öffentlichen Nahverkehrs. Die Hauptverkehrsader der Stadt wurde durch Fahrzeuge des Fuhrparks blockiert.

Zu den Streikenden sprach der Offenbacher SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik. Scharf kritisierte er die vorgesehenen Sparpläne und stellte den Zusammenhang zur Rüstung heraus. Wörtlich erklärte er: „Ich habe nicht im letzten Bundestagswahlkampf gegen einen Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß gekämpft, um nun zuzusehen, wie die Straußsche Politik über den Umweg der Politik des US-Präsidenten Ronald Reagan doch bei uns eingeführt wird.“ Auf der gleichen Linie lagen die Ausführungen des stellvertretenden hessischen ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai. Wieder einmal werde „der kleine Mann zur Kasse gebeten“, während Großverdiener fast unbeschadet davonkämen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie ihre Gewerkschaften seien jedoch nicht mehr bereit, zugunsten der Großverdiener und des Rüstungswahnsinns alle Lasten zu übernehmen.

Vier Tage nach der spontanen Protestaktion in Offenbach traten 300 Beschäftigte der Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) in einen einständigen Warnstreik. Statt Lohnpause und Einkommensreduzierung forderten sie ab 1. März 1982 eine Tarifierhöhung, die den Reallohn sichert. Den öffentlichen Unternehmern müsse deutlich gemacht werden, daß die Beschäftigten bereit sind, gegen die Sparpläne zu kämpfen. Der Widerstand dürfe nicht bis zum Frühjahr 1982 aufgeschoben werden, wurde auf der mit dem Warnstreik verbundenen Kundgebung erklärt. Uli Hoffmann, Vertrauensleutesprecher der KVG und Mitglied der Großen ÖTV-Tarifkommission, kündigte weitere Aktio-

nen für den Fall an, daß Bund, Länder und Gemeinden ihre Sparpläne nicht aufgeben.

Mit den Sparmaßnahmen der Bundesregierung beschäftigte sich eine am 7. September stattgefundene Sondersitzung des ÖTV-Hauptvorstandes. Abgelehnt werden Einkommenskürzungen für Beamte per Gesetz und ihre Ausdehnung auf Angestellte und Arbeiter. Damit würde die Tarifautonomie aufs Spiel gesetzt, was eine Kampfansage an die Gewerkschaften bedeutet, wird in einem Pressedienst des ÖTV-Hauptvorstandes erklärt. Die politisch Verantwortlichen im Bund und in den Ländern werden aufgefordert, die vorgesehene Besoldungskürzung um 1 Prozent und die Lohn- und Gehaltspause von drei Monaten zu unterlassen. Sollten die öffentlichen Arbeitgeber versuchen, durch Kündigung von Tarifverträgen Einkommen abzubauen, „wird die Gewerkschaft ÖTV die notwendigen gewerkschaftlichen Mittel ergreifen, um dies zu verhindern“, heißt es im Pressedienst des ÖTV-Hauptvorstandes vom 8. September.

Auch von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) sind ähnliche Töne zu hören. Heinz Esders, stellvertretender DPG-Vorsitzender, bezeichnete die vorgesehenen Sonderopfer als „völlig ungerechtfertigt und unzumutbar“. Er versicherte, daß seine Gewerkschaft zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes das laufende Gesetzgebungsverfahren nutzen werde, um die beabsichtigten zusätzlichen Belastungen abzuwenden.

Eine Protestkundgebung gegen Rotstiftpolitik und Sozialdemontage führten Anfang September die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Münchener Post- und Telegrafämter durch. Günter Heidorn, Vorsitzender der Münchener DPG, forderte in seiner Rede, dort zu sparen, „wo die größten Löcher im Haushalt gerissen würden, bei den übersteigerten Rüstungsausgaben, bei den Steuergeschenken und Vorrechten der Groß- und Größtverdiener und beim Wildwuchs der Subventionen“. G. M.

PERSONALIEN

Hans Alker, 54, zweiter Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, ist in Gewerkschaftskreisen als Nachfolger von Heinz Oskar Vetter im Gespräch, der vor seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden ebenfalls zweiter Vorsitzender der IGBE war. Weiterhin steht auch wieder Ernst Breit, 57, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, zur Diskussion, der zunächst diese Aufgabe aus familiären Gründen abgelehnt hatte. Das Personalkarussell wird sich also noch weiterdrehen.

Hermann Gaßmann, Bildungssekretär der IG Metall in Hamburg, der wegen angeblicher Spionage für die DDR vor einem halben Jahr vom Bundeskriminalamt verhaftet worden war, ohne daß bislang Klage gegen ihn erhoben worden wäre, ist Mitte September ohne weitere Erklärungen der Staatsanwaltschaft aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die IG Metall will ihr Mitglied weiter bis zur vollen Rehabilitation unterstützen. NACHRICHTEN informierten über diesen Fall ausführlich in ihrer letzten Ausgabe.

Werner Glastetter, 43, Professor der Wirtschaftswissenschaft in Bielefeld und seit 1979 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ist Anfang September aus diesem sogenannten „Rat der Weisen“ ausgetreten. Von 1969 bis zu seiner Berufung nach Bielefeld im Jahre 1977 war der bekannte Ökonom Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB. Seine Mitarbeit im „Rat der Weisen“ konnte nicht verhindern, daß dieses Gremium seine Gutachten immer in Unternehmerinteresse erstellte. Ihm blieb nur der Weg eines Minderheitenvotums, das er bis zu seinem Rücktritt regelmäßig abgab.

Heinz Oskar Vetter, 63, soll nun doch nicht auf dem bevorstehenden 12. ordentlichen Bundeskongreß im Mai 1982 als DGB-Vorsitzender kandidieren. Der dienstälteste Vorsitzende der Einzelgewerkschaften, Rudolf Sperner, 62, von der IG Bau-Steine-Erden, habe jetzt den Auftrag erhalten, einen Kandidaten zu suchen. Die bürgerliche Presse favorisiert erneut den Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten, Günter Döding, 51. Ins Gespräch gebracht wird auch Alois Pfeiffer, 57, bisher im DGB-Bundesvorstand für Wirtschaftspolitik zuständig. Eingeweihte Kreise halten es jedoch nach wie vor für möglich, daß Heinz Oskar Vetter sich trotz dieser Verlautbarung nochmals zur Wahl stellt, so will auch seine Stellvertreterin Maria Weber nicht mehr kandidieren.

Forderung an die Bundesregierung: Einstellung aller Berufsverbote

Gegen elf Bedienstete der Deutschen Bundespost betreibt das Postministerium seit Jahren politische Disziplinarverfahren. Angestrebt wird das durch höchste Gesinnungsjustiz abgesegnete Berufsverbot für Fernmeldetechniker und Briefträger. Den betroffenen Beamten wird Dienstvergehen und Treupflichtverletzung vorgeworfen, weil sie Mitglieder der DKP sind und für die DKP kandidiert haben. Alle Betroffenen sind über Jahre aktive Gewerkschafter. Ein von der Verfassung der Bundesrepublik geschütztes politisches und weltanschauliches Engagement soll also als Dienstvergehen kriminalisiert werden.

Im administrativen Bereich werden die anhängigen Berufsverbotsverfahren von Strafversetzungen begleitet. Ein Teil der betroffenen Beamten wurde pauschal zum „Sicherheitsrisiko“ erklärt und aus dem sogenannten „sicherheitsempfindlichen“ Bereich auf niedere Dienstposten strafversetzt. Darin liegt nicht nur ein Bruch der Verfassung im Einzelfall. Dieses Vorgehen ist eine Bedrohung der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung aller Beamten im öffentlichen Dienst.

Es ist offensichtlich, daß mit den politischen Disziplinarverfahren die Absicht der Bundesregierung verbunden ist, in einer Situation zunehmender sozialer und politischer Konflikte eine botmäßige Beamtenschaft zu schaffen, die ihre eigene Interessenvertretung der totalen Loyalität zur Rotstift- und Rüstungspolitik unterordnet. Wer aus diesem obrigkeitstaatlichen Schema vom loyalen Staatsdiener ausschert, wird diszipliniert. Daß dieses undemokratische Vorgehen nicht nur gegen Kommunisten gerichtet ist, machte Bundesdisziplinaranwalt Claussen, der die Bundesregierung in Disziplinarverfahren vertritt und die ungeheuerlichen Anschuldigungen gegen die vom Berufsverbot bedrohten Beamten formuliert, in seinem „Bericht über die Handhabung der Disziplinar-gewalt in den Jahren 1979 und 1980“ deutlich. Darin fordert Claussen, der u. a. im erzkonservativen „Deutschlandmagazin“ publiziert, die Einleitung förmlicher Disziplinarverfahren gegen solche Beamte, die sich 1980 entgegen der Anweisung Minister Gscheidles weigerten, im Schichtdienststreik als Streikbrecher zu arbeiten. Claussen forderte disziplinarische Maßnahmen in folgenden Fällen:

„1. Nichtbefolgung von dienstlichen Anordnungen, an Stelle streikender Arbeiter und Angestellter deren Arbeiten durchzuführen.

2. Unvollkommene Verrichtung eines angeordneten Aushilfsdienstes und Störung der Arbeit anderer.

3. Aufforderung an Beamte, den Anweisungen ihres Vorgesetzten, Arbeit von Tarifkräften auszuführen, keine Folge zu leisten und sich mit den streikenden Arbeitern und Angestellten zu solidarisieren.

4. Im Dienst Einwirkung auf arbeitswillige Tarifkräfte, die Arbeit niederzulegen.“

Mit diesem gewerkschaftsfeindlichen Programm bewegt sich Claussen, wie Gerhard Schmidt, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, erklärte, „möglichlicherweise schon jenseits der auch ihn bindenden verfassungsmäßigen Ordnung“. Und der stellvertretende DPG-Vorsitzende Heinz Esders stellte die Frage, „wann endlich die weisungsbefugte Bundesregierung oder der Bundesminister, dessen Dienstaufsicht Claussen untersteht, den Bundesdisziplinaranwalt in seine Schranken verweisen“. Das jedoch geschieht nicht. Denn offensichtlich liegt die undemokratische und reaktionäre Position des Bundesdisziplinaranwaltes im politischen Kalkül der Bundesregierung. In den politischen Disziplinarverfahren, von denen das Verfahren gegen den Stuttgarter Fernmeldetechniker Hans Peter vom 27. bis 29. Oktober vor das Bundesverwaltungsgericht kommt, strebt sie eine höchststrichterliche Absegnung dieser Position an.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß den betroffenen Postbeamten angeboten wurde, auf der Grundlage eines Angestelltenvertrages weiter im Dienst zu bleiben und so einem Disziplinarverfahren zu entgehen. Zunächst ist dieses Angebot eine Umgehung der im Gesetz vorgesehenen und verfassungsmäßigen Lösung: Einstellung der Disziplinarverfahren, verbunden mit einer entsprechenden Weisung an den Bundesdisziplinaranwalt. Eine solche Lösung würde aber eine Veränderung der bisher praktizierten Berufsverbotspolitik bedeuten. Also unterbreitet die Regierung durch Postminister Gscheidle den Betroffenen Angebote, die das

im Bundesverwaltungsgerichtsverfahren erwartete und von der Regierung auch angestrebte Ergebnis vorwegnehmen: Die betroffenen Beamten sollen unterschreiben, daß Kommunisten als Beamte ein „Sicherheitsrisiko“ für den öffentlichen Dienst seien, daß sie aus dem „sicherheitsempfindlichen Bereich“ versetzt werden müssen, daß sie damit verbundene Gehaltseinbußen in Kauf zu nehmen haben und daß sie als Kommunisten nicht Beamte sein können.

Die betroffenen Beamten sollten also ihre soziale und politische Deklassierung auch noch selbst beantragen. Sie haben das „unredliche, gesetz- und verfassungswidrige“ Ansinnen (Hans Peter) zurückgewiesen. So erklärte der Technische Fernmeldeamtmann Hans Meister (Stuttgart), er sei nicht bereit, „einen Präzedenzfall von neuen Disziplinierungsmaßnahmen gegen alle anderen demokratischen Bewegungen und gegen alle Beamte“ zu schaffen, und der Technische Fernmeldeoberinspektor Berthold Goergens aus Freiburg wies die Diffamierung seiner Person als „Sicherheitsrisiko“ zurück: „Das alles zu einem Zeitpunkt, zu dem zunehmend mehr Menschen die Rüstungspolitik der eigenen Regierung als Sicherheitsrisiko empfinden.“

Der Frankfurter Posthauptschaffner Wolfgang Repp, der überhaupt erst nach weltweitem Protest zum Beamten ernannt wurde, lehnte seine Rückstufung ins Angestelltenverhältnis entrüstet ab: „Ich selbst habe jahrelang für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte gekämpft... Niemand, der mir damals aus verfassungsrechtlichen Gründen geholfen hat, mein Recht durchzusetzen, würde heute verstehen, warum ich aus dem Beamtenverhältnis ausscheide.“ Der Oberpostschaffner Werner Siebler (Freiburg) begründete seine Ablehnung mit dem Hinweis auf die aktuelle Situation: „In einer Zeit, in der der Frieden so gefährdet ist, darf sich kein friedliebender Mensch den aufrechten Gang nehmen lassen.“

Das aber ist das Ziel der Berufsverbotspolitik. So gewinnt angesichts der wachsenden Friedensbewegung und ihres millionenfachen Protestes gegen die Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik der Versuch der Bundesregierung an politischer Brisanz, Kommunisten als „Sicherheitsrisiko“ abzustempeln. Dann aber sind alle Demokraten, die sich in den Gewerkschaften und in außerparlamentarischen Bewegungen für soziale Rechte und für Abrüstung einsetzen, ein „Sicherheitsrisiko“ für die Hochrüstung- und Rotstiftpolitik.

Von der Bundesregierung ist deshalb die sofortige Einstellung aller Disziplinarverfahren zu fordern. Der Bundesverwaltungsgerichtsprozeß gegen Hans Peter muß die Aufmerksamkeit aller Demokraten finden. Uwe Post

Frankfurt darf kein Asyl für Arbeitslose werden

In einer am 23. September stattgefundenen gemeinsamen Sitzung von Betriebsrat, Vertretern der IG Metall und des Vorstands des zur Metall-Gesellschaft (MG) gehörenden VDM in Frankfurt-Heddernheim erklärte Vorstandssprecher Karus den Tod des traditionellen Betriebes zum 31. März 1982. 1700 Beschäftigte, darunter 500 sogenannte Schwervermittelbare, sowie ihre Familien sind in ihrer Existenz bedroht. Wie der stellvertretende Bevollmächtigte der IG Metall Frankfurt, Günter Otto, am 24. September auf einer Pressekonferenz erklärte, sind die Betroffenen, der Betriebsrat und die Gewerkschaft nicht bereit, diese Entscheidung kampflös hinzunehmen.

Hinter der angekündigten Schließung von VDM verbergen sich handfeste Kapitalinteressen. 30 Prozent des Kapitals werden von der Dresdner Bank kontrolliert. Der Betrieb selbst steht auf einem Areal in der Größenordnung von 1 Million Quadratmetern. Und so vermutet die IG Metall, daß Grundstücksspekulation der wahre Grund für das geplante Aus sind. Für diese Vermutungen sprechen handfeste Gründe:

● In unmittelbarer Nähe von VDM entsteht mit der Bundesgartenschau für die Zukunft ein attraktives Naherholungsgebiet.

● Durch das Abreißen der Fabrikanlagen mit ihren Umweltbelastungen wird das Gelände als Wohngebiet noch attraktiver.

Einen Tag nach der Verkündung der Stilllegungsabsicht wurde bekannt, daß die Metallgesellschaft bereits mit der Commerzbank Verhandlungen über den Verkauf eines Teils des Geländes führt. Auch ein VDM-Wohnhochhaus, einstmals mit staatlichen Mitteln erbaut, soll demnächst den Besitzer wechseln.

Zur Rettung des Werkes hat sich eine breite Bürgerinitiative gebildet. Demonstrationen sind an der Tagesordnung. Die IG Metall will jetzt SOS funken. Besonders angesprochen werden soll Bundesfinanzminister Matthöfer, der in dem Wahlkreis, zu dem Heddernheim gehört, in den Bundestag gewählt wurde.

VDM ist nicht der einzige Betrieb, dessen geplante Schließung dazu beitragen würde, aus Frankfurt eine Stadt ohne Zukunft oder zum Arbeitslosen-asyl zu machen. Neben den 1000 Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, die CDU-Oberbürgermeister Wallmann bereits für nächstes Jahr angekündigt hat, stehen auch bei den VW-Imperium gehörenden Adler-Werken 1600 Beschäftigte auf der Entlassungsliste. Nach ersten Planungen sollte der Betrieb ganz geschlossen werden. Starker Druck der Belegschaft und der

gesamten Öffentlichkeit, darunter der evangelischen und katholischen Kirche, verhinderten die Stilllegungspläne. Jetzt kämpfen Vertrauensleute und Betriebsrat für den Erhalt weiterer Arbeitsplätze.

In den letzten Wochen fanden zahlreiche Aktionen für die Erhaltung aller Arbeitsplätze sowohl bei VDM, wie auch bei Adler und im öffentlichen Dienst statt. Höhepunkt war am 9. September eine Kundgebung auf dem Römerberg, der eine Demonstration vorausgegangen war. Aufgerufen hatten dazu der DGB und die beiden Kirchen. Hauptredner auf dieser Kundgebung mit weit über 8000 Teilnehmern war Georg Benz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall. Er machte deutlich, was viele in Zeiten der Hochkonjunktur vergessen hatten: daß Kapitalismus und Arbeitslosigkeit miteinander gekoppelt sind. (Auszüge siehe Einhefter)

Der IG-Metall-Funktionär äußerte schon auf der Kundgebung die Vermutung, daß hinter der geplanten Stilllegung von VDM Grundstücksspekulationen stehen. Er kündigte Widerstand „in einer ganz spezifischen Form neuer Beweglichkeit“ an, falls sich diese Vermutung bestätigen sollte. Dieser Fall ist nun eingetreten, und die IG Metall steht im Wort. Im Kampf um Arbeitsplätze können sich die Betroffenen auf die Solidarität der anderen DGB-Gewerkschaften und der Öffentlichkeit stützen. Das wurde auf dem Römerberg deutlich.

Während der Kundgebung läuteten nicht nur für fünf Minuten die Kirchenglocken, sondern auch die Busse, Straßen- und U-Bahnen standen für fünf Minuten still. Die Fahrer, Kollegen der ÖTV, verlasen einen kurzen Text, in dem die Fahrgäste darauf aufmerksam gemacht wurden, worum es geht. Und die 29 Heinze-Frauen, die in Kassel auf den Spruch des höchsten Arbeitsgerichts warteten, brachten in einem Schreiben ihre Solidarität mit den vom Verlust des Arbeitsplatzes Bedrohten zum Ausdruck. G.M.

Kahlschlag?

Der Textil- und Bekleidungsindustrie droht ein „radikaler Kahlschlag“, falls die Bundesregierung an ihrer Absicht festhält, in dem neu abzuschließenden Welttextilabkommen (WTA) an den hohen Textilimporten festzuhalten. Das erklärte Berthold Keller, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB), auf einer am 9. September in Frankfurt stattgefundenen Pressekonferenz.

Wenn sich die Auffassung der Bundesregierung durchsetzt, so würde das neue WTA, über das gegenwärtig verhandelt wird, zu einem „Arbeitsplatzverlagerungsabkommen“ und liefe „auf eine Vernichtung des größten Teils der noch vorhandenen 550 000 Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie“ hinaus, erklärte Keller. Scharfe Angriffe richtete er in diesem Zusammenhang gegen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff. Und auch die mehrfachen Erklärungen des Bundeskanzlers, daß eine leistungsfähige Textil- und Bekleidungsindustrie ihren festen Platz in der Volkswirtschaft habe, würden „total entwertet und zu einer leeren Versprechung degradiert“.

Auf der Pressekonferenz nannte der GTB-Vorsitzende Zahlen über die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Bereich seiner Gewerkschaft. 350 000 Arbeitsplätze seien in den letzten 12 Jahren verlorengegangen, die Hälfte davon durch verstärkte Rationalisierung, die anderen 175 000 durch Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer wie Hongkong, Taiwan, Südkorea und Macau. Unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen, für Hungerlöhne und bei Verbot gewerkschaftlicher Betätigung werde dort Bekleidung produziert, die in der Bundesrepublik, teilweise mit Markenzeichen versehen, für teures Geld verkauft würde. Die GTB sei nicht bereit, das alles als natürliche Kosten- und Standortvorteile von Entwicklungsländern und als sogenannte „komparative Kosten“ anzuerkennen, wie dies die Bundesregierung offenbar anstrebe. Das sei eine Aufforderung an die Textil- und Bekleidungsunternehmen, so Keller, die ausbeuterischen Vorteile durch Verlagerung einheimischer Arbeitsplätze rigoros zu nutzen und erkämpfte soziale Besitzstände wieder abzubauen.

Gegen die Bonner Absichten führt die GTB Aktionen durch, beispielsweise Podiumsdiskussionen mit Politikern in den Textilmitteln. Darüber hinaus ist – je nach Verhandlungsverlauf über das neue WTA – an örtliche und regionale Protestaktionen sowie eine Demonstration in Bonn mit über 20 000 Teilnehmern gedacht. Warnstreiks sind jedoch nicht geplant. G.M.

Weiter verschlechtert: Soziale Rechte bei Krankheit und Arbeitslosigkeit

Das 15 Milliarden DM schwere unsoziale „Spar“-Paket der Bundesregierung für 1982 wurde dem Bundestag zugeleitet. Während damit den Unternehmern aus Steuermitteln noch einige Milliarden zusätzlich in ihren unersättlichen Rachen geworfen und die Rüstungsausgaben weiter erhöht werden, sind umfangreiche Kürzungen in fast allen sozialen Leistungsbereichen, darunter auch in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, vorgesehen. Die Kranken und Arbeitslosen sollen für Rüstung und Krise bezahlen.

Anspruch auf Arbeitslosengeld soll künftig nur noch haben, wer mindestens zwölf Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt hat. Bisher genügte eine Beitragszeit von drei Monaten. Für Arbeiter und Angestellte, die selbst ihr Arbeitsverhältnis gekündigt haben, soll die Sperrzeit von vier auf acht Wochen verdoppelt und durch weitere neue Vorschriften der angebliche Mißbrauch von Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes unterbunden werden. Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung und Schlechtwettergeld sollen besteuert, das Kurzarbeitergeld bei Überstunden gekürzt werden.

Alle diese Maßnahmen laufen darauf hinaus, bei höherem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung (3,5 statt 3 Prozent), die ohnehin schon große Zahl der Arbeitslosen zu vergrößern, die keinen Anspruch auf Leistungen nach dem AFG hat, und die Leistungen für Arbeitslose, Kurzarbeiter und Bauarbeiter zu verschlechtern. Zugleich sollen die Mittel für berufliche Weiterbildung, Rehabilitation und Arbeitsbeschaffung gekürzt werden.

Das ist genau das Gegenteil von dem, was angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit notwendig ist. So hat die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter mit fast 89 000 Ende Juni einen neuen absoluten Höchststand erreicht. Doch für die berufliche Rehabilitation Behinderter sind für 1982 noch einmal 500 Millionen DM weniger vorgesehen, nachdem 525 Millionen DM schon in diesem Jahr, dem Internationalen Jahr der Behinderten, dem Rotstift zum Opfer fielen.

Mit einem zweiten Kostendämpfungsgesetz soll der ab Juli 1977 mit dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz begonnene Weg fortgesetzt werden, die Krankheitskosten zu Lasten der Kranken mittels direkter Zahlung zu den Krankheitskosten umzuverteilen. Statt der 1977 eingeführten Arzneimittelgebühr soll es wieder eine Rezeptgebühr geben; aber natürlich eine erhöhte Rezeptgebühr.

Während der Kranke jetzt pro Arznei-

Verband- und Heilmittel 1 DM zahlen muß, sollen es künftig pro Rezept bis zu 4 DM sein, wobei das Rezept nicht mehr als drei Verordnungen enthalten darf. Bei nur einer Verordnung ist das eine Steigerung um 300 Prozent (von 1 auf 4 DM). Und diese erhöhte Rezeptgebühr sollen auch die Rentner, Schwerbehinderten und Kriegsoffer zahlen, die bis 1977 davon befreit waren.

Arthur Böpple

Sozialpolitik in der Krise

Bereits 1977 beschäftigte sich das 4. NACHRICHTEN-Seminar mit den Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die Sozialpolitik. Das, was damals auf diesem Seminar vorausgesagt wurde, ist heute eingetreten: ein sozialer Kahlschlag. Das Buch, das heute noch an Aktualität gewonnen hat, zeigt realistische Auswege aus der Sackgasse der Bonner Sozialpolitik.

255 Seiten, Preis 10,- DM, Bestellnummer 017.

Das Buch kann über den Buchhandel und unseren Verlag (zuzüglich 2,- DM für Porto und Verpackung per Vorkasse) bezogen werden (Konto-Nr. siehe Impressum).

Schon mit dem Kostendämpfungsgesetz von 1977 wurde in das Recht der sozialen Krankenversicherung der Grundsatz eingefügt, daß die Versicherten sogenannte Bagatellarzneien voll selbst bezahlen sollen. Jetzt hat die Regierung den Bundesarbeitsminister beauftragt, eine Verordnung vorzulegen, die es den Ärzten verbietet, bei „leichten“ Gesundheitsstörungen Medikamente auf Kosten der Krankenkassen zu verschreiben.

Bei Zahnersatz sollen die Versicherten künftig statt mindestens 20 Prozent der Gesamtkosten mindestens 40 Prozent

der Kosten für zahntechnische Leistungen selbst zahlen. In der Regel wird sich daraus ein höherer Zuzahlungsbeitrag ergeben, während die Krankenkassen bis Mitte 1977 noch die vollen Zahnersatzkosten übernehmen konnten.

Der Betrag für die selbst zu zahlenden Fahrtkosten für Kranke soll für die einfache Fahrt von 3,50 auf 5 DM aufgestockt werden. Bis Mitte 1977 hat es eine solche Begrenzung für die Übernahme der infolge einer Erkrankung entstehenden Fahrtkosten überhaupt nicht gegeben. Zuschüsse zu einer vom Arzt verordneten Kur sollen die Kassen künftig nur noch alle drei statt bisher zwei Jahre gewähren können.

Das Kranksein soll also ab 1982 für die davon Betroffenen noch teurer werden, und das bei schon ab Beginn dieses Jahres erhöhten Krankenversicherungsbeiträgen. Auch im Krankenhausbereich wird der unsoziale Sparkurs mit dem Abbau von Betten und Pflegepersonal fortgesetzt, so sieht es der Entwurf für eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vor. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Krankenhauspersonal und der ohnehin schon jetzt unzureichenden Pflege für die Kranken wären die absehbaren Folgen.

Wenn zur Begründung dieser gesundheitspolitisch gefährlichen und unsozialen Maßnahmen immer wieder auf das rasche Ansteigen der Krankenhauspflegekosten für die Krankenkassen verwiesen wird, so ist darauf zu erwidern, daß hieran Bund und Länder nicht unschuldig sind. Auch hier wurden öffentliche Sozialausgaben auf die Sozialversicherung abgewälzt, so daß von 1972 bis 1980 die Ausgaben der Kassen für Krankenhauspflege von 9,4 auf 25,3 Milliarden DM gestiegen sind, während sich Bund und Länder mit unverändert 3,5 Milliarden DM an der Krankenhausfinanzierung beteiligten.

Stück für Stück werden so weitere soziale Rechte abgebaut oder verschlechtert, die die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften in den früheren Jahren und Jahrzehnten durchsetzen und die nach den Programmen und Beschlüssen der Gewerkschaften weiter ausgebaut und verbessert werden sollen. Der DGB hat die erneuten Eingriffe in das soziale Leistungsrecht abgelehnt und das Bonner Haushaltspaket als „sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch unzureichend“ bezeichnet. Erklärungen allein aber nützen nicht, um die etappenweise Demontage des „Sozial“-Staates zu stoppen. Schon drängen Unternehmervände, CDU/CSU, aber auch Spitzenpolitiker der Bonner Koalition auf weitere Eingriffe in das soziale Leistungsrecht, so auf Kürzung der Geldleistungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Urteile zu Bildschirmarbeitsplätzen

In NACHRICHTEN 6/1981 ist an dieser Stelle bereits auf die Frage eingegangen worden, unter welchen Voraussetzungen der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht bei der Einführung und Ausgestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen hat. Zu diesem Problemkreis sowie zu speziellen Fragen der „neuen Techniken“ sind nun weitere Entscheidungen bekanntgeworden.

„Financial Reporting System“ (FRS)

Wesen und Zweck dieses Systems bestehen darin, daß die bisherigen Arbeitsvorgänge im Rechnungswesen und in der Finanzbuchhaltung eines Unternehmens integriert und automatisiert werden, was jeweils zum Abbau von Arbeitsplätzen führen kann. Nach Ansicht des LAG Hamburg (Beschluß vom 9. 1. 1981 – 3 TaBV 4/79) bedeutet die Einführung des FRS eine grundlegende Änderung der Betriebsanlagen und damit eine Betriebsänderung, die wesentliche Nachteile für erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge hat (§ 111 BetrVG). Der Betriebsrat hatte aus diesen Gründen die Durchführung eines Interessenausgleichs und die Aufstellung eines Sozialplans verlangt. Gegen den Beschluß hat die beteiligte Firma jedoch Beschwerde beim Bundesarbeitsgericht eingelegt.

Bildschirmarbeitsplätze

Die Frage, wann der Betriebsrat im Hinblick auf Bildschirmarbeitsplätze ein Mitbestimmungsrecht hat und den Abschluß von Betriebsvereinbarungen (vgl. dazu IG Metall, Arbeiten am Bildschirm, S. 13 ff.) erzwingen kann, ist Gegenstand einer größeren Zahl von Beschlußverfahren gewesen. Dabei hatten die Gerichte vorwiegend über Anträge von Betriebsräten auf Besetzung von Einigungsstellen zu entscheiden. In solchen Bestellungsverfahren prüft das Arbeitsgericht nur, ob die Einigungsstelle nicht „offensichtlich unzuständig“ ist.

Eingabe von Namenskürzeln und Code-Nummern

Sollen die Benutzer von Bildschirmgeräten angewiesen werden, vor Einleitung des eigentlichen Arbeitsvorgangs ihre Namenskürzel einzugeben, so unterliegt diese Maßnahme des Unternehmers der Mitbestimmung des Betriebsrates nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG. Dies hat das ArbG Braunschweig (Beschluß vom 1. 10. 1980 – 3 BV 28/79) entschieden. Die Mitbestimmungspflichtigkeit ergebe sich daraus, daß das Namenskürzel mit der Arbeitsleistung in Verbindung gebracht werden

kann, was wiederum objektiv und direkt geeignet ist, die Leistung des Benutzers zu überwachen. Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig.

Rechtskräftig geworden ist jedoch ein Beschluß des ArbG Köln (vom 12. 11. 1980 – 14 BVHa 14/80), in dem über die Bildung einer Einigungsstelle zu befinden war. Der Betriebsrat strebte den Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Arbeit an Bildschirmgeräten an, was seitens des Arbeitgebers abgelehnt wurde. Die Geräte waren über einen Systembildschirm derart miteinander verbunden, daß die Person des jeweiligen Benutzers identifizierbar war. Nach Ansicht des Gerichts bedeutete dies im Ergebnis, „daß ähnlich wie bei der Kameraüberwachung etwa in Kaufhäusern, durch bloße Beobachtung des Systembildschirms“ die Arbeitsleistung des Benutzers überprüft werden kann. Daher bestehe ein Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG.

Tarifvertraglich festgelegte Arbeitsunterbrechungen

Der Tarifvertrag vom 20. Mai 1978 über die Einführung und Anwendung rechengesteuerter Textsysteme enthält in seinem § 13 nähere Bestimmungen über die aus gesundheitlichen Gründen erforderlichen Arbeitsunterbrechungen für Bildschirmbenutzer. Der Betriebsrat beantragte beim ArbG München (Beschluß vom 21. 1. 1980 – 12 BV 97/79) die Feststellung, daß die Festlegung dieser Arbeitsunterbrechungen u. a. nach § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG mitbestimmungspflichtig sei, da es sich um eine Pausenregelung handle. Das Gericht ist dieser Ansicht jedoch nicht gefolgt, weil die Unterbrechung der Arbeit zur Vermeidung technisch bedingter Gesundheitsgefährdungen ebenso wie Erholungszeiten bei Akkordarbeit keine „Pause“ im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG sei. Die Entscheidung ist rechtskräftig.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Bei „Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten“ hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. Dieses besteht jedoch nur im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen oder Unfallverhütungsvorschriften (§ 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG). Faßt man die Ergebnisse einschlägiger Untersuchungen über die mit Bildschirmarbeit verbundenen Belastungen zusammen, so ist festzuhalten, daß diese insbesondere auf die folgenden Ursachen zurückzuführen sind: 1. einseitige Tätigkeit am Bildschirm, 2. schlechte ergonomische Ausstattung

des Arbeitsplatzes, 3. Einflüsse der Arbeitswelt, 4. fließbandähnliche Arbeitsbelastungen und 5. steigende psychisch-soziale Arbeitsanforderungen. Diese und andere arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sind nach Auffassung des ArbG Berlin „sogar für einen Laien derart unmittelbar einleuchtend, daß an der Richtigkeit... kein Zweifel besteht“ (Beschluß vom 24. 7. 1980 – 31 BV 3/79, 3/80).

Können Unternehmer und Betriebsrat keine Übereinkunft erzielen, so entscheidet die Einigungsstelle, deren Besetzung der Betriebsrat gegebenenfalls beim Arbeitsgericht erwirken kann. Von praktischem Interesse ist der in „Der Betrieb“ 20/1981, S. 1046 f. abgedruckte Spruch einer Einigungsstelle, in dem zu der angesprochenen Problematik u. a. folgendes ausgeführt wird: „Keine der von der Einigungsstelle überprüften Veröffentlichungen von Sachverständigen bringt klar zum Ausdruck, daß Gesundheitsgefahren nicht gegeben sind. Man schließt also die Möglichkeit von Gesundheitsgefahren keineswegs aus, man geht nur – jedenfalls teilweise – davon aus, daß solche Gesundheitsgefahren vermieden werden können, wenn eine optimale Ausstattung und optimale gesundheitliche Betreuung der an Datensichtgeräten arbeitenden Mitarbeiter gewährleistet ist.“ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die IG Metall zur Abmilderung der physischen und psychisch-sozialen Belastungen u. a. die Einführung von Mehrstellen- und Mischarbeitsplätzen sowie 15minütige Unterbrechungen nach einer Stunde Bildschirmarbeit fordert. Auch sollen täglich nicht mehr als 50 Prozent der Arbeitszeit am Bildschirm verbracht werden.

Das Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG besteht jedoch nur „im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften“, d. h. außerhalb dieses Rahmens kann der Betriebsrat lediglich den Abschluß von freiwilligen Betriebsvereinbarungen zu erreichen versuchen. Es versteht sich, daß es Bestrebungen gibt, diesen Rahmen einzuzengen bzw. sogar auf Null zu reduzieren. Hierher gehört der Beschluß des LAG Düsseldorf vom 27. 5. 1980 (5 TaBV 2/80), gegen den der Betriebsrat jedoch Rechtsbeschwerde beim Bundesarbeitsgericht eingelegt hat. Bezeichnenderweise wird gerade dieser Beschluß in der an Unternehmerinteressen orientierten betriebsverfassungsrechtlichen Literatur hervorgehoben, während andere Entscheidungen keine Berücksichtigung finden. So hat beispielsweise das ArbG Köln in zumindest drei Beschlüssen (vom 19. 5. 1980 – 13 BVHa 13/80; vom 12. 11. 1980 – 14 BVHa 14/80 und vom 5. 1. 1981 – 11 BVHa 11/80) rechtskräftig entschieden, daß Bestimmungen des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) Rahmenregelungen im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG sind.

Heinz Falkenberg

II. Welttreffen der IBFG-Jugend gegen NATO-Beschluß

Eigentlich sollte es schon vor einem Jahr stattfinden. Doch sowohl technische Gründe als auch die politische Situation in Spanien sorgten dafür, daß das II. IBFG-Jugendtreffen letztlich auf 1981 gelegt werden mußte. So trafen sich vom 22. bis 30. August rund 4400 junge Gewerkschafter in der Nähe von Sevilla. Die Gewerkschaftsjugenddelegation des DGB war mit ihren fast 1100 Teilnehmern die zweitstärkste Gruppe nach der spanischen UGT.

Das politische Programm des internationalen Gewerkschaftsjugendtreffens umfaßte vier Themenbereiche, zu denen Konferenzen und Arbeitsgruppen durchgeführt wurden:

- Kontrolle multinationaler Unternehmen,
- Jugendarbeitslosigkeit,
- Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit,
- Frieden und Abrüstung.

Das letzte Thema, Frieden und Abrüstung, wurde auf Drängen der DGB-Jugend noch kurz vor Beginn des Jugendtreffens mit in das Programm aufgenommen. Neben diesen offiziellen Themen gab es auch zahlreiche Veranstaltungen zu einzelnen Fragen. So führten die Kollegen des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) und die Post- und Telegrafenerbeiter aus den IBFG-Delegationen ihre eigenen Treffen und Veranstaltungen durch.

Nach einigen Tagen des Zurechtfindens entwickelten sich zahlreiche internationale Kontakte und Gespräche, die der internationalen Solidarität und dem Verstehen der Situation der Jugend in anderen Ländern gütig. Kritisch betrachtet wurde von vielen jungen Delegierten, daß Kontakte zu spanischen Gewerkschaftern ausschließlich über die UGT laufen sollten. Die größere der beiden stärksten spanischen Gewerkschaften, die Arbeiterkommissionen (CCOO), sollte dabei ausgespart bleiben. Dies rief Unverständnis hervor, und durch die daraus folgenden Diskussionen wurde erreicht, daß ein interessantes Treffen mit Vertretern der Arbeiterkommissionen zusätzlich stattfand.

Insbesondere für junge Delegierte aus den Einheitsgewerkschaften war es auch unverständlich, daß aus einer Reihe größerer westlicher Länder nur relativ unbedeutende Gewerkschaftsbünde vertreten waren. So aus Frankreich nur die drittgrößte, die CGT-FO, während CGT und CFTD fehlten. Oder aus Portugal die UGT, obwohl die Intersindi-

cal über weit mehr Mitglieder und Einfluß verfügt.

Zu den eingangs genannten Schwerpunkten der politischen Diskussion wurden nach der Diskussion in den Arbeitsgruppen jeweils auf den Abschlußkonferenzen Erklärungen beschlossen. In dem Beschluß zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die über 250 Millionen Jugendliche betrifft, werden die IBFG-Gewerkschaften aufgefordert, Aktionswochen gegen Jugendarbeitslosigkeit durchzuführen. Forderungen nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, Zahlung von Arbeitslosengeld für alle Arbeitslose gelten der Situation der entwickelten kapitalistischen Industrienationen. Für die unterentwickelten Länder werden massive Investitionsprogramme gefordert, die deren Unabhängigkeit fördern sollen.

Im Themenbereich Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit wurden Maßnahmen der Behinderung freier gewerkschaftlicher Arbeit verurteilt. Das Beispiel der Reagan'schen Brachialgewalt gegen die Fluglotsen spielte eine große Rolle. Die Teilnehmer mochten aber auch nicht darauf verzichten, ihre Vorbehalte gegenüber der Situation in den sozialistischen Staaten darzustellen. Afghanistan und Polen werden in der Abschlußerklärung genannt. Für die Diskussion dieser Themen wäre sicher eine Teilnahme von Gewerkschaftern des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) sehr nützlich gewesen. Auf eine Einladung an diese Organisation verzichteten die Organisatoren des Treffens jedoch. Sie luden statt dessen eine Vertretung der polnischen „Solidarnosc“ ein, die aber aus ungeklärten Gründen nicht teilnahm. Die multinationalen Konzerne wurden der Unterstützung repressiver Regimes angeklagt und die UNO aufgefordert, einen „Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen“ schnell zu verabschieden.

Zur Friedenspolitik diskutierten vor allem die Teilnehmer der DGB-Delegation. Eine Auftaktveranstaltung mit den Friedensforschern Mechttersheimer und Wulf wurde von rund 600 Delegierten besucht. Beide Redner setzten sich intensiv mit den Absichten der NATO-„Nachrüstung“ auseinander. Sie unter-

strichen, daß dieser Beschluß eine einseitige Vorrüstung sei.

Eine Erklärung, die von der Leitung der DGB-Delegation eingereicht wurde, erfuhr in den Arbeitsgruppen zahlreiche Veränderungen. Formulierungen, die einer Gleichsetzung von SS 20 und den neuen NATO-Raketen nahekommen, wurden mit großen Mehrheiten abgelehnt und das einseitige Aufrüsten der USA verurteilt. Das war sowohl Ergebnis der Darlegungen von Mechttersheimer und Wulf, als auch Ausdruck intensiver Diskussionen in der Gewerkschaftsjugend über die Friedensbewegung.

Ein großer Teil der Delegierten hatte sich in der Woche vor dem Jugendtreffen im nahegelegenen Huelva mit diesen Fragen vertraut gemacht. Die Delegationen der IGM, DPG, ÖTV, HBV und der DGB-Landesbezirke Hessen und Niedersachsen führten dieses Vorbereitungssminar in Huelva gemeinsam durch. Sie brachten von ihrem Seminar eine Erklärung mit nach Sevilla, die sich in den obengenannten Punkten von der der DGB-Jugend-Delegationsleitung unterschied. Nachdem die in den Arbeitsgruppen eingereichte Erklärung verändert worden war, zog die Delegationsleitung der DGB-Jugend ihre Erklärung zurück. So verabschiedeten die Teilnehmer der Abschlußkonferenz die von den Arbeitsgruppen diskutierten Ergebnisse (Erklärung siehe Einhefter).

Unterschiedliche Meinungen in der Gewerkschaftsjugend finden ihren Niederschlag nicht nur in den Diskussionen und Beschlußfassungen, sondern auch in der Auswertung durch die Organe der Gewerkschaften. Das ist nichts Neues. Die IG-Bergbau-Zeitung „einheit“ berichtet von einer „dogmatischen Mehrheit“ in der DGB-Jugenddelegation, von „Friedensimperialisten“, die „ihren Krieg“ in Sevilla gewannen und sich dabei intolerant, maßlos und engstirnig über andere Meinungen in der DGB-Delegation und anderen Delegationen hinwegsetzten. Dem IG-Metall-Jugendsekretär Horst Richter wird von der „einheit“ vorgehalten, er empfinde die SS 20 nicht als Bedrohung, und Hanns Brauser, DGB-Bundesjugendsekretär, der sich während der Arbeitsgruppentätigkeit für Kompromisse ausgesprochen hatte, die dort von den Vertretern der IG Bergbau und der IG Chemie abgelehnt wurden, wird mit seiner Aussage zitiert: „Jetzt gibt es keine gemeinsame Position der DGB-Jugend mehr.“

Mit ihrer Einschätzung des Weltjugendtreffens setzt die IG Bergbau neue Pflöcke der Konfrontation in der Gewerkschaftsjugend. In der Erklärung von Sevilla sind Positionen der immer breiter werdenden Friedensbewegung verankert, die sich gegen die Charakterisierung, intolerant und maßlos zu sein, mit gutem Recht wehren wird!
Harry v. Barga

Knackpunkte des TUC-Kongresses: Arbeitslosigkeit und Inflation

„Ich kann nicht auf meine (einjährige) Amtsperiode zurückblicken, ohne tiefe Gefühle der Trauer, des Ärgers und der Frustration zu spüren.“ Diese Worte, die die Rede des diesjährigen Vorsitzenden des TUC, Alan Fisher, auf dem Kongreß des britischen gewerkschaftlichen Dachverbandes vom 7. bis 11. September in Blackpool eröffneten, zeugen von der schwierigen Lage, in der die britische Gewerkschaftsbewegung jetzt kämpfen muß.

Der deutlichste Beweis für das Ausmaß der britischen Wirtschaftskrise ist die enorm gestiegene Arbeitslosigkeit. Nach amtlichen Angaben sind drei Millionen Briten ohne Beschäftigung, 12,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit dem Amtsantritt der konservativen Regierung mehr als verdoppelt. Jugendliche werden besonders hart getroffen. Nach den neuesten Statistiken sind 270 000 Schulabgänger arbeitslos.

Gleichzeitig wütet die allgemeine Preissteigerung, deren Überwindung zum vorrangigen Ziel der Thatcher-Regierung erklärt wurde, weiter. Die jährliche Inflationsrate liegt bei 11,5 Prozent. Und eine nennenswerte Reduzierung der Preissteigerung wird von keinem erwartet. Die immer höher kletternden Preise haben zum Reallohnverlust geführt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie über 350 wichtige Tarifverträge zeigte, daß in der Ende August abgeschlossenen Tarifrunde nur 6 Prozent der Verträge mit der Inflation Schritt gehalten haben. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitenden hat also eine Verschlechterung ihres Lebensstandards erfahren müssen.

Die schweren Wirtschaftsbedingungen bilden eine Herausforderung der britischen Gewerkschaftsbewegung. Wachsende Arbeitslosigkeit hat durch Betriebsstillegungen und Entlassungen zum Mitgliederverlust geführt. Der Gewerkschaftsdachverband TUC schätzt, daß die Zahl der organisierten Arbeiter und Angestellten von 12,2 auf 11 Millionen zurückgegangen ist. In den Betrieben kann Furcht vor Entlassungen lähmend wirken.

Mehrere Konzernleitungen haben versucht, eine Rechnung aufzustellen – entweder Arbeitsplätze oder Lohn- und Gehaltserhöhungen. Dazu kommt ein gesetzlicher Angriff auf Gewerkschaftsrechte. Die Möglichkeiten, wirksame Streikposten aufzustellen, sind zum Beispiel schon erheblich eingeschränkt worden, und die Thatcher-Regierung droht mit neuen gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen. Zur gleichen Zeit versucht sie, ohne gesetzliche Grundlage eine 4prozentige Lohnbegrenzung im „öffentlichen Dienst“ durchzusetzen.

Aber der TUC-Kongreß zeigte, daß sich die Gewerkschaften nicht einschüchtern lassen. Die Anti-Gewerkschaftsgesetze wurden schärfstens vom Kongreß verurteilt. Der TUC-Generalarat (Vorstand) wurde aufgefordert, eine Massenkampagne gegen weitere Angriffe zu organisieren. In der Lohnfrage hat der Kongreß mit überwiegender Mehrheit einem Antrag zugestimmt, künftig mit keiner Regierung mehr Lohnabsprachen zu treffen. Wichtig für die nähere Zukunft ist auch der Beschluß, in dem zum ersten Mal Gewerkschaften aus dem gesamten öffentlichen Bereich ein Kampfbündnis eingegangen sind, um sich zusammen gegen ihren direkten oder indirekten Unternehmer, die Regierung, durchzusetzen. Hier wird die erste Kraftprobe in den nächsten zwei bis drei Monaten

Nach Solidarnosc-Kongreß: Kein Lichtblick in Polen

Der Solidarnosc-Kongreß, dessen zweiter Teil Ende September in Gdansk zu Ende ging, hat den Trend: weg vom Gewerkschaftscharakter, hin zur politischen Opposition weiter verdeutlicht. Dabei wird eine zweigleisige Taktik angewandt: die Lähmung der Produktion und wirtschaftlichen Tätigkeit mittels zahlloser Streiks und anderer Formen arbeitshemmender Aktionen und gleichzeitig – die so erzeugte Unzufriedenheit auszunutzen – Verstärkung des Solidarnosc-Einflusses bei der Liquidierung sozialistischer Strukturen der Gewerkschaft, Untergrabung der Autorität von Regierung und kommunistischer Partei.

Diese vom katholischen Klerus und finanzstarken Sozialismusegegnern im Westen unterstützte Aktivität erhält ihre größte Wirksamkeit überhaupt erst durch eine Kompromißbereitschaft von Regierung und kommunistischer Partei, die vom Standpunkt der Existenz des Sozialismus her nicht mehr zu begreifen ist. Der jüngste Solidarnosc-Erfolg unter diesem Aspekt ist das Gesetz

kommen. Voraussichtlich werden sich weder die mächtigen Bergarbeiter noch die Kommunalarbeiter mit den angebotenen 4 Prozent zufriedengeben.

Die größten Schwierigkeiten sehen die Gewerkschaften bei ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Sie fordern die Erhöhung der Massenkaufrkraft. Höhere Löhne und Gehälter würden die Nachfrage wieder ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Der TUC hat außerdem ein Alternativprogramm für die Wirtschaft entwickelt. Es soll die Macht der Monopole in wichtigen Bereichen einschränken. Jetzt kommt es darauf an, Massenunterstützung für dieses Programm zu gewinnen.

Der Volksmarsch um Arbeitsplätze (People's March for Jobs) im Mai, begonnen von 500 Arbeitslosen aus Liverpool zu einer gigantischen Schlußkundgebung nach London, war ein erster Schritt. Weitere Kampagnen, die vor allem die Jugend einbeziehen, sind geplant. Aber bis jetzt bleiben Aktionen wie die der Bergarbeiter, die die geplanten Zechenstilllegungen mit Streiks beantworteten und die Pläne dadurch vereitelten, eher die Ausnahme. Der wirksame Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit wird auch für die nächste Zukunft die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe der britischen Gewerkschaftsbewegung sein.

Michael Thomas

über die betriebliche Selbstverwaltung, mit dem weitgehend auf staatliche Einflußnahme bei der Zusammensetzung der Betriebsleitungen verzichtet wird. Dadurch dürfte es noch schwerer oder kaum noch möglich sein, eine gezielte einheitliche Wirtschaftspolitik zur Überwindung der chaotischen Lage durchzusetzen.

Inzwischen mehren sich auch bei westlichen Politikern die Stimmen, die davor warnen, in Polen die Probleme ohne Arbeit, nur durch Obstruktion und Nichtstun, lösen zu wollen. Der SPD-Vorsitzende Brandt, der österreichische Bundeskanzler Kreisky und der dänische Außenminister sahen sich offenbar zu mahnenden Worten an Solidarnosc genötigt, weil sie sonst ihre politische Glaubwürdigkeit im eigenen Lande verlieren könnten. Denn wer das Verhalten von Solidarnosc als „gewerkschaftlich“ ausgiebt und gutheißt, muß früher oder später die Frage erwarten, warum er den Gewerkschaften im eigenen Lande eine solche Politik nie gestatten würde.
G. S.

Berufsausbildung der DDR bietet viele Anregungen

In einer Diskussion von neun jungen Mitgliedern der IG Metall mit dem Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, über die Berufsausbildung redete sich dieser über die Konzeptionslosigkeit der SPD damit heraus, daß er behauptete, alle vorhandenen Konzepte seien nicht überzeugend. „Auch nicht das eines staatlichen Berufsausbildungssystems. Schaut nach Frankreich, da bilden sie staatlich aus. Dort ist die Ausbildung nicht besser als in der Bundesrepublik.“

Das Erstaunliche war, daß die ansonsten kritischen Jugendlichen hier nicht nachhaken. Sie fragten nicht, ob denn die staatliche Berufsausbildung der DDR ebenfalls so schlecht sei wie das duale System bei uns. Hier bestehen in Gewerkschaften offenbar noch in Jahrzehnten entstandene Tabus. Über die DDR redet man nicht, und wenn schon, allenfalls im Negativen. Positive Entwicklungen werden meist noch nicht zur Kenntnis genommen.

Dabei gibt es in der Berufsausbildung der DDR viel Interessantes zu sehen, das als Anregung dienen könnte. Mit Fug und Recht kann man sagen, daß jemand, der in unserem Land ernsthaft über Berufsausbildung diskutieren

nachrichten-reihe 18

Heinz Schäfer

Ilona Schimanski

Berufsausbildung in der DDR

Fragen
Diskussionen
Beobachtungen

84 Seiten, 5 DM

will, an den Erfahrungen der DDR nicht vorbeigehen kann. Es sind vor allem drei Dinge, die einen Beobachter aus der Bundesrepublik beeindrucken. Da ist zum einen die Tatsache, daß alle Schüler einen von ihnen gewählten Ausbildungsplatz erhalten, und zum anderen, daß jeder nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz entsprechend der erworbenen Qualifikation erhält. Nicht zuletzt ist es das beachtliche Niveau der theoretischen und praktischen Berufsausbildung, das Achtung abtötigt.

Selbstverständlich kommt es vor, daß Schüler einen Modeberuf ergreifen wollen, für den in der Gesellschaft nur ein geringer Bedarf besteht. Für manche Berufe, die volkswirtschaftlich wichtig sind, gibt es manchmal mehr Bewerber als Ausbildungsplätze und später auch Arbeitsplätze. Schüler legen sich auch auf einen Beruf fest, für den sie nicht die geringste Eignung haben. Diesen Wünschen wird nicht um des lieben

Friedens willen einfach nachgekommen. Dies – so meinen die Verantwortlichen – würde sowohl dem Lehrling als auch der Gesellschaft zum Nachteil gereichen. Was kann man tun? Die DDR setzt auf Information und Diskussion.

Eine freie Entscheidung setzt eine umfassende Information voraus. Nur durch diese Information sei es, so hört man allenthalben, überhaupt möglich, die gesellschaftlichen Erfordernisse und die auf dieser Grundlage geschaffenen Möglichkeiten mit den persönlichen Interessen und Fähigkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Durch eine umfassende Information, die praktisch vom Kindergarten über die Schule bis hin zu den Massenmedien und die in jedem Kreis vorhandenen Berufsberatungszentren reicht, können schon jetzt 80 Prozent der von den Schülern aufgeschriebenen beruflichen Erstwünsche – jeder Schüler schreibt vor der Bewerbung zwei Berufswünsche auf – befriedigt werden.

Nach Abschluß der Lehre erhält jeder einen Arbeitsplatz im erlernten Beruf. Der Ausbildungsbetrieb ist verpflichtet, dem Lehrling sechs Monate vor Beendigung der Lehre einen dem Ausbildungsvertrag entsprechenden Arbeitsplatz anzubieten. Kann dem Lehrling im Ausnahmefall keine dem Ausbildungsberuf entsprechende Arbeit im Betrieb angeboten werden, so muß der Betrieb dafür sorgen, daß der junge Facharbeiter eine zumutbare Arbeit in einem anderen Betrieb aufnehmen kann. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Betrieb verpflichtet, ihn zu beschäftigen und auch entsprechend der erreichten Qualifikation zu entlohnen.

Bis auf wenige Ausnahmen, in denen die berufliche Ausbildung an Fachschulen erfolgt, wie z. B. bei Krankenschwestern, wird sie in der Regel in betrieblichen Lehrwerkstätten durchgeführt. Aus ökonomischen Gründen hat nicht jeder Betrieb eine Lehrwerkstatt. Auch für die Ausbildung der Lehrlinge wäre dies ineffektiv. Im Laufe der letzten Jahre wurde daher die Berufsausbildung vor allem in den großen Kombinat konzentriert, damit die Ausbildung mit der jeweils modernsten Technologie erfolgen kann.

Die staatlich bestätigten, in allen Lehr- einrichtungen verbindlichen Lehrpläne garantieren für alle Berufe eine Einheit von theoretischer und praktischer Ausbildung, von allgemeiner und beruflicher Grundlagenbildung sowie der notwendigen Spezialisierung. Das Verhältnis von Theorie und Praxis beträgt im Durchschnitt 30 zu 70 Prozent, wobei in der Tendenz der theoretische Anteil wächst. Alle Lehrlinge erhalten Unterricht in Staatsbürgerkunde, Sport, Betriebsökonomie und sozialistischem Recht. Mit unterschiedlichem Zeitvolumen, aber obligatorisch für alle Berufe, werden die technischen Grundlagenfächer – Grundlagen der Elektronik, der Betriebs-, Meß-, Steuer- und Regeltechnik und der Datenverarbeitung – gelehrt. Diese Grundlagenfächer sollen einen beruflichen Bildungsvorlauf sichern und sind daher eine entscheidende Voraussetzung für eine hohe Verfügbarkeit der Facharbeiter.

In der DDR wird gegenwärtig in 316 Berufen mit 639 speziellen Lehrrichtungen ausgebildet. Für die Mehrzahl ist der Abschluß der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule Voraussetzung. Jeder dritte Lehrling lernt heute bereits einen der 28 Grundberufe, wie z. B. Zerspanungsfacharbeiter. Die Lehrpläne für die praktische Ausbildung werden für jeden Beruf von jeweils einer Berufsfachkommission erarbeitet. Für jede dieser Kommissionen trägt ein vom Staat bestimmter Betrieb die Verantwortung. In ihnen sind rund 3500 ständige Mitglieder tätig. Die Lehrpläne für die gesellschaftswissenschaftlichen und technischen Grundlagenfächer werden vom Zentralinstitut für Berufsbildung ausgearbeitet.

Die Technik entwickelt sich schnell und mit ihr neue berufliche Anforderungen. Die DDR setzt darauf, daß durch die relativ hohe Allgemeinbildung in der Polytechnischen Oberschule und die breit profilierte Berufsausbildung gesichert ist, daß sich die Werk-tätigen schnell auf verändernde berufliche Anforderungen einstellen können.

Heinz Schäfer

Einheitsgewerkschaft in den Niederlanden

Nach einer fünfjährigen Phase der Zusammenarbeit haben der sozialdemokratisch geleitete Gewerkschaftsbund NVV und der katholisch ausgerichtete Gewerkschaftsbund NKV auf einem Vereinigungskongreß vom 29. September bis 1. Oktober 1981 in Amsterdam die Gründung des einheitlichen Gewerkschaftsbundes FNV sanktioniert. Vorsitzender wurde Wim Kok von der NVV. Er ist auch Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes. NKV-Vorsitzender Wim Spit wird Leiter der niederländischen Entwicklungshelfer in Indonesien.

Immer mehr Arbeitslose: Welche Rechte haben sie?

Bernd Klees, Arbeitsförderungsgesetz, Textausgabe mit einer Einführung, Luchterhand Verlag, Neuwied/Darmstadt 1978, 384 Seiten, 12,80 DM.

Klaus Dammann/Evelyn Butter, Arbeitslos, was tun?, ein praktischer Ratgeber mit Kommentar des Arbeitsförderungsgesetzes, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1981, 310 Seiten, 14,- DM.

Bernd Klees' Buch ist eine Einführung in das Arbeitsförderungsrecht. Das Arbeitsförderungsgesetz, die zugehörigen Leistungstabellen und die wichtigsten Ausführungsvorschriften (Stand 1. 1. 1978) sind abgedruckt. Der Autor, ehemals Richter am Arbeitsgericht in Lörrach/Baden, jetzt Professor an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, hat das gesamte Arbeitsförderungsrecht systematisch aufgearbeitet. Er bietet dem Leser eine kritische Beleuchtung der mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme und zeigt den von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmern die rechtlichen und verfahrensrechtlichen Wege auf. Man findet hier zum schnellen Nachlesen wie auch zum Hineinlesen in das Rechtsgebiet ein gutes Grundwissen.

Neben dem aktuellen Recht wird die geschichtliche Entwicklung und ordnungspolitische Einbettung des Arbeitsförderungsgesetzes dargestellt. Für die nähere Beschäftigung mit Detailproblemen des Arbeitsförderungsrechtes, aber auch mit sozialen und politischen Problemen in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit, ist das umfangreiche Schrittsverzeichnis des Bandes außerordentlich hilfreich. Nicht nur Arbeitslosen ist dieses Buch zu empfehlen, sondern allen, die sich kurz und prägnant über das Arbeitsförderungsrecht informieren wollen, Betriebsräte, Studenten, Gewerkschafter u. a.. Der derzeit vergriffene Band erscheint Anfang 1982 in zweiter Auflage.

Die Autoren Klaus Dammann und Evelyn Butter sprechen mit ihrem Buch den gleichen Leserkreis an. Sie stellen nach einer kurzen kritischen Einführung über die Auswirkungen, Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit im 1. Teil des Bandes Möglichkeiten zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit dar. Hier wird insbesondere Gewerkschaften und Betriebsräten aufgezeigt, welche Regelungen und Maßnahmen der Erhaltung von Arbeitsplätzen dienen und wie diese tarifvertraglich bzw. mit dem Instrumentarium des Betriebsverfassungsgesetzes abgesichert werden können. Wichtige Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes werden daraufhin geprüft, ob sie gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden können.

Der 2. Teil dieses Buches baut auf dem Band von Bernd Klees auf, was bedauerlicherweise nicht erwähnt wird. Bei der engen Anlehnung an Klees hätte die Fairneß das geboten. Die Probleme von Arbeitslosen werden unter die Lupe genommen und praktische Hilfen anhand von Beispielen gegeben, z. B. ist ein ausgefüllter Antrag auf Arbeitslosengeld abgedruckt. Den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen wird Mut gemacht, ihre Rechte beim Arbeitsamt und ggfs. vor Gericht durchzusetzen. Im umfangreichen Dokumentenanhang sind neben dem Arbeitsförderungsgesetz und den Leistungstabellen die Vorschläge des DGB zur Vollbeschäftigung, gewerkschaftliche Forderungen zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes u. a. abgedruckt. — ert

Bucheingang

Hans-Georg Petersen: Sicherheit der Renten? Die Zukunft der Altersversorgung. Physica-Verlag, Würzburg – Wien 1981, 192 Seiten, 17,80 DM.

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzung um die Renten erweckt der Titel des Buches nicht geringes Interesse. In der mit vielen Tabellen und Schaubildern ausgestatteten Schrift behandelt der Autor, Diplom-Volkswirt H.-G. Petersen, zur Zeit Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Lehrbeauftragter an der Universität Kiel, die mit dem Thema im Zusammenhang stehenden Probleme, wie die Entwicklung der Rententendenzen, Brutto- und Nettolohnanpassung, Rentenbesteuerung und die geplante Reform der Hinterbliebenensicherung. Er hat dazu für den sozialpolitisch interessierten Leser vieles an Material zusammengestellt.

Doch wie schon aus der verwerteten Literatur hervorgeht: Die Thematik wird nicht vom Standpunkt der Gewerkschaften aus behandelt. So wird zwar der Zusammenhang der Entwicklung der Rententendenzen und der der Wirtschaft und der Bevölkerung dargestellt, jedoch auch nicht ansatzweise der Zusammenhang zwischen Sozial- und Rüstungspolitik. A. B.

VERLAGSINTERNES

Wenn diese Ausgabe erscheint, wird in Frankfurt gerade die größte Bücher-schau der Welt angelaufen sein. Zwar kann sich längst kein Mensch mehr einen Überblick über das gesamte Angebot einer solchen Messe verschaffen, doch ein gezielter Rundgang zu bestimmten Verlagen oder Sonder- und Gemeinschaftsausstellungen verschiedener Länder mit ihren Neuerscheinungen kann sicher sehr interessant sein. Auch der Nachrichten-Verlag ist dieses Jahr wieder dabei mit drei interessanten Veröffentlichungen.

Neben dem Betriebsverfassungsgesetz, das nun endlich da ist, können wir der Öffentlichkeit unseren Sammelband zum neuen DGB-Grundsatzprogramm, „DGB Programm '81 – untersucht für die Praxis“ vorstellen.

In unserer nachrichten-reihe erscheint als Folge 18 „Berufsausbildung in der DDR“. In der Darstellung des Berufsausbildungssystems unseres Nachbarstaates sollen dem Gewerkschafter hier Denkanstöße zur Reform der beruflichen Bildung vermittelt werden. Für alle, die sich damit beschäftigen und diejenigen, die nicht schon beim Wort „Sozialismus“ dem Herzinfarkt ein Stück näherkommen, sicher nicht uninteressant.

Selbstverständlich dürfen wir auf der Messe keine Bücher an Besucher verkaufen. Ein Besuch unseres Standes aber, so denken wir, lohnt sich doch, und nicht nur der neuen Bücher wegen. Gerne möchten wir auch mit unseren Lesern in Kontakt kommen. Redaktion und Verlag sind für Anregungen und Kritik zu unserer Arbeit stets dankbar. Allerdings müssen wir Ihnen jetzt noch unseren Standort verraten in diesem Gewirr von Büchern: Sie finden uns in Halle 6, Erdgeschoß, Gang H, Stand-Nummer 133.

Dort können Sie auch unser Plakat „Gewerkschaften für Abrüstung“ mitnehmen, das wir in der letzten Ausgabe beigeheftet hatten und das auf große Nachfrage gestoßen ist. Wir versenden es auch weiterhin für 1,50 DM pro Stück in Briefmarken, solange der Vorrat reicht. Auch nach der großen Demonstration für Frieden und Abrüstung am 10. dieses Monats in Bonn, zu der – nebenbei bemerkt – mit ihrer Unterschrift auch die Kolleginnen und Kollegen des Nachrichten-Verlages aufgerufen hatten, sollte die Erinnerung an gewerkschaftliche Beschlüsse mit diesem Plakat bei keinem Friedensforum, bei keinem Infostand zur Abrüstung fehlen und zum Erfolg der Unterschriftensammlung für den DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ beitragen. jaco

TERMINKALENDER

- **27. bis 29. Oktober**
10. Bundesangestelltentag des DGB in Dortmund
- **30. bis 31. Oktober**
Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Essen
- **15. bis 18. November**
11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Frankfurt/Main
- **19. bis 21. November**
11. Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen
- **2. bis 5. November**
30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg
- **26. bis 28. November**
8. Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München
- **28./29. November**
6. Nachrichten-Seminar zum Thema berufliche Bildung in Frankfurt
- **2. bis 3. Dezember**
11. Beamtentag des DGB in Bonn
- **Januar und Februar 1982**
Delegiertenkonferenzen der DGB-Landesbezirke zur Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses
- **10. bis 15. Februar 1982**
10. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Havanna (Kuba)
- **1. März bis 31. Mai 1982**
Personalratswahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz in den Betrieben und Dienststellen des Bundes, bei Bundesbahn und -post
- **19. bis 23. April 1982**
Bundesparteitag der SPD in München
- **1. Mai bis 30. Juni 1982**
Wahl der Jugendvertretungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **16. bis 22. Mai 1982**
12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß in Westberlin

Beilagenhinweis

Dieser NACHRICHTEN-Ausgabe ist ein Prospekt zur 5. völlig neu kommentierten Auflage des BetrVG als Eigenbeilage beigeheftet. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

D 3476 E

Postvertriebsstüc
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81.010 0039 13
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
HNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Zehn Regeln zum Schreiben der Unwahrheit

I. Wir – die USA, Südkorea, die Philippinen, Indonesien, Thailand, die Türkei, Saudi-Arabien, Südafrika, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Chile usw. – sind die freie Welt. Jeder Zweifel daran ist unzulässig.

II. Über den Faschismus spricht man nicht.

III. Rüstung muß sein.

IV. Das Parlament trifft alle wichtigen Entscheidungen. Die vom Volk gewählten Abgeordneten entscheiden in strikter Unabhängigkeit nach bestem Wissen und Gewissen. Das – nur das – ist Demokratie. Zweifel daran sind unzulässig.

V. Wirtschaftliche Zusammenhänge sind zu kompliziert, als daß man sie den Lesern erklären könnte.

VI. Der Unternehmer trägt das Risiko. Deswegen muß es ihm vorbehalten bleiben, alle wichtigen Entscheidungen zu treffen.

VII. Die Arbeit der Arbeiter ist unwichtig. Wichtig für die Berichterstattung ist nur der Alltag der Minister, Chirurgen, Schlagersänger, Bundesligafußballer und Oberbürgermeister.

VIII. Wenn sich Arbeiter, Soldaten, Mieter, Eltern, Frauen, Behinderte, Schüler, Studenten, Verkehrsteilnehmer organisieren, um gemeinsame Interessen zur Geltung zu bringen, setzen sie damit das Parlament unter Druck, verhalten sich also undemokratisch.

IX. An Demonstrationen interessieren nur Zwischenfälle.

X. Die Presse ist frei. Jeder Zweifel daran ist unzulässig.

(Aus: „Anspruch auf Wahrheit“)

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 26. September.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

